



2. Sitzung

Wiesbaden, den 4. Februar 2014

Amtliche Mitteilungen	23	Mathias Wagner (Taunus)	47
<i>Entgegenommen</i>	23	Janine Wissler	54
Präsident Norbert Kartmann	23	Florian Rentsch	62
		Michael Boddenberg	67
1. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten betreffend „Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen“	23		
<i>Entgegenommen und besprochen</i>	72		
Ministerpräsident Volker Bouffier	23		
Thorsten Schäfer-Gümbel	37		

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken
Vizepräsident Wolfgang Greilich

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen
beim Bund Lucia Puttrich
Minister des Innern und für Sport Peter Beuth
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann
Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Minister für Wissenschaft und Kunst Boris Rhein
Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz
Minister für Soziales und Integration Stefan Grüttner
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretär Mark Weinmeister
Staatssekretär Mathias Samson
Staatssekretär Werner Koch
Staatssekretärin Dr. Bernadette Weyland
Staatssekretär Thomas Metz
Staatssekretär Dr. Manuel Lösel
Staatssekretär Ingmar Jung
Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser
Staatssekretär Jo Dreiseitel
Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel
Abwesender Abgeordneter:
Kai Klose

(Beginn: 14:02 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen und erÙffne die heutige Tagung des Hessischen Landtags. Zunächst stelle ich die Beschlussfähigkeit fest. – Dem wird nicht widersprochen.

Neben den Abgeordneten begrüÙe ich herzlich viele Gäste hier im Hause und die Landesregierung, die uns heute vortragen wird. Ich hoffe sehr, dass wir eine erfolgreiche Sitzung haben werden.

Wir haben eine Veränderung, die ich Ihnen mitteilen möchte. Herr Abg. Mark Weinmeister hat mit Wirkung vom 18. Januar 2014 sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt.

(Zurufe: Oh!)

– Das war auch schon lauter. – Er ist wieder Staatssekretär geworden, das muss ich hinzufügen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe: Ah!)

Jetzt kommt das Beste an der ganzen Sache: Nachrückerin ist Frau Kollegin Lena Arnoldt.

(Allgemeiner Beifall)

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, herzlich willkommen im Hessischen Landtag. Wir alle wünschen Ihnen eine erfolgreiche Zeit, und ich wünsche es Ihnen auch. Ich hoffe, dass Sie Ihren Wahlkreis gut vertreten werden.

Meine Damen und Herren, jetzt zur Tagesordnung vom 28. Januar 2014 sowie einem Nachtrag vom heutigen Tag, der Ihnen vorliegt. Wir haben insgesamt 25 Punkte.

Wie Sie diesem Nachtrag zur Tagesordnung entnehmen können – das sind die Punkte 21 bis 25 –, liegen uns fünf Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde vor. Diese werden wir, wie gehabt, am Donnerstag ab 9 Uhr mit einer Redezeit von fünf Minuten bzw. die beiden ersten mit einer zusammengefassten Redezeit von siebeneinhalb Minuten aufrufen, gemäß § 32 Abs. 6. – Kein Widerspruch, dann ist das so.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Rückkehrmöglichkeit zu G 9, Drucks. 19/50. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird er Tagesordnungspunkt 26, und wir können ihn, wenn nicht widersprochen wird, mit Punkt 18 zu diesem Thema aufrufen. – Konsens, dann ist das so beschlossen.

Uns liegt vor ein Dringlicher Antrag der Abg. Frankenberger, Gremmels, Barth, Eckert, Faeser, Grüger, Weiß (SPD) und Fraktion betreffend hessische Anforderungen an eine EEG-Novellierung, Drucks. 19/52. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird er Tagesordnungspunkt 27 und kann mit Punkt 16 aufgerufen werden. – Auch kein Widerspruch, somit beschlossen.

Meine Damen und Herren, wie im Ältestenrat vereinbart und in der Tagesordnung vermerkt, tagen wir heute bis 19 Uhr. Verabredungsgemäß beginnen wir heute mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten betreffend „Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen“.

Entschuldigt fehlt Herr Kollege Klose, er ist erkrankt. Wir wünschen ihm von hier aus gute Besserung und bitten, ihm das auch mitzuteilen.

Meine Damen und Herren, mit den parlamentarischen Geschäftsführern habe ich abgestimmt, dass die Wahl der nicht richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs am Mittwoch, dem 12. März 2014, vormittags, stattfinden wird, also in der nächsten Plenarrunde, sodass die entsprechenden Vereidigungen am Donnerstag nach der Mittagspause erfolgen können.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass auf Ihren Plätzen „Hinweise zur Bedienung der Mikrofone“ ausliegen.

(Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN – Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich empfehle Ihnen, diese hoch wissenschaftliche Arbeit zur Kenntnis zu nehmen. Sie werden sich wundern, Sie werden es doch nicht gleich kapieren. Für Nachfragen stehen Ihnen die Mitarbeiter des Hauses gern zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, wir haben heute einen Geburtstag zu feiern. Der Kollege Ernst-Ewald Roth wird 61. Lieber Herr Kollege Roth, alles Gute, Gottes Segen für Sie.

(Allgemeiner Beifall)

Der Kollege Eckert, der hier oben seine Jungfernsitzung macht, darf heute die Blumen überreichen, damit er weiß, dass das Amt hier oben angenehm ist.

(Schriftführer Tobias Eckert überreicht einen Blumenstrauß.)

Alles Gute. – Damit bin ich am Ende der amtlichen Bekanntmachungen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten betreffend „Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen“

Es ist eine Redezeit von 45 Minuten festgelegt. Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten Volker Bouffier das Wort. Sie haben das Wort, bitte schön.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen“ – unter diesem Titel trage ich Ihnen heute als Ministerpräsident die erste schwarzgrüne Regierungserklärung in einem Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland vor.

Hessen ist ein starkes Land und muss ein starkes Land bleiben. Dafür steht die neue Landesregierung. Hessen ist dynamisch und erfolgreich, sozial und nachhaltig, mobil und international. Hier entsteht jeden Tag immer wieder etwas Neues. Hier wurden und werden Entwicklungen geprägt.

Wir wollen Bewährtes erhalten und mit Tatkraft, Mut und neuen Ideen neue Antworten geben. Wir wollen die ökonomische Stärke erhalten und ökologisch nachhaltiges Denken stärker in unserem Handeln berücksichtigen.

Wir setzen auf ein Miteinander, auf einen offenen und fairen Stil. Wir setzen auf Beteiligung und Bürgernähe, auf Verantwortung und auf das Engagement jeder und jedes Einzelnen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir freuen uns auf diese Arbeit. Wir reichen die Hand zur Zusammenarbeit – der Opposition in diesem Haus und allen Menschen im ganzen Land. Machen Sie mit, es wird sich lohnen.

Durch die Landtagswahl vom 22. September haben die Wählerinnen und Wähler die Parteien vor große Herausforderungen gestellt. CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben diese Herausforderungen als Chance begriffen, und wir beginnen nun mit unserer gemeinsamen Arbeit.

Nicht weniger groß sind die Herausforderungen, vor denen Hessen steht. In jeder einzelnen Herausforderung liegen Chancen und Risiken. Wir haben uns dafür entschieden, uns um die Chancen zu kümmern, mutig und entschlossen.

Unsere Politik richtet sich an vier zentralen Grundwerten aus. Wir sind überzeugt, dass diese Gemeinsamkeiten Garant für ein stabiles Bündnis in den kommenden fünf Jahren sein werden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die vier zentralen Grundlinien unserer Politik sind folgende: erstens eine Politik, die nachhaltig ausgerichtet ist und den Wohlstand für die Zukunft sichert; zweitens eine Politik, die den Menschen die Wahl lässt und Vielfalt als Bereicherung begreift; drittens eine Politik, die die Umwelt schützt und die Schöpfung bewahrt; und viertens eine Politik, die auf eine lebendige Bürgergesellschaft setzt und Sicherheit gibt.

Dabei leitet uns das, was auch den Weg zu dieser Koalition gebahnt hat: Dialogbereitschaft und der Wille zum Konsens. Der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ist wesentlicher Bestandteil unserer Politik, der sich durch alle unsere Vorhaben zieht. Dieser Weg ist manchmal schwieriger, auch länger, aber im Interesse des Ganzen meist erfolgreicher. Wir sind davon überzeugt: So bringen wir unser Land wirklich voran.

Meine Damen und Herren, ein wirtschaftlich erfolgreiches, ein soziales, ein nachhaltiges und ein gerechtes Hessen – das ist unser Leitbild. Der Schlüssel dazu liegt in einem Haushalt ohne neue Schulden. Wir sind überzeugt: Wir dürfen unseren Kindern nicht Schuldenberge hinterlassen, sondern wir müssen ihnen Zukunftschancen eröffnen. Genau das ist der Kompass, mit dem Sie die gesamte Politik der nächsten fünf Jahre einordnen können.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach 50 Jahren, in denen es keiner Landesregierung in Hessen gelungen ist, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wird diese Landesregierung das ändern. Es ist unsere volle Absicht und unser fester Entschluss: Am Ende des Jahrzehnts werden wir keine neuen Schulden mehr machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine soziale, eine nachhaltige und vor allem eine gerechte Politik. Aber sie erfordert Mut, Klugheit und politische Entschlossenheit. Leicht ist die Aufgabe nicht, dessen sind wir uns bewusst. Aber 70 % der Bürgerinnen und Bürger des Landes haben für die Schuldenbremse gestimmt. Mit unserer Politik setzen wir den Willen der Bevölkerung um.

Ich habe Ihnen kurz nach meiner Vereidigung in diesem Hause vorgetragen: „Große Herausforderungen brauchen auch großen Zusammenhalt.“ In diesem Sinne lade ich Sie alle ein, insbesondere die Oppositionsfraktionen des Hauses, sich konstruktiv und ehrlich in diese Herkulesaufgabe einzubringen.

Der Rahmen für unser Handeln steht fest: Wir wollen nicht einseitig zulasten Einzelner oder der Wirtschaft handeln. Wir werden trotz notwendiger Einsparungen weiterhin investieren und neue Schwerpunkte für die Zukunft setzen; denn nur bei weiterem Wachstum werden wir einen ausgeglichenen Haushalt erreichen können.

Wir werden bei allen Maßnahmen sowohl die Einnahmeseite als auch die Ausgabenseite fest im Blick behalten. Was bedeutet das für die praktische Politik in den kommenden Jahren? – Eine gute Ausbildung von Kindern und jungen Menschen ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und sichert unserem Land auch in Zukunft Wohlstand und Chancengerechtigkeit. Deshalb werden wir die finanziellen Spielräume, die sich durch den Rückgang der Schülerzahlen in den nächsten fünf Jahren ergeben, nicht zu allgemeinen Einsparungen nutzen, sondern die Mittel in voller Höhe in die Verbesserung der Bildungslandschaft investieren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, alle Anstrengungen für die Bildung – das ist eine zentrale Botschaft der Landesregierung. Diese eindeutige Priorität für die Bildung gibt es in keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dieser nicht einfachen Entscheidung unterstreichen wir nachhaltig die Bedeutung, die wir der Bildung zumessen.

Hinzu kommt: Mit den neuen Hochschulpakten werden wir die Mittel für die Hochschulen weiter erheblich aufstocken. Das verbessert die Studienbedingungen und schafft zusätzliche Studienplätze. Wir bleiben damit verlässlich und geben den Hochschulen eine verbesserte Planungssicherheit und eine verbesserte Grundfinanzierung.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, damit helfen wir den jungen Menschen im doppelten Sinne: Wir investieren in ihre heutigen Chancen und verringern gleichzeitig durch Einsparungen in anderen Bereichen ihre Belastungen in der Zukunft. Das verstehen wir unter Zukunftsgestaltung in Hessen: sozial, nachhaltig und gerecht.

Wir haben uns gemeinsam entschieden, einen weiteren Schwerpunkt zu setzen, der insbesondere dem sozialen Zusammenhalt unseres Landes dient. Mit dem neuen hessischen Sozialbudget stocken wir die freiwilligen Sozialleistungen des Landes auf 70 Millionen € auf. Unser Ziel ist es, Menschen und Institutionen verlässlich zu unterstützen.

Dazu zählen beispielsweise Schuldnerberatungen, der Ausbau von Familienzentren, die Anschubfinanzierung regionaler Kinder-Palliativteams, Maßnahmen für den Jugendschutz oder die Alkohol- und Suchtprävention ebenso wie die bessere Finanzierung von Frauenhäusern oder die stärkere Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Freiwilligendiensten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, erste politische Schwerpunktsetzungen werden wir bereits im Nachtragshaushalt für das Jahr 2014 abbilden. In diesem Sinne ist der Finanzminister mit der Erarbeitung einer zielgerichteten Ergänzung des beschlossenen Haushalts für das Jahr 2014 beauftragt. Die parlamentarische Beratung dazu soll noch im ersten Halbjahr 2014 erfolgen. Aber eines ist klar und wird auch im Nachtragshaushalt deutlich werden: Ein Abweichen vom Konsolidierungskurs kann nicht zur Debatte stehen.

Sie wissen: Steuergelder zu verteilen, ist immer leicht. Die andere Seite, wenn Sie so wollen, die unbequeme, ist das Sparen. Jeder, der den Landeshaushalt kennt, weiß, dass fast die Hälfte der Ausgaben Personalkosten sind. Ohne Einsparungen bei den Personalkosten wird es deshalb nicht gehen. Wir haben uns daher entschieden, im Laufe der Wahlperiode zusätzlich 1.800 Stellen außerhalb des Schulbereichs einzusparen. Dabei wird natürlich niemand entlassen. Frei werdende Stellen werden zum Teil nicht wieder besetzt.

Zusätzlich werden wir den Besoldungsanstieg der Beamtinnen und Beamten begrenzen und maßvolle Korrekturen bei der Beihilfe vornehmen. Meine Damen und Herren, das ist keine Missachtung der Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung, die eine sehr hohe Arbeitsplatzsicherheit haben. Im Gegenteil. Wir schätzen diese Leistungen sehr und wissen genau, dass Hessen nur erfolgreich bleiben kann, wenn wir auch eine leistungsfähige Verwaltung beibehalten. Ich stehe mit allen Kolleginnen und Kollegen dafür, dass wir als Arbeitgeber von 140.000 Menschen dabei die Balance halten und auch im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern attraktiv bleiben werden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Maßvolle Einsparungen werden wir darüber hinaus bei den sächlichen Verwaltungsausgaben, den freiwilligen Leistungen und einzelnen Programmen vornehmen müssen.

Meine Damen und Herren, nicht nur auf der Ausgabenseite, auch auf der Einnahmeseite scheuen wir keine mutigen Entscheidungen. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ist uns nicht leichtgefallen. Sie ist eine der wenigen Einnahmequellen, die das Land alleine steuern kann. Aber sie ist ein notwendiger Schritt und gerade deshalb vertretbar, weil sie die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nur sehr maßvoll belasten wird. Auch wird 1 Prozentpunkt Grunderwerbsteuer mehr – davon bin ich überzeugt – kaum jemanden davon abhalten, ein Haus zu bauen oder eine Eigentumswohnung zu erwerben.

Meine Damen und Herren, das ist der Beitrag, den wir in eigener Verantwortung für solide Finanzen leisten können, aber auch müssen. Zentrale Entscheidungen der Finanzpolitik, die uns betreffen, werden aber nicht in Wiesbaden getroffen, sondern an anderer Stelle. Daher nehmen wir die

neue Bundesregierung beim Wort. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag der Großen Koalition:

Auch die Länder brauchen eine vernünftige Finanzausstattung, um gemeinsam mit ihren Kommunen die vielfältigen Aufgaben erfüllen zu können. Handlungsfähigkeit in Bund und Ländern, Städten und Gemeinden, in allen Regionen Deutschlands, das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das haben wir gemeinsam – ich war daran sehr beteiligt – in Berlin beschlossen.

(Günter Rudolph (SPD): Deshalb haben wir auch geklatscht!)

Deshalb – wieder eine Brücke zur Gemeinsamkeit – wird sich die neue Landesregierung mit großem Engagement, aber auch Nachdruck für die Verbesserung dieser Handlungsfähigkeit einsetzen, und wir erwarten eine zügige Aufnahme der Bund-Länder-Verhandlungen.

Ein Zweites. Auch heute kann ich es Ihnen nicht ersparen, weil es zentrale Bedeutung für uns hat. Sie konnten es der Presse entnehmen: Im vergangenen Jahr haben wir 1,7 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich gezahlt. In den vergangenen 15 Jahren haben wir 20 Milliarden € neue Schulden gemacht, machen müssen, aber 31 Milliarden € in diesen Länderfinanzausgleich gezahlt. Meine Damen und Herren, dieses eklatante Missverhältnis, das es im Übrigen vor 1999 noch nicht gab, ist nicht länger hinnehmbar und muss geändert werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Schauen Sie einmal: Das Einzige, was sich über die Jahre beim Länderfinanzausgleich geändert hat, ist, dass immer weniger Zahler immer mehr gezahlt haben. Wir haben immer mehr Nehmerländer und immer weniger Zahlerländer. Dabei müssen die wenigen immer mehr bezahlen. Man muss kein großer Finanzwissenschaftler sein, um zu erkennen: Dieses System ist nicht nur nicht gerecht, sondern es ist auch im Interesse der Prosperität der gesamten Bundesrepublik Deutschland nicht zukunftsfähig. Deshalb: Wir bekennen uns zur Solidargemeinschaft der Länder, aber wir lehnen ein System ab, das auf der Nehmerseite keinerlei Anreize zur Stärkung der eigenen Finanzkraft bietet.

Weil das so ist, unterstützt auch die neue Landesregierung aus CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die eingereichte Klage beim Bundesverfassungsgericht. Meine Damen und Herren, man kann da über viele Einzelheiten diskutieren, aber aus hessischer Sicht muss doch eines klar sein: So, wie es ist, kann es nicht bleiben. Die Belastung für Hessen aus diesem Länderfinanzausgleich muss reduziert werden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, beim Thema Haushaltsdisziplin ist der Landesregierung sehr bewusst: Sparen muss mit Augenmaß und Weitsicht erfolgen. Wir brauchen eine starke und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, die unseren Wohlstand erhält, die Arbeitsplätze schafft und gleichzeitig sparsam mit unseren natürlichen Ressourcen umgeht.

Wenn wir einen Blick auf Hessen werfen, ist das mehr als ermutigend. Ein Blick in die Beschäftigungs- und Konjunkturprognosen aller Industrie- und Handelskammern und aller Handwerkskammern ist beeindruckend. Die Konjunktur wird dort als „stabil“ und „steil bergauf“ beschrieben. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist so hoch wie noch nie. Sie hat Rekordniveau. Die Auftragslage ist hervorragend, und alle Kammern gehen davon aus, dass sie sich noch verbessert. Die Arbeitslosigkeit in unserem Land ist glücklicherweise niedrig. Das gilt übrigens auch für unsere Nachbarländer, aus denen viele zum Arbeiten nach Hessen kommen. Wir haben eine sehr gute Situation, für die wir sehr dankbar sind.

Meine Damen und Herren, Spitzenplätze in Rankings sind schön. Auf Dauer aber genügen sie nicht. „Wer aufhört, besser werden zu wollen, der hört heute auf, gut zu sein.“ Das ist ein oft benutztes Zitat, aber ich finde, es passt gut hierhin.

Wir wollen den Beweis erbringen, dass Ökonomie und Ökologie einander nicht ausschließen, sondern Hand in Hand gehen. Meine Damen und Herren, das ist kein unüberbrückbarer Gegensatz.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Ziele bedingen sich gegenseitig. Auf dem Neujahrsempfang der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe ich von Ihnen, Herr Kollege Wagner, einen Satz in Ihrer Begrüßungsrede gehört, den ich mir gemerkt habe. Den möchte ich dem Haus vortragen, ich darf Sie zitieren. – Nur aus Zeitgründen bin ich nicht in der Lage, Ihre gesamte Rede hier einzubauen, aber diesen Satz, lieber Herr Kollege, möchte ich schon vortragen. Ich zitiere: „Auch grüne Politik will schwarze Zahlen schreiben.“ Ich kann nur sagen: Ja, genau so muss es sein.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer, wenn nicht wir in Hessen, hätte bessere Voraussetzungen dafür? Wir sind der stärkste Finanzplatz Kontinentaleuropas, Standort eines Weltflughafens. Wir sind Chemie- und Medizintechnikstandort von internationalem Rang und ein IT- und Pharmastandort von Welt. Wir sind ein starker Automobil-, Logistik- und Raumfahrtstandort, ein starker Standort für Umwelttechnologie, Energie- und Klimatechnik und vieles andere mehr. Es gilt, diese Stärke und Vielfalt zu erhalten. Deshalb bekennt sich die neue Landesregierung ausdrücklich zur Vielfalt des Wirtschaftslebens in Hessen – vom mittelständischen Handwerk und der Industrie über die Großindustrie bis hin zu dem stetig wachsenden Dienstleistungssektor.

Dieser starke industrielle Kern ist auch der Grund, weswegen wir in Deutschland im Vergleich zu vielen unserer europäischen Nachbarn so hervorragend dastehen. Deshalb muss es für jede Regierung eine Verpflichtung sein, diesen starken industriellen Kern zu erhalten. Das gilt allemal für ein Land wie Hessen.

Ein solch starker Wirtschaftsstandort braucht eine aktive Wirtschaftsförderung. Wir wollen Anreize geben und Existenzgründungen auf vielfältige Weise fördern. Wir wollen helfen, beraten und unterstützen und kreativen Potenzialen zum Durchbruch verhelfen. Die Hessen-Agentur wird hierbei eine bedeutende Rolle spielen.

Auf der Basis der Empfehlungen der Fachkräftekommission werden wir die vorhandenen Potenziale wie eine höhere Frauenerwerbstätigkeit, den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Nachqualifizierung junger Menschen steigern. Wir werden auch ein besonderes Augenmerk auf die Stärkung naturwissenschaftlicher Kompetenzen in der Bildung legen.

Meine Damen und Herren, diese Herausforderungen können wir nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung mit allen am Wirtschaftsleben Beteiligten, wie z. B. beim „Pakt für Ausbildung“, erfolgreich angehen.

Wir bekennen uns zum Wettbewerb als elementarem Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Wir sehen aber auch die Ordnungsfunktion des Staates als notwendig für den Zusammenhalt der Gesellschaft und insbesondere für die Akzeptanz unserer Wirtschaftsordnung an. Beides gehört zusammen.

Wenn wir deshalb das Hessische Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz um das Gebot der Tariftreue erweitern, haben wir ebenso die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie auch die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe im Blick. Immer muss beides unser Antrieb sein.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Arbeitsplätze der Zukunft werden durch Produkte und Dienstleistungen nicht von gestern, sondern von morgen geschaffen und gesichert. Forschung und Entwicklung sind der Schlüssel für diese positive Entwicklung.

Darum ist es uns ein Herzensanliegen, ein Klima zu schaffen, in dem Forschung und Entwicklung sowohl an unseren Hochschulen als auch in den Unternehmen weiter gedeihen können, z. B. durch den Einsatz für neue Forschungsnetzwerke in der Energie- und Klimatechnik oder durch die engagierte Fortführung unseres bundesweit einzigartigen und sehr erfolgreichen Programms zur Förderung der Spitzenforschung, kurz LOEWE genannt.

Hinzu kommt die bauliche Modernisierung unserer Hochschulen, auch über das Jahr 2020 hinaus. Meine Damen und Herren, wir können gemeinsam darauf stolz sein: Am Ende dieses Jahrzehnts wird Hessen damit die modernsten baulichen – und häufig auch inhaltlichen – Voraussetzungen aller Hochschulen in Deutschland haben. Das ist Ergebnis einer grandiosen Anstrengung, die uns nicht leichtgefallen ist. Wir haben sie bewusst getroffen, um die Zukunft zu eröffnen und Wohlstand für unser Land zu sichern. Genau das wollen wir.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft hat in Hessen mittlerweile eine Tradition in der Strategie der sogenannten „Houses of ...“. Damit erhöhen wir die Innovationsfähigkeit und geben Impulse für die Wirtschaft vor Ort.

Das wollen wir in anderen Bereichen fortsetzen. Beispielfür erwähne ich die Gesundheitswirtschaft, die zur Stärkung gerade des mittelhessischen Raums erhebliche Potenziale erschließen kann.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will auf einen Aspekt der Entwicklung unseres Landes hinweisen, der uns alle nur erfreuen kann. Schauen wir uns einmal den Aufholprozess an, den gerade Nordhessen in den letzten zwei Jahrzehnten genommen hat. Dafür können wir nur dankbar sein. „Kassel ist die dynamischste Großstadt Deutschlands“ – das war die Headline im Dezember 2011.

Diese Erfolgsgeschichte hat sich fortgesetzt. Im jüngsten großen Städtetest der „Wirtschaftswoche“ und des Instituts der deutschen Wirtschaft vom Dezember 2013 – also sehr aktuell – belegt Kassel erneut einen hervorragenden vorderen Platz. Bundesweit ist Kassel auf Platz 2 bei der Beschäftigtenentwicklung aller Großstädte seit dem Jahr 2007.

(Günter Rudolph (SPD): Ein guter Oberbürgermeister!)

Meine Damen und Herren, wer hätte das vor 20 Jahren für möglich gehalten? Auch wenn es eine neue Landesregierung gibt, muss es möglich sein, an der Stelle zu sagen: Diese Entwicklung ist ein nachhaltiger Beleg für die erfolgreiche Arbeit der Vorgängerregierung.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

– Der Beifall der nordhessischen Oppositionskollegen ist noch ausbaufähig.

(Heiterkeit bei der CDU – Günter Rudolph (SPD): Bei Ihrem neuen Partner aber auch! – Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN)

Nicht nur Nordhessen beweist: Politik ist immer dann erfolgreich, wenn sie auf die Bedürfnisse der Menschen eingeht. Das gilt auch und besonders für die mobile Zukunft. Als Land in der Mitte Europas ist Hessen auf den Erhalt seiner starken Infrastruktur angewiesen.

Allerdings ist nicht ein „Immer mehr“ das Gebot der Stunde, sondern ein „Immer besser“. Immer besser – das gilt beispielsweise für die Versorgung mit schnellem Internet, auf dem Land genauso wie in der Stadt. Es wird eine der wichtigen Aufgaben der neuen Landesregierung sein, die Versorgung mit leistungsstarken Breitbandzugängen flächendeckend zu gewährleisten. Zur Beschleunigung werden wir unter anderem die Hessische Gemeindeordnung ändern. Mein Respekt, meine Anerkennung gilt dem ersten Kreis in Deutschland, der dies bereits flächendeckend geschafft hat: Es ist ein hessischer Kreis, nämlich der Odenwaldkreis.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Immer besser müssen bestehende Verkehrskonzepte intelligent genutzt werden. Darum werden wir in dieser Legislaturperiode das Projekt „Mobiles Hessen 2020“ starten, um das, was in Sachen Zukunftsmobilität in einzelnen Regionen schon sehr erfolgreich erprobt wurde, auf das ganze Land zu übertragen: Carsharing, E-Mobilität, digitale Angebote und moderne Verkehrstelematik. Diese wenigen Stichworte mögen an der Stelle genügen.

Immer besser wollen wir auch beim Schienenverkehr und im öffentlichen Nahverkehr werden. Dazu gehört, dass wir uns beim Bund weiterhin z. B. für den Bau der Nordmainischen S-Bahn oder den Aus- und Neubau der Bahnstrecke Frankfurt – Fulda stark machen. Heute ist in einer großen Zeitung, die sich mit diesen Themen beschäftigt, zu lesen,

dass das in der Regel Vorhaben seien, bei denen diejenigen, die heute daran arbeiten, nicht damit rechneteten, dass das Ganze vor ihrer Verrentung fertig gebaut sei. Das mag sein, aber das ist kein Grund dafür, nicht zügig zu beginnen.

Das Land Hessen wird seine Aufgaben sehr zügig fortführen. Aber auch der Bund muss hier seinen Verpflichtungen nachkommen. Hessen ist ein Land in der Mitte Europas, ein Land in der Mitte Deutschlands, ein zentraler Verkehrsknotenpunkt. Bei allem Verständnis für die anderen, die ebenfalls Ansprüche erheben, sind wir nachhaltig davon überzeugt, dass ein massives Eintreten für Verbesserungen – nicht nur im Bahnverkehr, sondern im Verkehr insgesamt – keine besondere Behandlung Hessens ist, sondern im Ergebnis allen dient – nach dem alten Spruch: An Hessen führt kein Weg vorbei. – Deshalb werden wir beim Bund weiterhin auf eine bessere Förderung drängen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört auch eine weitere Modernisierung der Bahnhöfe.

Eine weitere wichtige Botschaft: Die Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr und den kommunalen Straßenbau wollen wir gleichgewichtig aufteilen. Das ist eine feste Zusage an den ÖPNV, der uns besonders am Herzen liegt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Immer besser statt immer mehr“, das gilt auch für den Straßenbau. Wir werden auch in Zukunft wichtige Verkehrsadern vervollständigen und Straßen bauen – insbesondere dort, wo Schadstoffe oder Lärm die Menschen belasten. Deshalb werden wir den Bau der A 44 und der A 49 vollenden, wenn rechtskräftige Planfeststellungsbescheide vorliegen und der Bund die notwendigen Mittel bereitstellt. Die Knappheit der staatlichen Mittel, der Zustand vieler unserer Straßen und das mittlerweile hervorragend ausgebaute Straßennetz erfordern aber auch das klare Signal, dem sich diese Koalition verpflichtet fühlt: Erhalt geht vor Neubau.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir Neues dort bauen, wo es notwendig ist, das, was vorhanden ist, gut erhalten und beides in ein vernünftiges Maß zueinander bringen, dann bin ich sicher, dass wir trotz mancherlei Interessenkonflikte, die es auch vor Ort gelegentlich gibt, kluge Entscheidungen treffen werden.

Immer besser werden muss schließlich der Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner vor Schadstoffbelastungen, Straßen- und Schienenlärm. Darum liegt ein besonderes Augenmerk auf der Entlastung der Situation im Mittelhessental, wo viele von Bahnlärm betroffen sind. Außerdem hat auch der Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner am Frankfurter Flughafen vor Fluglärm weiterhin höchste Priorität.

(Lachen des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Damit sind wir bei einem ganz entscheidenden Punkt der Zusammenarbeit der beiden neuen Koalitionspartner, nämlich bei unseren Planungen für den Frankfurter Flughafen. Die Einigung hierzu gehörte wohl zu den schwierigsten Herausforderungen in unseren Verhandlungen, weil die

Positionen in der Vergangenheit bekanntlich weit auseinanderlagen.

Wir haben einen Kompromiss gefunden. Die Koalition bekennt sich zu diesem Flughafen und zu seiner Bedeutung, die weit über das Rhein-Main-Gebiet und Hessen hinausgeht. Deshalb sind wir uns auch darin einig, dass der Flughafen eine Zukunftsperspektive haben muss, auch wenn die Positionen zur Frage des Ausbaus durchaus unterschiedlich waren und zum Teil noch sind. Zugleich eint uns aber die gemeinsame Erkenntnis, dass die ökonomische Bedeutung nicht alleiniger Maßstab für die Zukunftsentwicklung sein kann. Sowohl die überregionale Bedeutung des Flughafens mit seinen rund 80.000 Arbeitsplätzen wie auch die Lärmschutzinteressen der Menschen rund um den Airport sind uns wichtig. Beides leitet uns bei unserer Flughafenpolitik.

Auf der Basis des Planfeststellungsbeschlusses vom Dezember 2007 und seiner weitestgehenden Bestätigung durch das Bundesverwaltungsgericht ist es unser vorrangiges Ziel, dass wir die mit dem Betrieb des Flughafens einhergehenden Belastungen für die Menschen und die Umwelt in höchstmöglichem Maß wirksam verringern. Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket verständigt, das die Balance zwischen den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner und der Zukunftsentwicklung des Frankfurter Flughafens wahrt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu zählen unter anderem die weitere Umsetzung der Maßnahmen aus der „Allianz für mehr Lärmschutz“ und die Kommunikation mit allen beteiligten Akteuren, eine Ausweitung der Nachtruhe in den Nachtrandstunden mit dem Ziel, regelmäßig zu Lärmpausen von sieben Stunden in der Nacht zu kommen, die Einführung einer Lärmobergrenze entsprechend der Empfehlung der Mediation, eine stärkere und frühere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Planung von Flugrouten, ein Lastenausgleich für besonders vom Fluglärm betroffene Kommunen, eine Bedarfsprüfung des Vorhabens für den Bau eines dritten Terminals auf dem Gelände des Frankfurter Flughafens, die Fortsetzung des „Forums Flughafen und Region“ als Stätte des direkten Dialogs und als Ideengeber sowie eine Stärkung und Neuausrichtung der Gemeinnützigen Umwelthaus GmbH.

Meine Damen und Herren, wir wissen, die erfolgreiche Umsetzung dieser Maßnahmen kann nur gemeinsam mit allen Akteuren gelingen. Ich nenne hier insbesondere die Fraport, die Flugsicherung, die zuständigen Bundesbehörden, die Luftverkehrsunternehmen, die Kommunen, aber auch die Anwohnerinnen und Anwohner. Die allermeisten von ihnen arbeiten seit Jahren im „Forum Flughafen und Region“ engagiert und konstruktiv zusammen. Deshalb ist es folgerichtig, dass die neue Landesregierung dieses in der Sache erfolgreiche und für den Interessenausgleich so wichtige Gremium auch in Zukunft sehr unterstützen wird.

Meine Damen und Herren, manchem mag es nicht schnell genug gehen. Mancher wird das Ganze für nicht ausreichend halten. Das, was wir vereinbart haben, wird aber am Ende zwei Ergebnisse hervorbringen: Dieser Flughafen bleibt auch zukünftig das wirtschaftliche Herzstück unseres Landes, das mit die wichtigsten Arbeitsplätze in ganz

Europa bietet; gleichzeitig wird es leiser werden. Daran werden wir uns messen lassen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Blick nach Norden: Der Neubau des Flughafens Kassel-Calden war eine bewusste Zukunftsentscheidung für den Wirtschaftsstandort Nordhessen. Die Mehrheit in Nordhessen – nicht nur die Vertreter verschiedener politischer Couleur, sondern auch die Wirtschaft, die Kommunen und die Kammern – wollte diesen Flughafen.

Ich sage aber genauso deutlich: Niemand wollte und niemand will einen dauerhaften Defizitbetrieb. Da dies so ist, haben wir im Koalitionsvertrag Entscheidungen getroffen, die die bislang unbefriedigende Entwicklung zum Positiven verändern sollen. Wir werden diese Entscheidungen im Dialog mit der Wirtschaft und den Kommunen umsetzen. Dieser Kompromiss ist chancenreich. Er ist ambitioniert – er ist aber auch ehrlich und fair.

Wer Chancen geben will, der muss auch die Freiheit dazu einräumen. Freiheit bedeutet, eine Wahl zu haben. Der Staat soll den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben, wie sie glücklich werden, wo und wie sie wohnen, in welchem Umfang sie ihre Kinder betreuen – oder gar, welche Schulformen ihre Kinder besuchen sollen.

(Günter Rudolph (SPD): Was sie essen, auch nicht!)

Die neue Landesregierung will den Menschen Chancen eröffnen und die Wahl lassen. Herr Kollege Rudolph, Wahlfreiheit und Vielfalt sind die Richtschnur in allen unseren Politikbereichen. Deshalb wollen wir für eine Politik des Ermöglichens und nicht für eine Politik des Vorschreibens stehen. Dies steht für uns fest.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Das gilt für die persönliche Lebensgestaltung ebenso wie für die Schul- und Bildungspolitik, die Politik für Kinder und Familien oder die Gestaltung des demografischen Wandels – um eine der großen Herausforderungen hinzuzufügen.

Deshalb lehnen wir Einheitslösungen und staatliche Bevormundung ab. Wir wenden uns auch gegen jede Form von Diskriminierung. Dies betrifft viele Bereiche unseres Lebens – angefangen von der sexuellen Orientierung bis hin zu unterschiedlichen Kulturen. Das vermeintliche Anderssein, das oft zu Ausgrenzungen führt, wollen wir verstärkt unter dem Aspekt der Vielfalt in unserer Gesellschaft sehen. Wir werben für Akzeptanz. Deshalb treten wir der „Koalition gegen Diskriminierung“ bei und werden einen „Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt“ erarbeiten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration wird deshalb auch eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet.

Viele Menschen, die auch die Freiheit einfordern, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, stehen oftmals noch vor großen Barrieren. Ich denke in diesem Zusammenhang an Menschen mit Behinderungen, deren Recht auf Teilhabe in allen Lebensbereichen uns Auftrag sein muss. Wir haben die feste Absicht, in den nächsten fünf Jahren einen großen Schritt hin zu einer inklusiven Gesellschaft zu machen.

Menschen mit Behinderungen erwarten keine Privilegien. Sie erwarten nicht mehr, als so normal wie irgend möglich am Leben teilnehmen zu können.

Dies umzusetzen bedarf intensiver und kluger Maßnahmen: Maßnahmen, die gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen wirklich geholfen wird und dass andererseits nicht Erwartungen geweckt werden, die – wenn überhaupt – nur langfristig erfüllbar sind.

Den Menschen die Wahl lassen – dieser Anspruch gilt für uns in besonderer Weise in Bezug auf die Bildung von Kindern und jungen Menschen. Die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Begabung verlangt auch vielfältige Bildungsangebote: von der Grundschule bis zu der beruflichen Bildung. Diese Vielfalt haben wir in Hessen. Wir wollen sie auch erhalten und die jahrzehntelangen Schulkämpfe ad acta legen.

Wir wollen den Schulfrieden, d. h. eine langfristige, verlässliche Grundlage für die Arbeit unserer Schulen. Dies können wir nur erreichen, wenn wir alle an Schule Beteiligten einbinden und gemeinsam verabreden, wie wir die Zukunft des Schullebens gestalten wollen. Da dies so ist, werden wir zeitnah zu einem Bildungsgipfel einladen. Wir wollen uns mit allen an Schule Beteiligten und den Fraktionen des Landtags beraten, um mit ihnen eine Vereinbarung über die Schulentwicklung in Hessen in den kommenden zehn Jahren zu erreichen. Der von uns gewollte Schulfrieden sichert die Wahlfreiheit und wird Planungssicherheit für alle Beteiligten bringen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir ist es ein persönliches Anliegen, dass neben den Kommunen, den freien Trägern und Verbänden auch die Damen und Herren der Opposition engagiert mitarbeiten. Manche Äußerung dazu aus jüngster Zeit sollte uns nicht davon abhalten, es wenigstens zu versuchen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, aus meiner Sicht erschwert es unnötig den Weg, den allseits angestrebten Schulfrieden zu erreichen, wenn eine Fraktion von vornherein sagt: Da machen wir nicht mit.

(Manfred Pentz (CDU): Ja! – Günter Rudolph (SPD): Aber alles, was in der Zeitung steht, stimmt!)

In der Presse war zu lesen, dass Sie Sorge haben, Sie sollten nur zum Abnicken dabei sein, und in diesem Zusammenhang haben Sie auf den Energiegipfel Bezug genommen.

Ich muss Ihnen sagen: Ich habe das nicht verstanden. Wir haben doch dort auf Augenhöhe – alle Beteiligten – wichtige Ziele zusammen vereinbart, die noch heute Grundlage unserer gemeinsamen Politik sind. CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP haben das gemeinsam unterschrieben. Deshalb finde ich, dass gerade dieser Energiegipfel ein gutes Beispiel dafür war, wie man auch jenseits der Parteilinien zu guten Ergebnissen kommt. Ich möchte an Sie appellieren, noch einmal zu prüfen und sich nicht von vornherein diesem Gipfel und dieser Gemeinsamkeit zu verweigern.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung will in der Schulpolitik Bewährtes erhalten, Neues auf den Weg bringen und Notwendiges ver-

lässlich absichern. Dazu zählt in erster Linie eine ausreichende Ausstattung unserer Schulen mit Mitteln, die Vielfalt und Qualität ermöglichen. Deshalb – ich habe bereits darauf hingewiesen – werden wir den Rückgang der Schülerzahlen nicht dazu nutzen, Stellen abzubauen, sondern um Qualität und Angebote an den Schulen zu verbessern.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Entscheidung ermöglicht es uns, unter anderem Folgendes in Angriff zu nehmen und umzusetzen:

die Stärkung der Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9, insbesondere auch die Möglichkeit, die jetzigen 5. und 6. Klassen dabei einzubeziehen. Die gesetzgeberischen und die administrativen Arbeiten sind bereits angelaufen, und wir werden sicherstellen, dass diese Regelung bereits für das neue Schuljahr umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem planen wir den schrittweisen Ausbau von Ganztagsangeboten mit Schwerpunkt auf den Grundschulen. Auf freiwilliger Basis – das ist uns wichtig – können alle Grundschulen in das Ganztagsschulprogramm des Landes aufgenommen werden. Damit garantieren wir den Schulen, die dies möchten, eine Betreuung von 7:30 Uhr bis 14:30 Uhr. Das ist der Beitrag des Landes zu dem „Pakt für den Nachmittag“.

Mit den Kommunen streben wir eine Vereinbarung an, durch die die Betreuung der Kinder für die Zeit bis 17 Uhr ausgeweitet werden soll. Unser Ziel ist es, im Zusammenwirken von Land, Kommunen, Eltern und bestehenden Initiativen eine bedarfsgerechte Bildungs- und Betreuungsgarantie für alle Grundschulkinder zu erreichen.

Weiter beabsichtigen wir die Verdopplung der Zahl der Lehrerstellen oder der Zahl der Sozialpädagogen nach dem sogenannten Sozialindex, damit sich die Schulen dem besonderen Förderbedarf von Kindern und Jugendlichen noch besser widmen können. Andere beklagen die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Mit dieser Entscheidung handeln wir. Wir beklagen uns nicht nur, wir handeln.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus wollen wir den gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen oder Behinderungen in den kommenden fünf Jahren – insbesondere in den Grundschulen – so ausweiten, dass möglichst kein individueller Elternwunsch abgelehnt werden muss. Umgekehrt wollen wir aber auch den Besuch von Förderschulen gewährleisten; denn das Wohl des einzelnen Kindes und der Elternwille sind auch hier die maßgebliche Richtschnur für unser Handeln.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Rahmen eines Modellversuchs lassen wir den integrierten Gesamtschulen die Wahl, ohne Aufteilung in Kurse zu unterrichten. Diese neue Möglichkeit des längeren gemeinsamen Lernens werden wir wissenschaftlich begleiten und evaluieren.

Meine Damen und Herren, in der Schule gilt der einfache Satz, der schon immer galt: Auf den Lehrer – Pardon, auf

die Lehrerin und den Lehrer – kommt es an. Das Aus- und Weiterbildungskonzept für Lehrerinnen und Lehrer werden wir noch mehr am konkreten Schulalltag ausrichten. Wir werden das verpflichtende Praxissemester optimieren und fördern Eignungstests auf freiwilliger Basis. So können Studierende prüfen, ob sie die erforderlichen Voraussetzungen für den Lehrerberuf mitbringen. Aus meiner Sicht ist das eine relativ unkomplizierte, aber sinnvolle Maßnahme für das Lebensglück sowohl der zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer als auch der Schülerinnen und Schüler. Ich möchte dazu aufrufen, dass wir das so schnell wie möglich umsetzen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Koalitionspartner haben sich darauf verständigt, dass das in der vergangenen Wahlperiode eingerichtete Landes- schulamt wieder aufgelöst wird.

(Beifall des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Kollege Wagner klatscht.

(Allgemeine Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Nur einer!)

Wir haben uns entschieden, Folgendes zu machen. Wir werden die Schulaufsichtsämter wieder unmittelbar dem Ministerium unterstellen und gleichzeitig – das war schon immer ein Ziel – unnötige Doppelstrukturen abschaffen und das ursprüngliche Reformziel einer kosteneffizienteren Schulaufsichtsverwaltung verwirklichen.

Wir setzen auf eine Schule, die Leistungsbereitschaft und unterschiedliche Begabungen fördert und zugleich passgenaue Angebote für schwächere Schülerinnen und Schüler macht. Deswegen bleibt die Förderung der Internatsschule Hansenberg genauso erhalten wie die SchuB-Klassen, die Osterferriencamps für versetzungsgefährdete Schülerinnen und Schüler oder spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir von Schulbildung sprechen, meinen wir aber nicht nur die allgemeinbildenden Schulen, sondern auch die berufliche Bildung. Das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung wird deshalb von uns auch zukünftig größtmögliche Unterstützung erfahren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Ergebnis: Unsere Politik will den Schulfrieden. Wir wollen die individuellen Begabungen der Kinder in den Mittelpunkt rücken und die Bildungsangebote danach ausrichten. Wir wollen nicht staatlicherseits etwas vorgeben, um anschließend festzustellen, dass es nicht erfolgreich war, sondern wir wollen die Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt stellen, die Wahlfreiheit ermöglichen und so gemeinsam erfolgreich sein. Das ist unsere Devise. Wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit. Meine Damen und Herren, ich lade Sie alle ein, dort mitzumachen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neue Landesregierung wird in der Familienpolitik neben dem Nutzen der bewährten Instrumente vor allem dort neue Akzente setzen, wo die Bedürfnisse der ganz Kleinen

dies verlangen und wo wir Eltern unterstützen können. Wir wollen ein familienfreundliches Land, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einen konsequenten Kinderschutz. Wir werden eine Kommission „Hessen hat Familiensinn“ unter breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung einberufen.

(Michael Siebel (SPD): Schon die zweite Kommission!)

Es geht uns um neue Möglichkeiten, um mehr Familienfreundlichkeit im gelebten Alltag und um praktische Beispiele. Lassen Sie uns diese Kommission mit Herz – „mit Herz“ sage ich bewusst, wenn es um Kinder geht – und Verstand umsetzen.

Wir wollen uns um den Kinderschutz kümmern, und zwar konsequent. Mit dem Bundeskinderschutzgesetz, das jetzt seit zwei Jahren in Kraft ist und öffentlich bisher viel zu wenig gewürdigt wurde, sind die Voraussetzungen für umfassende Verbesserungen im Kinderschutz in Deutschland geschaffen worden. Gerade für junge Familien sind mit dem dort vereinbarten Einsatz von Familienhebammen und dem Aufbau von Netzwerken „Frühe Hilfen“ wichtige Hilfsangebote während der ersten Lebensjahre der Kinder vereinbart sowie Hilfsangebote für die Eltern, deren Lebensalltag sich grundlegend verändert hat. Das ist praktischer Kinderschutz, und den wollen wir nachhaltig unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir alle sind uns darin einig, dass das viele Facetten hat. Kinderschutz muss mit an vorderster Stelle auch heißen, dass wir uns mit aller Kraft gegen eines der abscheulichsten Verbrechen, nämlich sexuelle Gewalt gegen Kinder, einsetzen. Auch das ist uns wichtig.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ausbau der Kinderbetreuung hat durch eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen deutschlandweit in nur wenigen Jahren bemerkenswerte Fortschritte gemacht. In Hessen haben wir die vom Bund vorgegebene Betreuungsquote – Sie werden sich erinnern, dass man einmal errechnet hatte, 35 % seien ausreichend – schon im Mai des vergangenen Jahres erreicht. Wir sind mittlerweile bei einer Quote von 39 % und liegen damit auf Platz 2 im Vergleich der Flächenländer der alten Bundesrepublik.

(Holger Bellino (CDU): Hört, hört!)

Das ist ein tolles Ergebnis. Herzlichen Dank an all diejenigen, die da mitgemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen und werden alles unternehmen, um die noch bestehenden Lücken in einzelnen Städten und Gemeinden zu schließen und damit den Bedarf der Eltern zu decken. Mit dieser deutlich verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten wir wie beim Abbau des Fachkräftemangels auch einen wichtigen Beitrag zur Förderung beruflicher Chancen gerade von Frauen.

Seit Jahresbeginn ist das in diesem Haus sehr kontrovers diskutierte Kinderförderungsgesetz in Kraft. CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben entschieden, dass dieses Gesetz in Kraft bleibt und weiter verbessert wird. Wir verfolgen den Umsetzungsprozess sehr genau. Wir werden Mitte des Jahres einen runden Tisch „Kinderbetreuung“ einberufen

(Zurufe von der SPD: Ah! – Weitere Zurufe von der SPD)

– dazu komme ich gleich – und dann gemeinsam mit den Verbänden und Trägern eine erste Bewertung der Wirkung des Gesetzes durchführen und über die weitere Entwicklung der Kinderbetreuung beraten.

Etwas, was wir bereits die ganze Zeit angekündigt haben, werden wir auf jeden Fall machen – das ist eine grundlegende Ergänzung –: Sobald sich die Kommunalen Spitzenverbände und die Liga der freien Wohlfahrtsverbände auf die Fortführung ihrer Rahmenvereinbarung „Integrationsplatz“ verständigt haben – denn das ist ihre Aufgabe –, wird das Land die Pauschalen im Kinderförderungsgesetz für die Inklusion von Kindern mit Behinderungen in den Kindertagesstätten deutlich erhöhen. Dazu sind wir fest entschlossen. Das ist kein geringer Betrag. Wir sprechen vielmehr von 10 Millionen € pro Jahr, die wir zur Verbesserung zusätzlich zur Verfügung stellen wollen. Das ist ein deutlicher Beleg dafür, dass wir es mit der Kinderförderung ernst meinen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere familienpolitische Agenda baut auf umfangreichen Arbeiten auf: ein Konzept zur Gewinnung von Erzieherinnen und Erziehern, ein bedarfsgerechter Ausbau der Tagespflege, die nachhaltige Sicherung des Bildungs- und Erziehungsplans für Kinder von null bis zehn Jahren. Dies sind nur einige Eckpfeiler unserer weiteren Vorhaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Vielfalt leben – das gilt auch für die verschiedenen Regionen Hessens, die unser Land so liebenswert und abwechslungsreich machen. Gerade weil der viel zitierte demografische Wandel ganz unterschiedliche Herausforderungen mit sich bringt, brauchen wir differenzierte Lösungen. Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen gesagt, dass wir Vielfalt anstreben, aber keine Einheitslösungen. Es gibt kaum einen Bereich, in dem man nachhaltiger zeigen kann, dass Einheitslösungen im Ergebnis die schlechtere Wahl sind. Deshalb setzen wir uns auch hier für Wahlfreiheit ein.

Trotz des demografischen Wandels sollen die Menschen nämlich selbst entscheiden können, ob sie auf dem Land oder in der Stadt leben wollen. Wer den demografischen Wandel an einem Wiesbadener Schreibtisch in den Griff bekommen will – am besten ist das Ganze noch mit ein paar Förderprogrammen gespickt –, wird immer scheitern. Einheitslösungen helfen hier überhaupt nicht. Der demografische Wandel ist im Grunde genommen ein Wandel in Hunderten von Dörfern, Städten und Gemeinden. Er vollzieht sich vor Ort, und er durchzieht alle Lebensbereiche.

Hier passende Antworten zu geben ist eine Daueraufgabe. Auch hier gibt es niemanden, der die Erkenntnisse für sich gepachtet hat. Auch hier müssen wir offen sein und die Zukunft möglichst gemeinsam gestalten.

Ich will ein Beispiel nennen: die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere im Ballungsgebiet und in den Universitätsstädten. Unser Sonderprogramm für den Wohnungsbau mit insgesamt 15 Schwerpunkten ist in der Umsetzung und zeigt erste Erfolge. Studentischer Wohnraum wurde geschaffen. Sehr gute Erfahrungen haben wir auch mit dem Kauf von Belegungsrechten gemacht oder mit der Aktivierung von Landesliegenschaften zum Wohnungsbau.

Allein im vergangenen Jahr ist es uns gelungen, knapp 700 Wohnungen in der Sozialbindung zu halten und damit bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Darauf werden wir aufbauen. Wir haben dabei die Mieterinnen und Mieter des sozialen Wohnungsbaus genauso im Blick wie die private Eigenheimförderung.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Beim sozialen Miteinander und bei der demografischen Entwicklung – das wissen wir nicht erst seit der Auslobung des ersten Demografiepreises oder den Aktivitäten unserer neuen Landesstiftung – zeigt sich, mit welchem Engagement und welcher Kreativität sich die Menschen vor Ort einsetzen. Das fängt mit innovativen Ideen zur Nahversorgung im Handel an, reicht über Mobilitätskonzepte im ländlichen Raum oder Fragen der Kooperation von Schulen, freiwillige Betreuungsangebote oder Nachbarschaftshilfen und geht hin bis zur Ärzteversorgung auf dem Land.

Gerade die Ärzteversorgung im ländlichen Raum ist von eminent wichtiger Bedeutung. Hier unterstützen wir mit verschiedenen Fördermaßnahmen. Das reicht von der Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten auf dem Land, der Förderung der allgemeinmedizinischen Weiterbildung bis hin zum Aufbau von Pendel- und Begleitsdiensten für Patientinnen und Patienten. Die Bildung regionaler Gesundheitsnetze wird für uns immer wichtiger werden. Deswegen wollen wir vernetzte, integrierte Angebote wie Pflege- und Gesundheitsstützpunkte schaffen und Telemedizin sowie sektorenübergreifende Versorgungsformen entwickeln. Das ist eine Herausforderung, für die wir uns wappnen, für die wir viele Beispiele haben, die aber ständig weiterentwickelt werden müssen.

Damit das den Kommunen vor Ort besser gelingt, darf ich daran erinnern, dass wir mit der Aufnahme einer Demografiekomponente im Kommunalen Finanzausgleich als Land dazu beitragen, dass der demografische Wandel vor Ort besser abgedeckt werden kann. Das ist nicht einfach und auch nicht ohne Interessenwiderstreit, aber notwendig, damit wir gerade auf dem Lande auch in Zukunft lebenswerte Zukunftschancen für die Menschen bieten können.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ressourcenschonung, Natur-, Klima- und Artenschutz sowie die Bewahrung der Schöpfung sind für beide die Koalition tragenden Parteien Grundlagen ihrer politischen Arbeit. Diese gemeinsamen Grundmotivationen leiten uns auch in wichtigen Fragen, wie z. B. in der Energiepolitik.

Die Energiewende und der Klimaschutz sind zentrale Aufgaben in dieser Legislaturperiode. Die Landesregierung wird mit ganzer Kraft für die Umsetzung dieser Energiewende arbeiten. Unser Ziel bleibt eine sichere, umweltschonende, bezahlbare und gesellschaftlich akzeptierte Energieversorgung, die weder die Wirtschaft noch die Privatverbraucher überfordern wird.

Bei der Gestaltung der Energiewende wird Hessen nicht allein erfolgreich sein können. Vielmehr müssen wir uns auf einen gemeinsamen Weg mit dem Bund, der Europäischen Union, anderen Ländern und mit den Kommunen begeben. Dass dieser Weg nicht leicht werden wird, haben gerade die letzten Wochen gezeigt. Bei der dringend notwendigen Neufassung des EEG, also des Gesetzes für den Vorrang

Erneuerbarer Energien, werden wir auf eine marktwirtschaftliche Förderung der erneuerbaren Energien drängen. Die Landesregierung begrüßt, dass die Bundesregierung die Reform dieses EEG rasch in Angriff nimmt. Die von Bundeswirtschaftsminister Gabriel vorgelegten Eckpunkte greifen eine Reihe von bestehenden Problemen auf.

Um unsere Ziele zur Umsetzung der Energiewende in Hessen erreichen zu können, müssen jedoch aus unserer Sicht noch Korrekturen erfolgen. Das gilt insbesondere bei dem Thema Förderung der Windkraft an Land.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben alle unsere Geschichte. Wir wollen aber nicht zulassen, dass aufgrund eines geänderten Referenzertragsmodells viele gute Windkraftstandorte in Hessen nicht mehr wirtschaftlich genutzt werden können. Das ist kein Egoismus, hier gilt der alte Satz: Erst kommen die Interessen des Landes. – Deshalb hat unser Wirtschafts- und Energieminister, Kollege Al-Wazir, dies bei den Bund-Länder-Gesprächen in den vergangenen Tagen deutlich gemacht. Wir werden dies auch in Zukunft im Rahmen unserer jeweiligen Aufgabenstellung weiter intensiv vervollständigen.

Ich will noch einen zweiten Punkt nennen, den wir auch für korrekturbedürftig halten: Wir glauben, dass Planungen für Investitionen, die am 22. Januar, also am Tag der Verkündung dessen, was Kollege Gabriel vorgetragen hat, noch nicht genehmigt, aber bereits beantragt waren, noch einmal nachverhandelt werden müssen. Es verunsichert die Investoren, wenn sie schon viel investiert haben und dann aus heiterem Himmel einen Termin bekommen. Termine sind oft schwierig, manchmal sind sie nötig. Auch der Bundeswirtschaftsminister hat wie die Bundesregierung insgesamt wissen lassen, dass sie interessiert sind, mit den Ländern zu einem Konsens zu kommen. Deshalb wollen wir das noch verändern.

Wir müssen darauf achten, dass wir bei der EEG-Umlagebefreiung unsere heimische Wirtschaft nicht überfordern. Es gibt gelegentlich den Hinweis, man müsse das streichen, und alles sei in Ordnung. Mitnichten, wir wollen die Industrie und die mittelständischen Unternehmen erhalten. Auch bei der Frage der Eigenstromversorgung sind wir noch nicht zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen.

Meine Damen und Herren, Kollege Al-Wazir und ich sind unterwegs, um hessische Interessen in diesen Kompromiss mit einzubringen. Unsere Leitlinie bleibt der Erhalt von Arbeitsplätzen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, aber auch die Schonung unserer Ressourcen. Das sind die Meilensteine für das Gelingen unserer Energiewende. Dafür werden wir mit ganzer Kraft arbeiten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Hessischen Energiegipfel haben wir eine gemeinsame Strategie mit allen politischen und gesellschaftlichen Gruppen entwickelt. Diese Ergebnisse bleiben Grundlage unserer Energiepolitik, wie wir sie auch mit einem Energiegipfel für Verkehr fortsetzen wollen.

Unser Ziel ist, bis zum Ende der Legislaturperiode den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung zu verdoppeln. Das wollen wir unter anderem wie folgt erreichen:

Erstens. Die Windkraft wird eine entscheidende Rolle spielen – wir werden 2 % der Landesfläche an hierfür geeigneten Standorten als Vorrangflächen für den Ausbau der Windenergie ausweisen. Die Vereinbarungen des Energiegipfels haben dabei vollumfänglich Bestand – das gilt auch für den Abstand von 1.000 m. Im Sinne des Naturschutzes und der Akzeptanz in der Bevölkerung sollen Anlagen an bereits vorhandenen Standorten modernisiert werden.

Zweitens. Ohne die Akzeptanz der Bevölkerung und der Kommunen ist eine Energiewende nicht machbar. Deshalb setzen wir insbesondere auf Information, Transparenz und Beteiligung. Das kann durch einen frühzeitigen Dialog, die Verstärkung des Mediationsangebotes, Bürgerwindparks und genossenschaftliche Modelle ebenso erreicht werden wie durch eine Beteiligung der Städte und Gemeinden, z. B. indem wir sie bei Anlagen im Staatsforst am wirtschaftlichen Ertrag angemessen beteiligen wollen.

Drittens. Wir werden die Spielräume der Kommunen für die energiewirtschaftliche Betätigung im Rahmen klarer Vorgaben zum Schutz der Wirtschaft und insbesondere des Handwerks erweitern, indem wir die Hessische Gemeindeordnung – hier geht es um den viel zitierten § 121 – entsprechend ändern.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Insgesamt müssen wir sicherstellen, dass sich der Erfolg der Energiewende nur einstellen wird, wenn wir genügend und sichere Energie auch in den Zeiten haben, in denen der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint. Daher sind wir offen für die Entwicklung eines Kapazitätsmarktes mit Anreizen für effiziente, flexible und emissionsarme Kraftwerke.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei müssen wir jedoch auch darauf achten, dass die Energiegewinnung nicht durch die Vorhaltung von Doppelstrukturen von Kraftwerken noch teurer wird. Das ist eine Aufgabe, die uns alle fordern wird und von der ich vorhersage, sie wird am Ende unter den verschiedensten Interessen der verschiedenen Länder und der verschiedenen Anbieter und auch der Ziele, die wir gemeinsam verfolgen, in einem Kompromiss wiederzufinden sein. Kompromisse sind nichts Schlechtes; das habe ich an anderer Stelle oft genug gesagt. Wer nicht kompromissfähig ist, ist nicht handlungsfähig, und wer nicht handlungsfähig ist, ist nicht politikfähig. Das Entscheidende ist, dass es sich um einen Kompromiss handelt, mit dem wir uns gemeinsam erfolgreich nach vorne entwickeln – für die einen vielleicht nicht schnell genug, für die anderen zu schnell, aber immer noch besser, als sich jahrelang gegenseitig zu blockieren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Energieeinsparung und Energieeffizienz sind wesentliche Faktoren für den Erfolg der Energiewende. Informationen geben, Anreize setzen und als Land mit gutem Beispiel vorangehen – das ist der Dreiklang, den diese Koalition selbst anstoßen bzw. weiterentwickeln will.

Deshalb werden wir die Hessische Energiesparaktion aufstocken, Anreize zur energetischen Sanierung setzen, die Maßnahmen zur CO₂-neutralen Landesverwaltung fortsetzen und uns für eine einheitliche Qualifizierung von Energieberatern stark machen.

Meine Damen und Herren, diese große Aufgabe fordert uns alle. Deshalb rufe ich auch hier alle Fraktionen des Landtags auf: Arbeiten Sie an diesem ehrgeizigen Ziel der Energiewende mit; denn konstruktive Mitarbeit wie beim Hessischen Energiegipfel hat gezeigt, dass wir gemeinsam zu Ergebnissen kommen können, die die Bürgerinnen und Bürger honorieren und die uns auch insgesamt weiterbringen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Landesregierung denkt in Generationen, ohne dabei aktuelles Handeln zu vernachlässigen. Aber sauberes Wasser, eine vielfältige Pflanzen- und Tierwelt – das soll unsere Heimat auch zukünftig ausmachen. Wir werden das hessische Klimaschutzkonzept weiterentwickeln und neue Akzente setzen, um unseren Beitrag zu einem globalen Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten. Auch die neue Landesregierung wird die hessische Nachhaltigkeitsstrategie zielgerichtet fortschreiben. Wir wollen in Zukunft einen engagierten Wettbewerb um die besten Ideen für noch mehr nachhaltige Entwicklung in Hessen.

Grundsätzlich muss gelten: Hessen ist ein Industrie-, ein Handels-, ein Handwerks- und Dienstleistungsstandort, aber auch ein Land mit viel Natur. Wir müssen immer beides im Blick haben: Ökologie und Ökonomie. Wir wollen Probleme, die sich aus diesem Spannungsverhältnis ergeben, im Dialog lösen – und, was uns dabei auszeichnet, ideologiefrei und pragmatisch. Dies gilt sowohl für den Natur- und Artenschutz wie auch für den Wald. Wir werden den Reichtum unserer zahlreichen schutzwürdigen Naturräume – von Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten über Biosphärenreservate bis hin zu Nationalparks – dauerhaft sichern und, ganz nebenbei, dazu die Zusammenarbeit mit anderen Ländern forcieren; denn Naturschutz endet nicht an unserer Landesgrenze.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die neue Landesregierung sind Umwelt- und Naturschutzverbände wichtige Partner, mit denen wir den Dialog und Interessenausgleich suchen.

Das gilt – gerade in dieser neuen Koalition – auch für die Landwirtschaft. Unsere familiengeprägte bäuerliche Landwirtschaft sichert insbesondere im ländlichen Raum Arbeitsplätze und Einkommen. Wir wollen den im November 2012 geschlossenen Zukunftspakt hessische Landwirtschaft offensiv umsetzen und weiterentwickeln; denn die Landwirtschaft braucht eine sichere Zukunft. Deshalb stehen wir bei wichtigen Themen wie z. B. der Hofnachfolge beratend zur Seite.

Kaum ein Bereich der Politik ist so umfassend und tief greifend von Bundes- und europäischer Ebene beeinflusst wie die Landwirtschaft. Dies gilt vor allem auch für EU-Fördermittel. Deshalb setzen wir alles daran, die hessischen Interessen im Sinne unserer Landwirtinnen und Landwirte in Brüssel und Berlin geltend zu machen.

Die hessische Landwirtschaft produziert qualitativ hochwertige Lebensmittel. Wir belegen schon heute Platz 2 beim ökologischen Landbau in Deutschland; wir fangen nicht erst damit an. Wir wollen mit einem Öko-Aktionsplan den Anteil ökologischer Landwirtschaft steigern, die Umstellung fördern und gleichzeitig dazu beitragen, dass

konventionelle und ökologische Landwirtschaft enger verzahnt sind.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen dies nicht gegeneinander, sondern wir wollen sowohl ökologische als auch konventionelle Landwirtschaft angemessen fördern.

Wir werben für den Verzehr landwirtschaftlicher Produkte aus den verschiedenen Regionen unseres Landes, nicht zuletzt – hier können wir noch manches tun – in Schulen, Universitäten und Betreuungseinrichtungen. „Gutes aus Hessen“ soll zur überregional bekannten Qualitätsmarke werden. Wir wollen natürliche Produkte und werden deshalb die hessische Landwirtschaft gentechnikfrei erhalten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesem Grunde werden wir dem „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ beitreten.

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher sind heute häufig durch vermeintliche oder wirkliche Hygieneskandale verunsichert. Deshalb werden wir die „Taskforce Lebensmittelsicherheit“ als Kriseninterventionsstelle ausbauen und gemeinsam mit den Kommunen für einheitliche Standards bei der Lebensmittelkontrolle sowie der Agrar- und Veterinärverwaltung sorgen. Damit erhöhen wir die Sicherheit für Verbraucherinnen und Verbraucher. Dazu tragen ganz wesentlich auch die hessische Verbraucherschutzzentrale und der „Deutsche Hausfrauen-Bund – Netzwerk Haushalt“ bei, deren Arbeit wir verlässlich fördern wollen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, aufbauend auf den Anstrengungen in den letzten Jahren wird die neue Landesregierung auch weitere Initiativen zum Wohl der Tiere auf den Weg bringen. Dazu zählt zuerst die Gründung einer „Stiftung Hessischer Tierschutz“, um insbesondere Tierheime in schwierigen Finanzsituationen zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entscheidend ist Folgendes: Tiere sind Lebewesen. Sie sind Mitgeschöpfe und keine bloßen Waren.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Das hat Ihnen doch ein GRÜNER reingeschrieben! – Weitere Zurufe)

– Es ist ja beglückend für mich, wenn die Kolleginnen und Kollegen der Opposition so heftig Beifall spenden. Das kostet zwar mehr Redezeit,

(Zurufe von der SPD)

aber Sie können es ganz oft machen. Lieber Herr Kollege Rudolph, Sie können jetzt stark und ständig applaudieren. Aber zurück zum Thema.

Tiere sind Mitgeschöpfe und keine bloßen Waren – das steht nicht nur in der Verfassung, das ist auch unsere Überzeugung.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Nicht zuletzt deshalb lehnen wir Patente auf Tiere und Pflanzen ab und wollen langfristig Tierversuche, wo immer möglich, durch alternative Verfahren ersetzen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist nur eine der Herausforderungen, vor denen wir in den kommenden Jahren stehen. Hessen verändert sein Gesicht. Die Gesellschaft wandelt sich in vielerlei Hinsicht: Sie wird bunter, sie wird älter, und es zieht die Menschen immer stärker in die Städte.

Einige sehen in diesem stetigen Wandel vielfältige Probleme, die der Staat mit Geld – übrigens dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – lösen soll. Wir sehen in diesen Veränderungen vielfältige Chancen, deren Wahrnehmung nicht immer Geld kostet.

Hessens Bürgerinnen und Bürger sind für die Landesregierung nicht nur Adressaten, sie sind Partner der Politik. Partner müssen mitreden, sich einmischen und mitgestalten können. Mit einer Heimat, die ich aktiv mitgestalten kann, identifiziere ich mich ganz anders, als wenn ich nur Adressat von Entscheidungen bin, die andere für mich treffen. Weil dies so ist und uns die Meinungen der Menschen wichtig sind, nehmen wir sie ernst. Deshalb haben wir vereinbart, die Voraussetzungen für Volksbegehren und Volksentscheide zu erleichtern.

Damit sich die Damen und Herren der Opposition gleich damit auseinandersetzen können: Runder Tisch zur Kinderbetreuung, Bildungsgipfel, Dialog über die Energiewende oder zum Lärmschutz am Frankfurter Flughafen – unser Land lebt vom Wettbewerb der Meinungen. Gemeinsam können wir kreativer sein und Lösungen entwickeln.

(Günter Rudolph (SPD): Es gibt auch noch den Landtag!)

Dieser Politikansatz ist nicht das Ausweichen oder gar das Verweigern schwieriger und notwendiger Entscheidungen, sondern es ist ein zusätzliches Einbinden der Bürgerinnen und Bürger in unsere gemeinsame Zukunftsgestaltung.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliches gilt für unsere Verfassung. Mit ihren 70 Jahren ist sie die älteste der Republik und gleichzeitig das Fundament für Frieden und Wohlstand in unserem Land. Doch die Zeit ist nicht stehen geblieben. Wir werden deshalb einen Verfassungskonvent einberufen, der auf der Basis der Enquetekommission, die in diesem Haus bereits vor Jahren Reformbedarf aufgezeigt hat, die Fragen beantworten muss: Was muss bleiben? Was soll, was muss nach sieben Jahrzehnten verändert werden?

Mit all diesen Maßnahmen – mit der breiten Beteiligung, auch der Bereitschaft zum Dialog und nie dem Verzicht auf Entscheidungen, aber zuerst dem Dialog – schaffen wir einen modernen Staat für engagierte Bürgerinnen und Bürger und die Voraussetzungen, dass aus einem häufigen Nebeneinander ein gelebtes Miteinander wird. Das ist es, was ich in diesem Lande will.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird unser Land in 20 Jahren aussehen? Wir können es natürlich nicht komplett überblicken. Aber was wir wis-

sen: Es wird ein anderes Land sein – bunter und vielfältiger, mit mehr aktiven Älteren, aber auch mit einer rückläufigen Gesamtbevölkerung.

Diese Herausforderung wollen wir gemeinsam mit den betroffenen Kommunen angehen. „Zukunftsplan 2030“ lautet unser Dialogangebot. Zusammen mit den Kommunen wollen wir Konzepte entwickeln, um die Daseinsvorsorge vor Ort zu sichern, so pragmatisch und unbürokratisch wie irgend möglich.

Das Land ist bereit, seinen Beitrag dazu zu leisten. Dazu verweise ich zum einen auf den Kommunalen Schuttschirm und den Kommunalen Finanzausgleich, der – man kann es gar nicht oft genug sagen – so hoch wie nie zuvor in der Geschichte dieses Landes ist.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahlungen des Landes werden sich künftig nicht nur im Hinblick auf das Urteil des Staatsgerichtshofs noch mehr am tatsächlichen Finanzbedarf der Kommunen orientieren müssen. Das bedeutet mehr Planbarkeit und höhere Verlässlichkeit. Dies wird zum Interessenkonflikt auch unter den Kommunen führen. Aber ich setze auf die Einsicht und die Kompromissfähigkeit aller Beteiligten.

Wir werden das Urteil des Staatsgerichtshofs so rasch wie möglich umsetzen, und wir werden weitere Verbesserungen für die Kommunen anstreben, beispielsweise mit einem neuen Krankenhauskonzept – ein Thema, das uns nachhaltig zu beschäftigen hat. Wir wollen auch die Fehlbelegungsabgabe wieder einführen, und wir werden mit einer Reform der Gemeindeordnung die Möglichkeit zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen behutsam ausbauen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, besonders wichtig ist: Auch durch unseren Einsatz konnten wir erreichen, dass zukünftig die Wiedereingliederungshilfen und die Grundsicherung im Alter vom Bund übernommen werden. Wir reden hier von der größten Entlastung, die die Kommunen seit vielen Jahren erfahren. Nach meiner Überzeugung bedeutet dies bereits in diesem Jahr für die hessischen Kommunen eine Entlastung von 240 Millionen €. In der Endausbauphase – so hat es die Große Koalition in Berlin vereinbart – werden es 600 Millionen € sein, die die hessischen Kommunen dadurch einsparen, dass der Bund diese Leistungen übernommen hat, und zwar jährlich. Dies ist aus meiner Sicht eine der wichtigsten Verbesserungen der kommunalen finanziellen Situation. Das enthebt uns nicht, unsere Anteile zu leisten; aber die Seriosität erfordert, dass wir anerkennen, dass sich der Bund in einer Aufgabe engagiert, die originär kommunale Aufgabe ist, aber die Kommunen überfordert. Deshalb war diese Entscheidung auch notwendig.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, sozialer Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt bemessen sich nicht nach der Höhe von Transferleistungen. Sozialer Frieden lebt besonders von denen, die mehr tun, als sie müssen, und vom Miteinander der Generationen.

Wir fördern mit einer Fülle von Initiativen das Zusammenleben von Jung und Alt und wollen unseren Seniorinnen und Senioren möglichst lang ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglichen. Die Bürgerkampagne „Respekt“ – so nennen wir das – wird eine dieser neuen Initiativen sein. Bei aller Begeisterung für Zukunft: Respekt vor der Lebensleistung der Älteren ist und bleibt ein unverzichtbarer Pfeiler nicht nur wegen des Erfahrungsschatzes, sondern auch wegen der Gemeinsamkeit der Generationen und damit für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und private Initiative ist eine Zukunftsgestaltung nicht möglich. Wer glaubt, der Staat könne Zukunft gestalten, wird sich immer wieder wundern, was da herauskommt: selten das, was noch so gut gemeint und politisch geplant war.

Deshalb wollen wir mit unserer Ehrenamtskampagne „Gemeinsam aktiv“ diese hervorragende Arbeit der über zwei Millionen Ehrenamtlichen in Hessen unterstützen. Ihr Einsatz ist der beste Beweis dafür: In Hessen zählt nicht der Ellenbogen, sondern tagtäglich das Miteinander. Dafür will ich an dieser Stelle all denen herzlich Danke sagen, die dieses Miteinander tagtäglich leben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diesen Sinn für Gemeinsinn wollen wir pflegen und von Generation zu Generation weitergeben. Mit unserer neuen Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ werden wir auch in Zukunft Impulse setzen und das Engagement für das Gemeinwohl fördern.

Wir wollen aber noch weiter gehen. Das Ehrenamt – davon bin ich überzeugt – muss Verfassungsrang bekommen. Das wird ein zentraler Baustein auch des Verfassungskonvents sein.

Wir haben uns darauf verständigt, auch in der Zukunft den Breiten- wie den Spitzensport zu fördern. Warum, meine Damen und Herren? Es gibt keine andere Form von Begegnung der Menschen, die so viel Miteinander, so viel Rücksichtnahme, aber auch Gemeinschaft schafft wie der Sport. Das ist der Grund, warum wir dies fördern, und das ist der gleiche Grund, warum wir nicht nur dem Sport, sondern auch den Feuerwehren und dem Katastrophenschutz eine Bestandsgarantie für eine Top-Ausstattung auf bisheriger Höhe geben. Ich bin zutiefst davon überzeugt: Dies ist nicht nur notwendig, es ist absolut richtig und auch ein wichtiges Signal für all die, die das machen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt viele Menschen in unserem Land, die haben viel Geld und wenig Zeit. Es gibt umgekehrt aber auch Menschen, die wenig Geld und viel Zeit haben. Nun ist die spannende Frage: Können wir diese Zeit als Währung nutzen? Das ist der Kerngedanke, der hinter unserer neuen Ehrenamtsbörse mit dem Titel „Durchstarten mit 60“ steckt: Ich investiere heute Zeit für hilfsbedürftige Mitmenschen und erwerbe im selben Maß ein Guthaben, das ich abrufen kann, wenn ich selbst einmal Hilfe brauche. – Solidarität, die man nicht kaufen, aber durch eigenen Einsatz erwerben kann, das ist intelligente und nachhaltige Ehrenamtspolitik im 21. Jahrhundert.

Meine Damen und Herren, Hessen ist das internationalste Land der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind in der Mitte Europas. Wir haben einen Weltflughafen, die Europäische Zentralbank, die Bundesbank, das Finanzzentrum – das sind Leuchttürme, die international wahrgenommen werden, die unsere Attraktivität für Investitionen begründen und uns einzigartige Vorteile bieten, die wir wahrnehmen müssen.

Menschen aller Nationen sind bei uns willkommen. Zuwanderung ist eine Chance, die wir nutzen müssen. Aber wir verhehlen auch nicht die Herausforderungen, vor die sie uns stellt. Integration ist ein Prozess, der allen etwas abverlangt – denen, die hier leben, ebenso wie jenen, die zu uns kommen. Darum werden wir unsere Integrationspolitik mit einem hessischen Integrationsplan fortentwickeln.

Nachdem jahrelang ein Schwerpunkt darin lag, innovative Instrumente zur Integration von Migrantinnen und Migranten zu schaffen – mit großem Erfolg –, streben wir in den kommenden Jahren konkrete Integrationsverträge zwischen dem Land und zivilgesellschaftlichen Gruppen an. Die besondere Bedeutung der Integrationspolitik mit allen ihren Aspekten für die neue Landesregierung zeigt sich auch dadurch, dass künftig ein Staatssekretär für Integration und Antidiskriminierung zuständig sein wird.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In unseren Schulen, Vereinen und Unternehmen, angefangen von der Sprachförderung, der frühkindlichen Bildung über die Sozialarbeit bis hin zur Arbeitsvermittlung, wollen wir Integration durch Bildung und Ausbildung fördern. Der in der letzten Legislaturperiode eingeführte islamische Religionsunterricht ist ein weiteres Beispiel dafür. Ihn werden wir weiter bedarfsgerecht ausbauen.

Bei der interkulturellen Öffnung wird die Landesverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und mehr Menschen mit Migrationshintergrund einstellen. Wir werden darüber hinaus auch eine Einbürgerungskampagne starten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern aber auch das ehrliche Bemühen um Integration von denen, die zu uns kommen. Dazu wollen wir alle erdenkliche Hilfe anbieten, etwa indem wir spezielle Integrationskurse einrichten. Die Hessische Integrationskonferenz werden wir zu einem regelmäßig tagenden Beratungsgremium der Landesregierung machen.

Wir wollen, dass auch Flüchtlinge eine humane Lebensperspektive und ausreichend Schutz finden. Dazu werden wir die Härtefallregelungen anpassen und mit entsprechenden Maßnahmen den zu uns kommenden Menschen den Start in einer neuen Umgebung erleichtern.

Internationalität und Weltoffenheit, das ist die eine Seite. Je weltoffener und internationaler eine Gesellschaft ist, desto wichtiger sind die eigenen kulturellen Wurzeln, um eigene Identität und Orientierung zu wahren. Hessen ist ein vielfältiges Kulturland. Allein die Welterbestätten, die von Kassel bis Lorsch über das ganze Land verteilt sind, sowie die reiche Museums-, Theater- und Opernlandschaft zeugen davon. Die Bandbreite kultureller Vielfalt in Hessen erstreckt sich von soziokulturellen Angeboten bis hin zum klassischen Heimatverein.

Über alles kann man sozusagen eine Formel packen: Kultur ist nicht Luxus für wenige, Kultur ist Lebenselixier für alle. So verstanden, ist es nicht das Sahnehäubchen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wollen wir auch allen Menschen Zugang zu dieser Kultur eröffnen. Das gilt in besonderer Weise für die kulturelle Bildungsarbeit – gerade mit jungen Menschen.

Die Förderung der Kreativwirtschaft und die Stellung Hessens als Film- und Medienstandort werden auch künftig eine bedeutende Rolle einnehmen.

Meine Damen, meine Herren, gedeihliches Zusammenleben einer Gesellschaft ist am Ende nur möglich, wenn Bürgerinnen und Bürger sich auf den Staat verlassen können. Jeder Mensch hat gleichermaßen Anspruch auf Teilhabe und Schutz. Die zentrale Aufgabe eines verlässlichen und starken Staates ist die Gewährung von Freiheit und Sicherheit. Freiheit und Sicherheit – sie bedingen sich gegenseitig.

Wir werden deshalb alles tun, damit Hessen auch zukünftig eines der sichersten Bundesländer mit einer der niedrigsten Kriminalitätsraten und einer der höchsten Aufklärungsquoten bleibt. Der Dank, den ich diesmal ausspreche, gilt all denen und zuvörderst unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die diese Sicherheit täglich für uns gewährleisten.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Die Gewährleistung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger bleibt deshalb auch zukünftig ein Schwerpunkt der Politik. Dazu zählen Prävention und Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Wohnungseinbrüchen, eine höhere Sicherheit z. B. in Bussen und Bahnen oder eben auch ein energischer Einsatz gegen die Kriminalität im Internet – alles Themen, die wir hier im Hause oft miteinander behandeln.

Ich füge bewusst hinzu: Niemand darf sich über den Rechtsstaat und die Grundwerte unserer Demokratie stellen. Hass und Gewalt, Extremismus und Rassismus dürfen in Hessen keinen Platz haben.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dies muss z. B. bei Demonstrationen genauso wie bei Fußballspielen gelten. Gewalt darf niemals als Mittel der Auseinandersetzung toleriert werden.

(Zurufe der Abg. Dr. Ulrich Wilken und Janine Wissler (DIE LINKE))

Aber nicht nur offener Gewalt müssen wir entschieden entgegenreten. Auch dort, wo unter Missbrauch unserer freiheitlichen Ordnung Hass und Gewalt verbreitet werden, müssen wir handeln.

Deshalb arbeiten Polizei und Sicherheitsbehörden z. B. daran, dass extremistische Salafisten so wenig Gelegenheit wie rechtlich irgend möglich erhalten, ihre Ideologien zu verbreiten. Wer Hass predigt, wer Frauen unterdrückt, wer versucht, unsere Toleranz für die Verbreitung von Intoleranz auszunutzen, dem müssen wir klare Grenzen setzen.

Das kann nicht erst dann beginnen, wenn Schülerinnen und Schüler aus diesem Land, die man verblendet hat, nach Syrien gehen, dort den Tod finden, und wir anschließend erschrocken sind, was junge Menschen für einen Weg gegangen sind. Nicht nur die Toten müssen mahnen. Wir müssen ganz früh anfangen, und es muss immer gelten – deshalb

noch einmal den Satz –: Hass, Gewalt und Toleranz dürfen in Hessen nicht unwidersprochen sein.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch gegen politischen Extremismus wird die Landesregierung mit gleicher Vehemenz vorgehen. Die Erkenntnisse aus der Aufdeckung der neonazistischen Terrorzelle NSU veranlassen uns, gemeinsam mit dem Bund und anderen Ländern an der Neuausrichtung des Verfassungsschutzes zu arbeiten. Eine unabhängige Expertenkommission soll uns dabei begleiten. Auch das Landesprogramm IKARUS werden wir ausweiten.

Meine Damen und Herren, zum Schutz einer Gesellschaft und zum Frieden stiften in einer Gesellschaft ist eine unabhängige Rechtsprechung im Gesamtgefüge des Staatsaufbaus und unserer Gesellschaft unverzichtbar. Deshalb werden wir auch weiterhin für eine leistungsfähige und bürger-nahe Justiz in Hessen eintreten.

Auch ein funktionsfähiger Strafvollzug, der neben der Bestrafung ganz bewusst die Wiedereingliederung in die Gesellschaft in den Blick nimmt – das gilt gerade bei jugendlichen Straftätern –, ist der Landesregierung ein besonderes Anliegen. Aber, meine Damen und Herren, bei allem Bemühen, auch Straftätern eine zweite Chance zu geben, dürfen wir niemals die Opfer vergessen. Sie leiden in der Regel ein Leben lang unter den Folgen von Straftaten. Deshalb steht diese Landesregierung wie ihre Vorgänger uneingeschränkt zum Opferschutz.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen ein Programm für die nächsten fünf Jahre skizziert. Es ist 2014 in ein Gedenkjahr eingebettet. Wir gedenken in diesem Jahr 2014 des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren, der unseren Kontinent auf Jahrzehnte ins Unglück stürzte. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren war eine Katastrophe für die Menschheit, angezettelt durch ein menschenverachtendes Regime. Generationen von Menschen – viele Ältere in unserem Land werden diese Bilder nie vergessen – haben in der Stunde null in einer vermeintlich ausgewogenen Lage die Ärmel hochgekrempelt und dieses Land gemeinsam mit Hunderttausenden Flüchtlingen und Heimatvertriebenen wieder aufgebaut.

Das war aber auch nur möglich, weil wir Partner und Nachbarn hatten, die uns geholfen haben, diesen Weg zu gehen. Das war in dieser Zeit alles andere als selbstverständlich. Ich will bewusst heute meinen Dank den Vereinigten Staaten von Amerika aussprechen. Aus Kriegsgegnern und Besatzern wurden Befreier, Partner und Verbündete. Die USA haben nicht nur das heutige Land Hessen gegründet. Ohne sie wären weder Hessen noch Deutschland das, was sie heute sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich spreche dies auch deshalb an, weil wir gerade in einer Zeit, in der unser Verhältnis zu den USA zu Recht – ich betone das – auch sehr kritisch diskutiert wird, ich denke hier an die massenhaften Ausspähungen durch die NSA,

nicht zulassen dürfen, dass der Blick auf das Ganze verloren geht.

Deshalb will ich an dieser Stelle auch ein deutliches Bekenntnis zur deutsch-französischen Freundschaft und zur deutsch-polnischen Freundschaft abgeben. Meine Damen und Herren, nicht zuletzt darum werden wir das renommierte Deutsche Polen-Institut in Darmstadt nachhaltig unterstützen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Nur ein geeintes Europa bedeutet Frieden auf unserem Kontinent und Sicherheit. Das sollten wir bei allen tagespolitischen Debatten niemals vergessen, bei denen wir im Detail Kritik an Brüssel üben. Europa ist weit mehr als Währungsunion und Staatsschuldenkrise. Das geeinte Europa ist das weltweit erfolgreichste Friedensprojekt, und – meine Damen und Herren, jenseits aller Parteigrenzen – das muss auch in Zukunft so sein.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Diesem Ziel verpflichtet sich die Hessische Landesregierung auch in ihrer Europapolitik. Neben allen wichtigen Sachfragen und unseren Interessen werden wir deshalb einen Schwerpunkt insbesondere darauf legen, für die europäische Idee zu werben und Menschen zusammenzubringen. Da wir vor einer wichtigen Wahl stehen, nämlich der Europawahl, muss es unser gemeinsames Anliegen sein, alles zu tun, damit viele Menschen zur Wahl gehen und ein klares Bekenntnis zur europäischen Einheit abgeben. Wir alle profitieren davon.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deutschland lebt von der Vielfalt seiner Länder. Die föderale Vielfalt ist nicht nur ein elementarer Bestandteil unserer Verfassungsordnung, sondern nach meiner festen Überzeugung auch der Grund für den Erfolg und die Stabilität der Bundesrepublik Deutschland. Dafür steht insbesondere der Bundesrat, dessen Präsidentschaft das Land Hessen Ende dieses Jahres übernehmen wird.

In dieser Präsidentschaft jähren sich auch die zwei wichtigsten Glücksmomente der jüngsten deutschen Geschichte: der 25. Jahrestag des Mauerfalls in diesem Jahr und der 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung im nächsten Jahr, den wir bei uns in Hessen ausrichten dürfen. Nehmen wir diese historischen Ereignisse zum Anlass, nach vorne zu schauen und für unsere Demokratie einzustehen.

Gerade im Dialog mit den christlichen Kirchen, der jüdischen Gemeinschaft, den muslimischen Gemeinden und auch denjenigen, die sich keiner Religion zugehörig fühlen und ihr Wertefundament auf anderen Grundlagen aufbauen, sehen wir den Schlüssel für gegenseitigen Respekt und Achtung. Respekt und Achtung sind die Grundlage jeder demokratischen Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das muss immer gelten, und es sollte insbesondere auch hier im Parlament gelten. Mein Wunsch: Lassen Sie uns mit einem Stil des gegenseitigen Respekts die politische Arbeit tun – ungeachtet der unterschiedlichen Rollen von Regierung und Opposition.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Doppelte Redezeit! – Gegenruf des Abg. Manfred Pentz (CDU): Ruhig Blut!)

Wir vertrauen auf die vielen Mitstreiter in allen Teilen unserer Gesellschaft. Jede und jeder kann einen Beitrag leisten. Jede und jeder in diesem Land wird gebraucht.

„Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen“, lassen Sie uns mit dieser Einstellung an die Arbeit gehen, und zwar für ein zukunftsfähiges und für ein erfolgreiches Hessen. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für die Regierungserklärung zu Beginn dieser Legislaturperiode. – Den Oppositionsfraktionen wachsen in gleichen Teilen je 16 Minuten Redezeit zu.

(Günter Rudolph (SPD): Insgesamt sind es 48 Minuten!)

– Herr Kollege, es sind 16 Minuten mal drei, richtig.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, es sind drei mal 16 Minuten!)

Ich habe es sogar noch aufgerundet. Eigentlich müsste ich zehn Sekunden abziehen.

(Günter Rudolph (SPD): Wir sind großzügig, die wollen wir nicht!)

– Ich bin großzügig. – Das macht nichts aus. 16 Minuten zusätzliche Redezeit ist in Ordnung. Das heißt also, es sind 61 Minuten Redezeit insgesamt.

(Günter Rudolph (SPD): Das kann man, muss man aber nicht!)

– Vielleicht lassen Sie jetzt Ihren Fraktionsvorsitzenden zu Wort kommen, dem ich es geben möchte.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, gerne!)

Das Wort erhält der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. Bitte schön.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Es waren 45 Minuten, und die sind auf 61 erhöht worden. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident und auch meine sehr verehrten Ministerinnen und Minister, zunächst möchte ich Ihnen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl und Ihrer Vereidigung sagen. Sie haben in den nächsten fünf Jahren eine verantwortungsvolle Aufgabe. Dazu wünsche ich Ihnen persönlich zumindest erst einmal alles Gute, vor allem Kraft und Gesundheit.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen Tagen wird viel über Stil und den neuen Stil geredet. Deswegen ist es mir ein Anliegen, zu Beginn dieser Regierungserklärung genau dazu einige

Bemerkungen zu machen. Das soll gerade auch im Licht der Abläufe der letzten Tage geschehen.

Ich will für die Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Folgendes sehr klar sagen: Wir wollen das, was in den Sondierungsgesprächen nach einem Wahlergebnis, das sich niemand von uns gewünscht hat, gelungen ist, nämlich ein Stück weit die Fronten abzubauen und respektvoller miteinander umzugehen, bewahren. Da geht es um den Respekt gegenüber den Personen. Aber das will ich klar sagen: Es geht auch um Klarheit in der Sache.

(Beifall bei der SPD)

Demokratie braucht Alternativen, und zwar parlamentarisch wie inhaltlich. Dass es Alternativen geben kann, das sehen wir anhand der Bündnisgrenzen, die sich nach dem 22. September 2013 im Hessischen Landtag verschoben haben. Der neue Stil darf nicht dazu führen, dass jede Form der politischen Alternative sofort mit der Bemerkung diskreditiert wird: Das geht jetzt aber nicht, denn der neue Stil erfordert eigentlich, dass man erst einmal zuhört und sich ansieht, was die Regierung tut. Dahinter macht man dann einen Haken. – So wird der neue Stil ganz sicherlich nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Deswegen werden wir in den nächsten fünf Jahren – es sind bis zu fünf Jahre – die inhaltlichen Alternativen im Hessischen Landtag natürlich immer wieder diskutieren. Ich glaube, wir werden viele Anlässe haben, zu diskutieren.

Im Übrigen werden wir dabei Ihr Bündnis bewerten, das Sie eingegangen sind. Genauso werden wir das bewerten, was Sie inhaltlich zu tun haben.

Ich will klar sagen: Dass Sie, Schwarz und Grün, miteinander kooperieren, ist Ihnen nicht vorzuwerfen. Ich sage ausdrücklich, dass das nicht der Fall ist. Das muss in einer parlamentarischen Demokratie möglich sein.

Meiner Ansicht nach ist das eher ein Macht- als ein Gestaltungsbündnis. Damit müssen Sie leben. Ich glaube, dass Sie das unter dem Strich gut können. Ich glaube, dass Ihr Koalitionsvertrag mehr den Charakter eines Burgfriedens hat,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Damit kennt sich die SPD aus!)

als dass er sozusagen eine Blaupause für die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in diesem Land in den nächsten Jahren sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich weiß nicht, ob Sie all das glauben, was Sie hier eben so angestrengt verlesen haben.

(Günter Rudolph (SPD): Sehr gut!)

Ich werde Sie auch nicht an dem messen, was Sie heute verlesen haben. Vielmehr werde ich Sie, Ihre Politik, die Ihrer Landesregierung und der Koalition an dem messen, was Sie in der Sache tun.

Um Missverständnisse zu vermeiden, sage ich noch einmal: Wir werden Sie nicht dafür kritisieren, dass Sie einen Gestaltungsanspruch erheben. – Meine Bitte ist nur die: Stehen Sie dazu, dass Sie diesen Gestaltungsanspruch auch hatten. Die Rechtfertigungslegenden der letzten Wochen

darüber, wieso es zu diesem Bündnis gekommen ist, amüsieren mich überwiegend. Ich will das hier noch einmal klar für uns sagen: Dass Sie gestaltungswillig sind, ist in Ordnung. Das waren wir im Übrigen auch.

Ich will das mit Blick auf die Reihen der Union sehr klar sagen: Die, die wissen mussten, dass wir gestaltungsfähig waren, wussten es. – In Richtung der GRÜNEN sage ich: Sie haben hinsichtlich des Frankfurter Flughafens versucht, zu erklären, die Positionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätten eine Äquidistanz zu denen der Sozialdemokraten und der Christlich Demokratischen Union, es gebe da also den gleichen Unterschied. So steht es in Ihren Entschlüssen. – Dazu kann ich nur sagen: Auch da darf man sich keinen schlanken Fuß machen. Das, was in Sachen Flughafen mit uns möglich gewesen wäre, wäre locker das gewesen, was hier zu entscheiden ist.

Ich will ausdrücklich einen Satz des Kollegen Tarek Al-Wazir aufnehmen. Ich glaube, da hat er nämlich recht. Das, was Sie verabredet haben – zur inhaltlichen Bewertung werde ich später noch kommen –, ist in der Tat nur in dieser parlamentarischen Konstellation möglich, in keiner anderen. Das ergibt für mich allerdings ein sehr fatales Bild hinsichtlich dessen, wie manche Verfahren in der Vergangenheit gelaufen sind und in der Zukunft laufen werden, insbesondere mit Blick auf die Fraport.

(Beifall bei der SPD)

Herr Wagner, Sie schauen so irritiert. Ich will das noch einmal erklären. Auf der Seite der GRÜNEN wird erklärt, das sei jetzt alles nur möglich, weil sich die Fraport ansonsten nicht bewegt. Ich frage mich da allen Ernstes, wo wir inzwischen angekommen sind: Die Bewegungsfähigkeit mehrheitlich öffentlicher Unternehmen ist davon abhängig, welche politische Konstellation gerade regiert.

(Beifall bei der SPD)

Damit hier ebenfalls keine falsche Einschätzung aufkommt, möchte ich Folgendes sagen. Ich sage das ohne Häme und mit Blick auf die GRÜNEN. Herr Al-Wazir, Herr Wagner und andere, Sie werden in dieser Konstellation manche Probleme bekommen, beispielsweise dann, wenn Herr Irmer wieder einmal in seiner Postille „Wetzlar Kurier“ über Muslime fabuliert oder sich in unerträglicher Weise mit der Gleichstellung Homosexueller beschäftigt. Diese Probleme hätten auch wir gehabt. Das will ich klar sagen.

(Manfred Pentz (CDU): So viel zum neuen Stil!)

– Herr Pentz, Entschuldigung, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schreiben nicht so etwas, wie es Herr Irmer in der Vergangenheit im „Wetzlar Kurier“ über Muslime und Homosexuelle getan hat.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dass sie in Koalitionsverhandlungen auch erfolgreich sein kann, hat die Sozialdemokratie auf Bundesebene mit sehr harten Verhandlungen für die Große Koalition bewiesen. Mein Eindruck ist schon, dass bei Ihnen eher der Zuschnitt des Kabinetts bei den Koalitionsverhandlungen entscheidend im Fokus war, als es die Inhalte waren. Ich sagen Ihnen sehr klar: Das, was Sie hier als Koalitionsvertrag auf den Tisch gelegt haben, bzw. das, was Sie in Ihrer Regierungserklärung heute hier angestrengt vorgetragen haben, ist nicht der Politikwechsel, den wir wollten.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage das ausdrücklich noch einmal: Der neue Stil bedeutet nicht, dass wir einfach nur einen Haken hinter das machen, was Sie im Koalitionsausschuss miteinander ausgehandelt haben. Das gilt für Fragen hinsichtlich der Energiewende. Dazu werde ich in der Sache noch kommen. Zweitens gilt das für die Fragen in der Bildungspolitik. Auch dazu werde ich in der Sache noch kommen. Das gilt auch für die Aufarbeitung der NSU-Morde hier in Hessen. Das gilt hinsichtlich der Umstände, der Ursachen und der Verfahren, die dahinter stattgefunden haben. Das gilt hinsichtlich der Notwendigkeit, all das aufzuarbeiten.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Ich will das deswegen sagen, weil die Reaktion von Union und GRÜNEN auf etwas, was SPD und GRÜNE vor dem 22. September vorgeschlagen hatten, uns schon befremdet hat, einfach nach dem Motto, wenn es eine unabhängige Regierungskommission gibt, die sich mit der Frage der Neuausrichtung des Verfassungsschutzes beschäftigt, dann sei das Thema erledigt, und wenn Sie sich geeinigt haben, dann kämen Sie auf den Rest des Hauses zu. – Wir haben eine andere Form der Aufarbeitung verlangt, einschließlich dessen, was vor dem 22. September passiert ist, und wir werden uns in dieser Frage nicht damit abspeisen lassen, dass Sie irgendeine geschlossene Kommission auf Regierungsebene machen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Der neue Stil wird im Wesentlichen geprägt von der Regierung – damit wir da keine Missverständnisse aufkommen lassen. Der neue Stil wird geprägt von der Regierung in ihrem Umgang mit der Opposition, ob der Grundsatz, der hier in den letzten Jahren geherrscht hat, den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD besonders kritisiert haben, nämlich dass Mehrheit die Wahrheit ist, weiter gilt oder ob es in der Tat Offenheit in der Sache gibt. Dazu werde ich gleich noch im Detail kommen.

Der Ministerpräsident hat im Übrigen recht, wenn er sagt, dass der neue Stil auch heißt, anzuerkennen, dass eine Fraktion mit ihrem Vortrag unter Umständen recht haben könnte. Das ist aber nur die eine Seite. Es bedeutet gleichzeitig, dass man einräumen können muss, dass man unter Umständen auch selbst unrecht hatte. Ich will das ausdrücklich für alle Fraktionen sagen.

Wir werden beispielsweise in den Prozessen zur Verfassungsreform – ich bin sehr gespannt, wie weit die gehen sollen – sehen, wie weit wir in der Sache kommen. Ich will ausdrücklich sagen, auch wir haben dort in der Vergangenheit nicht alles richtig gemacht. Ich bin gespannt, ob Sie in der Lage sind, einem solchen Anspruch genauso gerecht zu werden, wie wir versuchen werden, es zu tun.

Wir werden mit Blick auf den neuen Stil auch darauf achten, ob die Maßstäbe, die beispielsweise von der ehemaligen Oppositionsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit der sozialdemokratischen Fraktion und in Teilen auch der Linksfraktion gegenüber diversen Verfahren von Schwarz-Gelb angelegt wurden, auch heute noch gelten. Eine erste Probe dieser Herausforderung werden wir sehr zeitnah bei der weiteren Bearbeitung der rechtswidrigen Stilllegung von Biblis vornehmen können. Ich bin sehr gespannt, ob die Maßstäbe immer noch die gleichen sind. Auch dazu werde ich später noch etwas im Detail sagen.

(Beifall bei der SPD)

Damit will ich zu einem anderen Punkt kommen; denn über diesen neuen Stil ist in der Vergangenheit viel geredet worden. Von Max Weber stammt das berühmte Zitat – Sie alle werden es kennen –:

Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.

Wenn ich Ihren Koalitionsvertrag und diese Regierungserklärung lese, dann kommt mir doch eher eine kleine Abwandlung in den Sinn: Politik bedeutet wohl eher das langsame Bohren von dünnen Brettern ohne Leidenschaft, und nach dem Augenmaß suchen wir noch.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wir haben selten eine leidenschaftslosere Regierungserklärung gehört. Ich will das auch mit Blick auf die Themen sagen. Ich glaube, dass sie den inhaltlichen Anforderungen der Zukunftsgestaltung Hessens in den nächsten Jahren ausdrücklich nicht gerecht geworden ist. Nachdem noch vor wenigen Wochen der Kollege Al-Wazir den Kollegen Ministerpräsidenten als „Rechtspopulisten“ bezeichnet hat

(Heiterkeit der Abg. Florian Rentsch (FDP) und Manfred Pentz (CDU))

– ist doch so – und auf der anderen Seite der Ministerpräsident in einem Interview erklärt hat: „An einer schwarzgrünen Regierung reizt mich nichts, eine erfolgreiche Regierung braucht ein Mindestmaß an inhaltlicher Übereinstimmung; das sehe ich mit CDU und GRÜNEN in Hessen nicht“, will ich sagen, dass die inhaltlichen Herausforderungen in den nächsten Jahren doch erheblich sind.

Ich sage das auch deswegen, weil ich ein bisschen irritiert bin über einen zweiten Teil der Berichterstattung in den letzten Wochen, wenn es darum geht, beispielsweise darüber zu fabulieren, ob jetzt Krawattenfarben abgestimmt werden, wer welchen Brotaufstrich morgens beim Frühstück nutzt, ob man das wechselseitig weiß, ob man sich jetzt duzt oder nicht. Die Steigerung kommt – Herr Boddenberg, Sie werden mir das verzeihen – mit Ihrer Bemerkung in „Schlossplatz 1“, als Sie erklärt haben, dass die harten Attacken gegen meinen Freund und Kollegen Tarek Al-Wazir im Wahlkampf, als er erklärt hat, er wolle Wirtschafts- und Verkehrsminister werden, nur Wahlkampf gewesen seien.

(Günter Rudolph (SPD): Ah! – Janine Wissler (DIE LINKE): Der grüne Schatten über Hessen!)

Herr Boddenberg, ich will das deswegen aufnehmen, weil dieses Argument: „Das war alles nur Wahlkampf und nicht böse gemeint“,

(Zuruf von der SPD: Er will nur spielen!)

ein gefährliches ist. Es ist ein gefährliches Argument, weil man in der Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen kann, dass Wahlkämpfe, die eigentlich die Zeit des Wettbewerbs um die besten Ideen, politischen Inhalte, Überzeugungen und Haltungen sind, bloßes Theater sind. Ich glaube nicht, dass es nur das ist. Aber mit solchen Bildern verstärken Sie eher die Politikverdrossenheit, als dass Sie einen Beitrag dazu leisten, Zukunftsaufgaben des Landes zu lösen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage das alles deswegen, weil es völlig unerheblich ist, ob Sie wissen, wer welchen Brotaufstrich am Morgen nimmt oder wer welche Krawatte mit wem abstimmt.

(Michael Boddenberg (CDU): Stimmt!)

Es geht schlicht und einfach darum, ob dieses Bündnis den Bürgerinnen und Bürgern Hessens gute Politik liefert, ob dieses Bündnis vor den Hoffnungen und Erwartungen der Menschen in Hessen besteht und ob Sie die aktuellen Herausforderungen des Landes lösen können. Das ist die Messlatte, an der wir Sie messen werden, an keiner anderen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Dazu kommt natürlich auch, dass wir Sie an der Messlatte messen werden, was Sie vor dem 22. September gesagt haben, bei Bildung, bei Finanzen, bei Arbeit, bei Wirtschaft und vielem anderen mehr. Sie werden mit den Messlatten konfrontiert, die wir selbst aufstellen. Unsere Messlatten sind sehr einfach beschrieben: Wir wollen, dass dieses Land zukunftsfähig gestaltet wird. Dabei ist für uns erstens die Stärkung von Innovation und Bildung wichtig, zweitens die Schaffung von Arbeit, von der man auch leben kann, und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes sowie drittens eine Erneuerung des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Gerechtigkeit. Ich will das in aller Klarheit sagen: Genau bei dem letzten Punkt wird diese Regierung sicherlich am wenigsten zu liefern haben. Das war in der Regierungserklärung sehr deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zunächst einige Bemerkungen zum Thema Bildung machen. Ich will das offen sagen: In diesem Koalitionsvertrag gibt es in der Tat einige Projekte, die es wert sind aus unserer Sicht, nach unseren Maßstäben und den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, so wie wir sie wahrnehmen, ernsthaft verfolgt zu werden. Das gilt beispielsweise für die Veränderungen im Bereich der Gesamtschulen. Wir glauben, dass darin eine Chance steckt. Wir glauben auch, dass in der Stärkung des Sozialindex eine Chance steckt. Wir haben lange genug dafür gearbeitet, dass sich dieser Teil des Hauses ernsthaft mit diesen Fragen beschäftigt. Wir glauben auch, dass es grundsätzlich richtig ist, einen Weg zur Ganztagschule zu gehen. Zu Ihrem konkreten werde ich gleich im Detail noch einiges sagen. Sicherlich ist auch die Ankündigung richtig und gut, die Lehrerinnen und Lehrer im System zu halten, Stichwort: demografische Dividende. Dazu werde ich ganz am Ende unter dem Stichwort Finanzen noch einiges sagen.

Insofern gibt es in der Tat eine Vielzahl von Punkten, die man aufnehmen kann, die es lohnt intensiver miteinander zu diskutieren. Ansonsten haben Sie aber in Ihrem Koalitionsvertrag getreu dem Motto des Burgfriedens versucht, festzuschreiben, was sowieso Ihre Positionen sind. Die Verantwortung, die wir immer und immer wieder betont haben, dass die soziale Herkunft den Bildungsweg eines Kindes nicht mehr so stark beeinflussen darf – denn dass wir das jetzt innerhalb von fünf Jahren vollständig auflösen, dafür bin ich nicht Optimist genug –, liegt ausdrücklich nicht im Fokus Ihrer bildungspolitischen Anstrengungen.

Deswegen haben wir Ihnen gesagt – Herr Ministerpräsident, das gehört auch dazu –: Wenn Sie auf Presseveröffentlichungen abstellen, die sich eigentlich nur auf mich

beziehen können, dann können Sie mich auch beim Namen nennen und nicht abstrakt. Ich war ja im Raum anwesend. Zum neuen Stil könnte auch gehören, dass Sie mich direkt ansprechen.

(Vizepräsident Wolfgang Greulich übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben gesagt, dass wir uns an keinem Bildungsgipfel beteiligen werden, so wie Sie ihn vorschlagen, bei dem nicht klar ist, dass es um die Grundsatzfrage geht, sondern nur um das Abhaken Ihrer bildungspolitischen Vereinbarung in einem Koalitionsvertrag, der für uns unzureichend ist. Solange Sie nicht bereit sind, das, was Sie im Koalitionsvertrag angelegt haben, zu öffnen und ernsthaft mit uns über die Frage zu diskutieren, wie die aus unserer Sicht größte Herausforderung im hessischen Bildungssystem bewältigt werden kann, nämlich dass die soziale Herkunft den Bildungserfolg eines Kindes so sehr beeinflusst wie in nahezu keinem anderen Land, ist für uns ein Weg zu Ihrem formalen Schulfrieden nicht gangbar.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Insofern liegt es bei Ihnen, hier für Klarheit zu sorgen, Herr Ministerpräsident. Wenn Sie bereit sind, dies zu öffnen und zu akzeptieren, dass wir nicht nur, wie beim Energiegipfel, auf Ihre Einladung hin und unter Ihrer Geschäftsordnung sprechen, dann werden wir über alles Mögliche reden. Was meine ich damit? – Ja, es ist richtig, wir haben auf dem Energiegipfel konstruktiv miteinander diskutiert. Da wurde aus unserer Sicht aber nicht alles zu einem Ergebnis geführt, wie wir es für notwendig gehalten haben. Nachdem wir Ihnen den Weg geöffnet haben, am Ende ein vernünftiges Ergebnis möglichst konsensual zu beschreiben, indem beispielweise Minderheitenpositionen durch Dokumentation in Fußnoten, in Erklärungen hinterlegt werden konnten, hatten Sie nicht einmal die Kraft, unsere Nebenerklärungen überhaupt in Ihren Publikationen zu veröffentlichen. Das zeigt, dass die Einladung zu gemeinsamen Gesprächen, das Verhandeln von gemeinsamen Punkten nicht ausreichen, wenn es darum geht, anschließend unter Umständen auch Unterschiede zu dokumentieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will fairerweise sagen: Sie sind eben Regierung. Deswegen haben Sie auch die Möglichkeit, Ihre Position in einer anderen Form der Öffentlichkeitsarbeit zu dokumentieren. Insofern verzeihen Sie uns, wenn wir es so klar sagen: In Ihrer medialen Inszenierung fanden wir den Umgang mit der Opposition, was die Ergebnisse betrifft, an denen wir nicht unerheblichen Anteil hatten, schlicht und einfach unfair. So etwas wird mit uns nicht mehr gehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will auch das aufnehmen, was Sie gesagt haben. Wenn Sie in der Regierungserklärung von Einheitslösungen reden und zu Ihrer Wahlkampfrhetorik zurückkehren – mit der meinen Sie ja ganz offensichtlich uns –, obwohl Sie, genauso wie andere in diesem Haus, in den Sondierungen erleben konnten, dass wir nicht dogmatisch an verschiedenen Positionen festhalten, sondern dass wir an manchen Stellen unter Umständen andere Zugänge zu Themen haben, auch andere Instrumente – für diese Form der ideologischen Auseinandersetzung ist eigentlich kein Raum –, dann muss ich ernsthaft fragen: Wie ernst gemeint sind Ihre Gesprächsangebote, wenn Sie am heutigen Tag versu-

chen, solche Vokabeln erneut einzuführen? Wenn Ihr Dialogangebot ernst gemeint ist, dann hätten Sie sich das besser gespart.

(Beifall bei der SPD)

In der Sache gibt es natürlich auch Differenzen. Ich will zwei ausdrücklich benennen: Es bleibt für uns dabei, dass die Schulzeitverkürzung auf G 8 in der Mittelstufe Murks ist und Murks bleibt. Ihre Form der sogenannten Wahlfreiheit, auch mit den Veränderungen, die es im Sommer mit Blick auf eine deutliche Ausweitung von G-9-Angeboten gibt, ist aus unserer Sicht nach wie vor eine Mogelpackung, weil das eigentliche Problem der Schulzeitverkürzung von G 8 nicht gelöst wird. Davon haben Sie uns bis heute nicht überzeugt. Es hätte auch andere Wege gegeben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das gilt im Übrigen auch – ich glaube, das wird eine der härtesten Auseinandersetzungen hier im Haus in den nächsten Jahren – für die Frage Ihres Ganztagsschulweges. Ich bin ja froh, dass Sie Ganztagsschulen inzwischen auch in Ihren Regierungserklärungen anders anerkennen, als wir es noch im Wahlkampf erleben durften. Das ist der Vorteil.

Mit Blick sowohl auf Ihr Modell als auch auf das von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und jetzt Ihr gemeinsames Modell will ich sagen, dass dieses ein paar Probleme aufwirft. Da sind Sie entweder betriebsblind oder nehmen bewusst in Kauf, dass Ihr Angebot, so wie Sie es bisher im Koalitionsvertrag angelegt haben – wir kennen noch kein konkretes Modell –, den Anspruch, den Sie damit erheben, nicht erfüllen wird.

(Beifall bei der SPD)

Sie setzen darauf, dass die Nachmittagsbetreuung ab 14:30 Uhr bis 17 Uhr von den Städten und Gemeinden und den Eltern finanziert wird.

(Günter Rudolph (SPD): Nicht vom Land! – Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das ist das, was Sie bisher öffentlich sagen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Steht im Koalitionsvertrag!)

Sie werden uns erklären müssen – ich bin sehr gespannt, wie Ihre Modelle aussehen –, wie sich dies angesichts Ihrer harten Position in Bezug auf die Schutzschirmgemeinden und die Verweigerung, freiwillige Leistungen auszuweiten, auf den Ganztagsschulweg der betroffenen Städte und Gemeinden auswirkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin sehr gespannt darauf, wie sich Ihr Angebot auf Eltern und deren Kinder auswirkt, die nicht in der Lage sein werden, die finanziellen Aufwendungen dafür aufzubringen. Deswegen sage ich Ihnen: Ob Sie Kindern den Zugang zu Bildung erschweren oder erleichtern, werden wir sehr genau begleiten. Das wird einer der ganz zentralen Punkte, an denen wir Sie messen werden.

(Beifall bei der SPD)

Strich drunter, Herr Ministerpräsident. Wir sind bereit, mit Ihnen über einen Schulfrieden in Hessen zu reden, aber dabei müssen alle Fragen aufgerufen werden und nicht nur die, die Ihnen zupasskommen. Wenn Sie dazu bereit sind, sind wir dabei.

(Beifall bei der SPD)

Ich will ausdrücklich sagen, dass einige Ihrer Bemerkungen zum Thema Innovation und Fortschritt und der Frage, wie sich die Hochschul- und Forschungslandschaft in Hessen weiterentwickeln muss, ausdrücklich auf unsere Zustimmung treffen. Ich bin sehr gespannt, wie sich das in der konkreten Ausgestaltung Ihrer Hochschul- und Forschungspolitik auswirken wird.

Lassen Sie mich an der Stelle einen kleinen Exkurs machen: Ob Herr Rhein mit seiner Ernennung zum Wissenschaftsminister nun ein Absteiger ist oder nicht, das kann mir und uns ziemlich schnuppe sein.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Dann würde ich es gar nicht erwähnen!)

Aber dass damit die Wissenschaft, die Forschung und die Kunst zu Themen einer Verlegenheitslösung degradiert werden, das kann uns nicht egal sein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

– Entschuldigung, das haben doch nicht wir so intoniert. Wir haben doch nicht intoniert, dass die Berufung von Herrn Rhein eine Verlegenheitslösung ist und er überall zum Absteiger deklariert wurde. Ich sage Ihnen nur: Wenn Sie das Thema Innovation, Forschung und Entwicklung des Landes stärken wollen, dann müssen Sie dieses Ressort anders handhaben. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass Sie im Bereich der Hochschulen deutlich kürzen werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Damit will ich zum letzten Punkt beim Thema Familie und Betreuung kommen, der am heutigen Tag eine Rolle spielt.

(Manfred Pentz (CDU): Sie haben heute noch kein substantielles Thema angesprochen!)

– Na, ja. Mit Verlaub, Herr Pentz: Wenn Sie die Frage der Ganztagsschulentwicklung, die Frage der individuellen Förderung, die Frage der sozialen Herkunft und der Bildungsgerechtigkeit nicht für substantielle Themen halten, dann wird mir einiges aus der Vergangenheit klar.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Damit will ich zum letzten Punkt beim Thema Bildung und Familie kommen. Das ist für uns eines der größeren Ärgernisse dieser Koalitionsvereinbarung. Über runde Tische, Konvente, Gipfelchen und Gipfel, Kaffeekränzchen und anderes werde ich am Ende noch etwas sagen. Sie waren nicht in der Lage, eines der umstrittensten Projekte, bei dem wir hier in Hessen mit die größten Massenproteste seit sehr vielen Jahren erlebt haben,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Allerdings!)

sinnvoll zu lösen. Das ist eines der großen Armutszeugnisse dieser Koalition. Dabei geht es um das KiföG.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie erklären: Zuerst machen wir einmal so weiter. – Ab dem Sommer wollen Sie einen runden Tisch gründen, auf dem Sie darüber reden wollen. Im Übrigen gibt es mehr Geld nur für Inklusion, wenn sich die Kommunalen Spitzenverbände und die Liga auf eine neue Rahmenvereinbarung verständigen. Klammer auf: Als Sie das verkündeten, war kurz zuvor bekannt geworden, dass die Verhandlungen

gescheitert sind. Das hat im Übrigen etwas mit der desolaten finanziellen Situation der Städte und Gemeinden zu tun, mit sonst gar nichts. Klammer zu. So haben Sie dieses Projekt auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagt.

Ich sage Ihnen: Damit werden Sie den Protesten aus den Kindertagesstätten und von den Verbänden aus dem vergangenen Jahr in keiner Weise gerecht, weder den Leistungen der Erzieherinnen und Erzieher, die das immer wieder zum Thema gemacht haben, noch den Anforderungen der Eltern, noch den Anforderungen der Städte und Gemeinden und schon gar nicht den Anforderungen der Kinder – und das insbesondere im ländlichen Raum. Auch das konnten wir bei den Sondierungen feststellen: Bei bestimmten Parteien in diesem Landtag gibt es dort deutliche Unterschiede bei der Zugänglichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Es würde mich reizen, noch ein paar Bemerkungen zum Thema Gleichstellung zu machen. Ich bin gespannt, wie der Masterplan gegen Homophobie umgesetzt wird. Ich bin froh, dass er kommt. Ich bin sehr gespannt, wie diese Debatten innerhalb der Koalition dazu laufen. Da würde ich gerne Mäuschen spielen. Ich glaube, da kommt noch manche interessante Debatte auf Sie zu.

Dass es ansonsten mit der Gleichstellung in diesem Kabinett nicht sehr weit her ist, ist eher Ausdruck der Personalpolitik der hessischen Union als von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – das will ich ausdrücklich dazu sagen. Aber es ist schon eine besondere Leistung, angesichts der Debatten, die wir in diesen Tagen, Wochen und Monaten haben, von 17 Kabinettsposten drei an Frauen zu vergeben. Das sind 17,5 %. Das ist wirklich eine echte Leistung bei der Gleichstellung.

Damit komme ich zum zweiten Thema: Schaffung von Arbeit, von der man leben kann, und Stärkung des Wirtschaftsstandorts.

Gleich zu Beginn will ich sagen: Mir ist nicht angst und bang um die hessische Wirtschaft und um hessische Arbeitsplätze. Die hessische Wirtschaft ist robust genug, manches Abenteuer auszuhalten.

Bezeichnend ist allerdings Folgendes – das war schon bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Zwischenergebnisses so –: Sie haben keinen einzigen Satz zum Thema Tarifreuegesetz in Hessen gesagt. Das lässt uns Böses ahnen bei dem, was Sie hier vorhaben.

(Beifall bei der SPD – Dr. Walter Arnold (CDU): Das stimmt doch gar nicht!)

Aber ich verspreche Ihnen: Herr Dr. Arnold, Sie werden schon bald Gelegenheit haben, sich mit einem Entwurf eines Hessischen Tarifreuegesetzes, das diesen Namen verdient, im Landtag zu beschäftigen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das machen wir auch! Das hat der Ministerpräsident doch gesagt, Sie haben das nicht gehört!)

Er wird eine Mindestlohnregelung genauso enthalten wie wirksame Kontrollmechanismen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) – Dr. Walter Arnold (CDU): Sie haben nicht aufgepasst!)

Dass das Thema Verkehrspolitik in Ihren Verhandlungen eine besondere Rolle gespielt hat, glaube ich sofort.

(Heiterkeit des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Denn bei diesem Thema ist es schwierig mit denen – und manchmal auch mit uns, das muss man fairerweise dazu sagen. Auch dort waren wir nicht immer mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einig. Dass Sie jetzt versucht haben, die A 44 und die A 49 im Rahmen Ihrer Regierungserklärung faktisch zu einer ökologischen Ausgleichsmaßnahme zu deklarieren,

(Heiterkeit bei der SPD und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

habe ich verstanden. Wahrscheinlich war das eine Grußadresse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Aber ein bisschen nachdenklich bin ich schon geworden. Vor der Sitzung hat mir ein Kollege den Organisationsplan des Wirtschaftsministeriums vom 1. Oktober 2013 gegeben. Da steht in der Abteilung VI noch eine „Projektgruppe A 44“. Jetzt ist mir aber auch der aktuelle Plan vom 20. Januar 2014 zugegangen. Dort ist diese Projektgruppe ersatzlos gestrichen.

(Günter Rudolph (SPD): Aufgelöst!)

Ich weiß nicht, was das jetzt zu bedeuten hat: Stellen Sie den Bau der A 44 ein? Oder wie haben wir das zu bewerten?

(Zuruf des Ministers Tarek Al-Wazir)

Lieber Kollege Al-Wazir, langer Rede kurzer Sinn: Wir werden natürlich sehr genau hinschauen, was Sie bei der A 44 machen. Wir werden sehr genau hinschauen, was Sie bei der A 49 machen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist Chefsache!)

Wir werden sehr genau hinschauen, was Sie beim Landesstraßenbau insgesamt machen. Denn vieles von dem, was geschrieben wurde – –

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das wird richtig gut!)

– „Das wird richtig gut“, Herr Arnold, da bin ich total sicher. Unter Ihrer Verantwortung ist in den letzten Jahren so vieles gut geworden.

(Heiterkeit bei der SPD und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Das fängt bei der European Business School an, Herr Arnold, geht zum Frankfurter Flughafen mit dem grandiosen Klageverfahren: 17 Nachtflüge. Herr Arnold, Sie haben in den letzten Jahren wirklich viel Segen über dieses Land gebracht. Insofern bin ich wirklich gespannt, wie das in den nächsten Jahren in dieser Konstellation weitergeht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU) – Dr. Walter Arnold (CDU): Wir waren aber beim Wahlergebnis besser als ihr!)

Herr Arnold, das gilt im Übrigen – ich will das auch in Vertretung aller Kolleginnen und Kollegen sagen, die heute Morgen auf der A 5, der A 66 und der A 3 standen – für die Fortentwicklung des Projektes Staufreies Hessen. Ich bin sehr gespannt, welche Ideen Sie dazu liefern,

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das wird gut!)

und vor allem, was Sie von diesen Ideen anschließend real umsetzen. Daran werden wir Sie messen.

(Beifall bei der SPD)

Vorab werden wir Sie vielleicht daran messen, wie stark die Werbeetats in Ihren Häusern wachsen. Aber auch dazu werde ich am Ende noch ein paar Bemerkungen machen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Wir haben ja fünf Jahre Zeit!)

Besonders erstaunlich finde ich natürlich Ihre Entscheidung zum Thema Frankfurter Flughafen. Das muss man einmal klar benennen: Unter der Messlatte von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die vor der Wahl angelegt wurde, sind Sie beide drunter durchgelaufen.

Das habe ich nicht zu richten, denn wir hatten dazu eine dezidiert andere Position. Das haben Sie zu verantworten: ob Sie mit dem, was Sie vor der Wahl immer gesagt haben, was da geht und was nicht, irgendwie weiterkommen. Ich glaube, vieles von dem, was der Ministerpräsident vorgebracht hat, ist hier im Großen und Ganzen konsensfähig. Ich bin allerdings gespannt, was das für seinen programmatischen Leitsatz bedeutet, den er sowohl beim Neujahrsempfang der IHK in Frankfurt in der vergangenen Woche als auch heute wiederholt hat, und darin sind wir uns auch völlig einig: Der Flughafen muss seine Wettbewerbsfähigkeit erhalten – und auf der anderen Seite muss es leiser werden.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Es muss leiser werden. Ich finde, das ist eine interessante Setzung. Ich bin froh, dass Sie endlich anerkennen, dass in der Mediation die Lärmobergrenzen definiert worden sind. Diesbezüglich ist das Mediationsergebnis eben noch nicht umgesetzt. Das haben wir hier immer und immer wieder vorgetragen. Jetzt schreiben Sie selbst, dass es nicht umgesetzt ist.

Das ist erst einmal ein großer Fortschritt. Aber wir werden sehen, ob all die Maßnahmen, die Sie beschreiben und an die wir einen Haken machen können, wirklich dazu führen, dass der Anspruch, dass es leiser werden soll, wirklich umgesetzt wird.

Alle hier im Raum, die sich ernsthaft damit beschäftigen, wissen – Herr Kaufmann könnte Ihnen dazu lange Vorträge im Detail halten –,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das macht er auch!)

dass die Sieben-Stunden-Regelung, die Sie hier vorschlagen, im Kern zu einer Lärmverdichtung führt,

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

dass sie im Kern nur bei schönem Wetter funktioniert und auch nur, solange die Auslastung so ist, wie sie heute ist.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Schon heute sagen alle Beteiligten: Wenn die Auslastung steigt, wird das nicht gehen.

Ich bin sehr gespannt, auf welcher Zeitachse Sie die Überprüfung beim Terminal 3 machen. Übrigens bin ich auch gespannt, wer diese Überprüfung beim Terminal 3 macht. Vor allem bin ich sehr gespannt, wie die, die das überprüfen, damit umgehen, dass im Kern die wesentlichen Vorarbeiten zum Terminal 3 – wie ich das kurz vor Weihnachten bei „hr-online“ lesen konnte – längst umgesetzt sind. Dabei geht es insbesondere um die Tiefbaumaßnahmen zu Energie, Klima, Strom, Abwasser und Frischwasser. Im Kern sind die Erdarbeiten dazu abgeschlossen. Insofern bin ich

sehr gespannt, wie Sie mit diesem Kompromiss insgesamt umgehen und wie Sie den hier anschließend begründen.

Wir haben das schon während der Koalitionsverhandlungen gesagt: Ich bin sehr verwundert, dass Sie ausgerechnet bei diesem Thema eigentlich keinen Dialog einfordern oder anregen, wie Sie das an anderen Stellen getan haben.

Insofern: wettbewerbsfähiger und leiser – das hat der Ministerpräsident als Devise ausgegeben. Ich will einmal sagen: Wir sollten uns relativ schnell zusammensetzen, um einmal die Kriterien aufzustellen, anhand derer das gemessen wird, was da als Anspruch fundiert wurde. Ich bin aber ziemlich sicher, dass der neue Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir das mit uns gemeinsam zügig auf den Weg bringen wird.

Ich will mir meine Bemerkungen zum Thema Wohnen sparen. Ich finde die 700 Wohneinheiten, die Sie genannt haben, angesichts des Bedarfs in der Region ziemlich unambitioniert. An der Stelle lassen sich sehr unterschiedliche Zugänge zu diesem Thema ausmachen.

(Beifall bei der SPD)

Ein bisschen schwieriger wird es beim Thema Energiepolitik. Ich will hier sehr klar sagen: Für die hessische Sozialdemokratie ist und bleibt die Energiewende das größte Konjunkturprogramm seit dem Marshallplan.

(Beifall bei der SPD)

Darin stecken unglaublich viele Chancen für Arbeit und Wohlstand.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Lieber Mathias Wagner, das werden wir, wie ich Ihnen schon einmal gesagt habe, unter anderem mit dem Kollegen Baake diskutieren, der ganz wesentlich an den konzeptionellen Entwicklungen beteiligt ist.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist der jetzt Minister?)

Sie wissen, dass jenseits der oberflächlichen Betrachtung die Konfliktlinien im Detail sehr unterschiedlich verlaufen. Der Herr Ministerpräsident hat das dankenswerterweise ausgeführt.

(Beifall bei der SPD)

Dass sich jetzt ausgerechnet Herr Kretschmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Kapazitätsmärkte bei fossilen Kraftwerken stark macht, hat mich schon ein bisschen überrascht – zusammen mit Horst Seehofer.

(Beifall bei der SPD)

Ich will meine Warnung aus den Verhandlungen über eine große Koalition wiederholen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Glück auf, der Steiger kommt!)

– Jürgen Frömmrich, ich höre diese Bemerkung zum Steigerlied aus den Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN immer wieder. Ich will hier ein abschließendes Mal Folgendes sagen. Die Sozialdemokratie steht zu der Tradition, die im Steigerlied dokumentiert ist, weil es eine Frage des Respekts vor harter und gefährlicher Arbeit ist.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich akzeptiere, dass das nicht Ihre Tradition ist. Ich verbitte mir aber jede Polemik an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Mir hat noch niemand erklären können – und es ist mir auch nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten nicht deutlich geworden –, wie man kostendämpfend wirken will, wenn man auf der einen Seite einen Kapazitätsmechanismus schafft und auf der anderen Seite bei der EEG-Umlage nicht deutlich auf die Bremse tritt. Herr Ministerpräsident, ich saß in der Energiekommission, und wir haben dieses Thema mehr als einmal in großer Runde verhandelt. Wir beide hatten ein Gefühl dafür, wo es zu Konfliktlagen kam, die im Übrigen nicht nur zwischen der SPD auf der einen Seite und der Union auf der anderen Seite verliefen, sondern manchmal mit unterschiedlichen Sichtweisen in der SPD und manchmal mit unterschiedlichen Sichtweisen auf den zwei Flügeln, die es in der Union gibt, zu tun hatten. Dazu kommt, dass gelegentlich die CSU in den Verhandlungen aufschlug. Wenn mehr als ein Christsozialer im Raum war, war die Suche nach gemeinsamen Verhandlungspositionen noch komplizierter.

(Heiterkeit bei der SPD)

Lassen Sie uns an der Stelle die Gefechtslagen nicht falsch beschreiben. Es gibt bei der Energiewende ein paar Herausforderungen, die nicht einfach zu lösen sind. Wir werden zum einen den Übergang von der Energieversorgung aus fossilen Brennstoffen zur Versorgung aus erneuerbaren Energien organisieren müssen. Diese Transformation ist nicht einfach. Sie ist finanziell nicht einfach zu stemmen, weder für die Unternehmen noch für die Verbraucher. Sie ist technologisch nicht einfach zu stemmen, und sie hat vor allem etwas mit der Frage zu tun, wie man Energiemanagement betreibt. Dass die Große Koalition in Berlin die von der Vorgängerregierung in Teilen schon versenkte Energiewende neu gestartet hat, ist ausdrücklich richtig – bei allen Konflikten im Detail.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen zum anderen eine Reform des EEG, weil die Bezahlbarkeit der Energiewende ein zentrales Thema ist. Jeder hier im Raum weiß, dass das eine komplizierte Aufgabe ist. Wir werden die Sicherungskapazitäten mit Blick auf das Abschalten der Atommeiler in süddeutschen Bundesländern zum Thema machen, weil zumindest die, die sich vertieft mit der Sache auseinandergesetzt haben, sehr wohl wissen, dass wir derzeit die notwendigen Kraftwerkskapazitäten in Süddeutschland und auch die notwendigen Leitungen nicht haben.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Genau deshalb ist Kretschmann für einen Kapazitätsmarkt. Einen solchen hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor vier Monaten noch mit aller Vehemenz abgelehnt. Auch darauf will ich ausdrücklich noch einmal hinweisen.

(Beifall bei der SPD – Lebhafter Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wir können gerne bestimmte Protokolle über Sitzungen auf der Bundes- und auf der Landesebene herausholen,

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gern!)

in denen wir kritisiert worden sind mit dem Argument, die Schaffung eines Kapazitätsmarkts sei nichts anderes als ein Versuch, die Kohle-Fraktion in der Sozialdemokratie zu schützen, statt die Energiewende – –

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei euch ist das ja so!)

– Was gilt denn nun, Kollege Wagner? Wollen Sie es, oder wollen Sie es nicht? Sie müssen sich irgendwann einmal entscheiden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern finde ich Ihre Ansprüche beim Thema Energiewende wenig ambitioniert.

Wenn Sie in Ihrem Koalitionsvertrag schreiben, Sie wollen den Anteil der erneuerbaren Energien in Hessen verdoppeln, dann heißt das: von heute 12,5 % auf 25 %. Damit wären Sie beim derzeitigen durchschnittlichen Prozentsatz aller Bundesländer angekommen. Das heißt, Sie wären immer noch am unteren Ende des Ausbaupfads. Ich will Ihnen das Leben mit Blick darauf nicht so leicht machen, dass Sie behauptet haben, allein das Thema EEG-Reform auf Bundesebene beeinflusse das 2%-Ziel. Übrigens: Wir sind uns in der Sache einig; wir brauchen bei diesem Thema einen Vertrauensschutz und daher eine andere Regelung. Da sind wir sehr bei Ihnen. Wir werden für die Onshoreförderung eine andere Lösung brauchen, insbesondere in Süddeutschland. Auch darüber werden wir zu diskutieren haben.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer aber glaubt, dass das Problem allein damit gelöst ist, der wird sich täuschen. Ich will das mit Blick darauf sagen, dass beim RP Gießen derzeit ein Gutachten liegt, in dem erhebliche Teile der von der Regionalversammlung ausgewiesenen Vorrangflächen für die Onshore-Windkraftnutzung unter Hinweis auf naturschutzrechtliche Vorgaben „gekillt“ werden. Das heißt, wir werden genauer hinschauen müssen, wie die verschiedenen Zielkorridore und Zielkonflikte anders austariert werden können. Das hat nicht nur etwas mit Berliner Entscheidungen zu tun, sondern auch mit Entscheidungen, die hier in Hessen zutreffend sind. Ich bin sehr gespannt darauf, wie sich die Landesregierung in den anstehenden Konflikten positioniert.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, auch etwas zu den aktuellen Vorgängen rund um Biblis zu sagen. Eigentlich hätte ich erwartet, dass der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung dazu etwas sagt. Nach den kürzlich getroffenen Entscheidungen zur Frage der Rechtswidrigkeit der Stilllegung des KKW Biblis und der daraus resultierenden Gefahr, dass gegenüber dem Land hohe Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden, halten wir nach Akteneinsicht heute Folgendes fest. Das Justizministerium hat die damals zuständige Umweltministerin Puttrich davor gewarnt, auf eine Anhörung zu verzichten.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Wir wissen zweitens, dass in der ursprünglichen Fassung der Verfügung eine Anhörung vorgesehen war. Ich halte nochmals fest, dass die sozialdemokratische Fraktion – wenn ich es richtig sehe, auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – in der Phase nach dem Erlass der Stilllegungsverfü-

gung presseöffentlich und an vielen anderen Stellen ausdrücklich auf die Wackeligkeit der juristische Konstruktion und auf das damit verbundene rechtliche Risiko hingewiesen hat. Ich will sehr klar sagen, Frau Puttrich: Sie haben das Ding richtig versenkt. Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn wir gewusst hätten, in welchem schlampigen Zustand die Akten derzeit sind – so haben es die Kollegen Schmitt und Gremmels geschildert –, die z. B. Gedächtnisvermerke zuständiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter enthalten, die zwei Jahre nach den Vorgängen angefertigt wurden

(Günter Rudolph (SPD): Das kennen wir auch aus anderen Ressorts!)

– wir kennen das aus der Polizeicheffaffäre, dass es nachträglich gefertigte Vermerke gibt –, bin ich ziemlich sicher, dass der klare und eindeutige Dringliche Antrag, den SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 28. Februar 2013 mit der Drucks. 18/7072 unter der Überschrift „Ministerin Puttrich muss Verantwortung übernehmen und zurücktreten“ gemeinsam eingebracht haben, deutlich schärfer ausgefallen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Frau Puttrich, ich will Ihnen klar sagen: Das Thema ist nicht vorbei. Wenn Sie glauben, dass wir uns damit begnügen, diese Form der Akteneinsicht sozusagen abzuhaken und, obwohl alle wesentlichen Fragen noch nicht beantwortet sind, zu sagen: „Das ist jetzt gut“,

(Günter Rudolph (SPD): Das ist noch ausbaufähig!)

kann ich Ihnen garantieren: Das wird ganz sicherlich nicht der Fall sein. Biblis wird uns in diesem Haus noch mehrfach beschäftigen.

(Beifall bei der SPD)

Es liegt an Ihnen, Ihrer Aufklärungspflicht nachzukommen und mitzuwirken.

Ich will damit zu dem vorletzten Punkt meiner Ausführungen kommen: zu dem Thema Gerechtigkeit. Ich will mich, mit Blick auf aktuelle Ereignisse und auch mit Blick auf die Redezeit, ganz bewusst auf zwei wesentliche Punkte konzentrieren.

Wir haben in den Sondierungsgesprächen einen der schwierigsten Punkte erreicht, als es um die Finanzen ging. Wir Sozialdemokraten haben nicht umsonst mehrfach – immer wieder – einen Kassensturz gefordert. Ich glaube, dass wir insgesamt sehr produktive und konstruktive Gespräche über die Finanzlage hatten.

Wir haben diesen Kassensturz mit Blick auf das Thema Länderfinanzausgleich, mit Blick auf das Thema Kommunaler Finanzausgleich und mit Blick auf das Thema der sogenannten demografischen Dividende beim Personal gefordert. Wir sind uns einig, die Schuldenbremse ist einzuhalten. Ich will allerdings noch einmal sagen, es geht um eine Einnahmen- und eine Ausgabenverantwortung.

(Lothar Quanz (SPD): Genau das!)

Dass der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung auf den Bund verweist nach dem Motto: „Der Bund muss seinen Verpflichtungen nachkommen“, ist schon mutig angesichts dessen, was wir in den Koalitionsverhandlungen zur Bildung der Großen Koalition diskutiert haben und wie

wir es diskutiert haben. Ich weiß nämlich, welche Parteien in den Koalitionsverhandlungen auf der Bundesebene ausdrücklich nicht bereit waren, mit uns ernsthaft über eine andere Form der Steuerverteilung und über eine Steuerreform zu verhandeln. Das waren CDU und CSU. Insofern können Sie sich an der Stelle keinen schlanken Fuß machen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich spreche das Thema deshalb an, weil Sie heute wieder angefangen haben, über den Länderfinanzausgleich zu reden. Ich sage ausdrücklich: Ja, der Länderfinanzausgleich muss reformiert werden. Da gibt es überhaupt keinen Dissens.

Wir haben mehrfach über die Frage gestritten, wie der richtige Weg dahin aussieht. Ich nehme gern noch einmal die Botschaft auf, die Sie im Wahlkampf formuliert haben: Wenn wir bei der Klage zum Länderfinanzausgleich erfolgreich sind, werden wir anschließend die Gebührenfreiheit für die Kitas einführen. – Das waren Ihre Worte.

Nun haben wir in den Sondierungsgesprächen durch qualifizierte Äußerungen des Finanzministers Schäfer gelernt – daher stammt übrigens die Formulierung: „Das muss ein Missverständnis gewesen sein“ –, dass, wenn das Bundesland Hessen mit seiner Klage beim Bundesverfassungsgericht erfolgreich ist, eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass wir verhandeln müssen, weil die dort nur Leitsätze formulieren. Das führt dazu, dass wir wahrscheinlich nicht vor 2018 – wenn es gut läuft und wir erfolgreich sind – Einnahmen in irgendeiner Form daraus generieren.

In der nächsten Legislaturperiode wird also nichts daraus. Deswegen ist es richtig, darauf hinzuweisen und zu sagen: Wir brauchen einen anderen Länderfinanzausgleich. – Aber zur Redlichkeit gehört auch, zu sagen, dass er uns in dieser Legislaturperiode nicht helfen wird. Sie gehen selbst davon aus, dass daraus nichts wird.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig werden wir aber die Anforderungen beim Kommunalen Finanzausgleich haben. Ich bin sehr gespannt auf das, was Sie im Ergebnis liefern, abgesehen davon, dass Sie mit allen Beteiligten reden wollen.

Ich glaube, dass es nach wie vor richtig ist, dieses Thema offensiver anzugehen. Dazu gehört für uns nach wie vor, dass ein Kassensturz gemacht wird. Ich glaube im Übrigen auch, dass es dem neuen Koalitionspartner hilft, wenn ein wirklicher Kassensturz gemacht wird. Das, was Sie an Zahlen bisher vorgestellt haben, nehme ich Ihnen – seien Sie mir nicht böse – nicht ab. Angesichts dessen, was wir in den Sondierungsgesprächen gehört haben, nehme ich Ihnen die Mengen, die Zahlengerüste und die Haushaltsrahmendaten schlicht nicht ab.

(Beifall bei der SPD)

Ich will das ganz zugespitzt formulieren: Entweder sind wir Sozialdemokraten in den Sondierungen behumst worden, oder die Öffentlichkeit wird behumst. Ich weiß nicht, wer am Ende der Betroffene ist. Aber das, was Sie vorgestellt haben, passt mit dem, was wir, jedenfalls bisher, gehört haben, ausdrücklich nicht zusammen. Deswegen werden wir Ihnen die Gelegenheit geben, einen Kassensturz zu machen.

Ich will außerdem sagen, dass es richtig und notwendig ist, das Thema Steuerhinterziehung und ihre Bekämpfung wei-

ter hochzuhalten. Ich sage das ausdrücklich auch mit Verweis auf aktuelle Fälle. Für mich ist der Rücktritt des Staatssekretärs in Berlin die einzig mögliche und logische Konsequenz aus den Vorfällen, die er selbst zu verantworten hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage in aller Klarheit: Für uns ist Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt. Das bleibt auch so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erwarten, dass Sie bei dem Thema Bekämpfung der Steuerhinterziehung alle Anstrengungen unternehmen, um das möglich zu machen. Deswegen lassen wir es Ihnen nicht durchgehen, dass Sie über – ich sage es einmal so – Formelkompromisse im Koalitionsvertrag den Eindruck erwecken, als wollten Sie eine bestimmte Aktivität an den Tag legen, während Ihre Regelung im Kern so beschaffen ist, dass Sie es am Ende gar nicht können.

Sie schreiben im Koalitionsvertrag, Sie wollten sich zukünftig wieder am Ankauf von Steuer-CDs beteiligen. Dann kommt die entscheidende Einschränkung: Sie wollen das nur machen, wenn garantiert ist, dass niemand eine Strafverfolgung vornimmt.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun müssen Sie mir einmal erklären, wie das möglich sein soll. In der Schweiz heißt es, dass der Verkauf solcher Daten eine Straftat ist.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Darüber ist hier mehrfach diskutiert worden. Eine der Begründungen dafür, warum der Ministerpräsident und der Finanzminister im vergangenen Jahr keine CDs gekauft haben, lautete: Wir sind nicht sicher, dass ein hessischer Steuerbeamter, der im Urlaub die Grenze zur Schweiz überquert, dort nicht verhaftet wird, weil er an einer Straftat beteiligt war. – Das werden Sie auch in Zukunft nicht ändern können; denn die Schweiz wird ihre Gesetze selbst machen.

Deswegen sage ich: Stehen Sie dazu. Sie wollen sich eigentlich nicht am Ankauf beteiligen. Dann sagen Sie es auch, und tun Sie nicht so, als ob Sie Aktivitäten an den Tag legen wollten, die Sie im Ergebnis gar nicht zeigen können, wie Sie einräumen müssen, wenn Sie sich selbst ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Wagner, wenn Sie etwas anderes meinen, können Sie es gleich darstellen.

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Aber im Koalitionsvertrag heißt es klipp und klar, dass es einen Ankauf von Steuer-CDs nur geben wird, wenn eine Strafverfolgung von Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten ausgeschlossen ist. Das können Sie im Fall der Schweiz nicht garantieren. Das heißt übersetzt – intellektuell klar und redlich –, dass Sie sich dann nicht daran beteiligen werden. Wenn Sie es anders meinen, können Sie es heute klären. Dann wären wir ein kleines Stückchen vorangekommen.

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe schon gesagt, dass ich es an-

ders meine! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, wir werden Ihnen bei dem Thema Bekämpfung der Steuerhinterziehung und der Steuerflucht weiter Druck machen.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für die Ausbildung, die Einstellung von Steuerfahnderinnen und Steuerfahndern und auch für die bundesgesetzlichen Regelungen, wobei wir hier beispielsweise die klare Position vertreten, dass die strafbefreiende Selbstanzeige bei Beträgen oberhalb der Bagatellgrenze fallen muss. Das, was wir in diesen Tagen hören, ist ein super Beispiel dafür – im Übrigen auch für die Veränderungen der Fristsetzungen bei Steuerstraftaten mit Auslandsbezug.

(Beifall bei der SPD)

Dass Prominente sozusagen den wirtschaftlichen Ertrag aus 20 Jahren mit nach Hause nehmen und sich freikaufen können, indem sie für zehn Jahre nachzahlen, halte ich mit dem Gerechtigkeitsgefühl der Menschen für nicht vereinbar. Ich hoffe, Sie an unserer Seite zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Es gäbe noch viele Anmerkungen zu dem zu machen, was am heutigen Tag hier verlesen wurde. Wir werden in den nächsten Jahren – bis zu fünf Jahre können es sein – viele Gelegenheiten haben, über das zu diskutieren, was Sie hier vorschlagen. Ich bleibe dabei: Wir messen Sie nicht an dem, was Sie heute hier verlesen haben. Wir messen Sie nicht an dem, was Sie in Ihrem Koalitionsvertrag verschriftlicht haben. Vielmehr werden wir Sie vor allem daran messen, was Sie in der Realität machen. Der Alltag wird Sie wahrscheinlich schneller einholen, als Sie glauben. Wir werden Sie konstruktiv und kritisch begleiten.

Herr Ministerpräsident, wir werden der Regierung dort, wo es ein ernsthaftes und redliches Ansinnen gibt, Fragen mit uns zu besprechen, ausdrücklich die Hand reichen. Aber wir sagen auch klar: Demokratie braucht Alternativen. Wir werden diese Alternativen hier immer wieder dokumentieren. Wir werden uns nicht darauf reduzieren lassen, nur mit Ja oder Nein und gelegentlich vielleicht auch mit einer Enthaltung auf Positionen der neuen Koalitionsfraktionen zu reagieren.

Wir werden als hessische Sozialdemokratie sehr deutlich dokumentieren: Wir sind und bleiben die Partei der Arbeit und der Gerechtigkeit. Das sind die beiden wesentlichen Antriebsfedern, die unsere Politik ausmachen. Wir werden das aus unserer eigenen Kraft und aus unserer eigenen Position heraus ableiten. Das, was Sie veranstalten, ist ein Experiment. Das wissen Sie selbst. Wie das ausgeht, weiß kein Mensch. Das ist heute auch nicht zu entscheiden. Mein Eindruck ist, dass die Hauptlinien Ihres Koalitionsvertrags Dissens, Vertagung und in Teilen faule Kompromisse sind.

Wir sind sehr gespannt, ob Sie das zentrale Infrastrukturprojekt, das Sie in Ihrem Koalitionsvertrag mit Ihren Gipfeln und Gipfelchen, mit Ihren Kaffeekränzchen, mit Ihren runden Tischen, mit Ihren Konventen, und was es noch so alles geben wird, mit Bürgerbeteiligung und vielem mehr auf den Weg gebracht haben, die lange Bank sein wird, auf die Sie möglichst viele Themen schieben können.

(Beifall bei der SPD)

Das ist schon der vertiefte Eindruck, den man bei Ihrem Koalitionsvertrag am heutigen Tag gewinnen muss. Bei all den Unterschieden, die Sie in der Sache haben, kann einem die Koalitionsrunde ein bisschen so vorkommen wie das Dschungelcamp: Wer schluckt hier die größten Kröten? Wer allerdings als Erster aus der Runde herausgewählt werden wird, das weiß heute auch niemand, das werden auch wir im Hause nicht alleine entscheiden. Am Ende entscheiden das die Wählerinnen und Wähler.

Ich will Ihnen am Ende sehr klar sagen: Wir werden sehen, ob Sie nur die Werbeetats in den Ministerien erhöhen, ob Sie die Türschilder auswechseln, ob Sie altes Geld in neue Programme gießen – wir kennen das aus der Zeit des Regierungswechsels von 1999, als Sie bei der Kinderbetreuung im Prinzip nur ein Türschild ausgewechselt und erklärt haben, Sie machten etwas Neues. Wir werden sehr genau hinschauen, ob Sie so oder so Politik machen oder ob Sie wirklich etwas verändern.

(Manfred Pentz (CDU): Da ist jemand ganz schön beleidigt!)

– Das hat mit „beleidigt“ nichts zu tun. Wir werden Sie daran messen, ob Sie die Werbeetats der Ministerien erhöhen oder nicht, vor allem vor dem Hintergrund Ihrer Ankündigung, Herr Pentz, dass Sie die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zum Sparschwein Ihrer verfehlten Haushaltspolitik machen wollen. Darauf sind wir sehr gespannt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen kann ich am Ende nur sagen: Herr Ministerpräsident, was Sie am heutigen Tag vorgelegt haben, was die Koalitionsfraktionen als Koalitionsvertrag vorgelegt haben, das ist nicht der Politikwechsel, den wir wollten. Der Politikwechsel fällt schlicht und einfach aus. Wenigstens an diesem Punkt haben Sie keinen faulen Kompromiss gemacht. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. – Nach der vereinbarten Rednerreihenfolge geht das Wort jetzt an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr, Herr Kollege Wagner.

Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben mit dem Dschungelcamp geschlossen. Das ist jetzt eine große Verlockung. Sie haben gesagt, die Regierungsfaktionen würden sich damit beschäftigen, wie im Dschungelcamp, wer wann welche Kröte schlucken kann. Wenn ich die Teile Ihrer Rede zusammenfasse, dann würde ich sagen, sie hat auch etwas mit dem Dschungelcamp gemeinsam, nämlich den Ruf: Ich bin in der Opposition, holt mich hier raus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich kann das sehr gut verstehen. Ich kann mich sehr gut an die Tage im November letzten Jahres erinnern, als nach den Sondierungen die Entscheidung getroffen wurde, wer mit wem koalitiert. Es war völlig klar, dass das sehr schwierige Entscheidungen waren. Es war klar, dass es Entschei-

dungen geben wird, dass die einen an der Regierung beteiligt werden und die anderen nicht. Das hätte alles auch anders ausgehen können. Es hätte auch sein können, dass der Hessische Landtag in einer Großen Koalition zusammenkommt. Dann wäre es uns ähnlich gegangen wie Ihnen. Deswegen habe ich ausdrückliches Verständnis für Ihre Haltung, die Sie hier artikuliert haben.

Herr Schäfer-Gümbel, wenn wir uns einen Moment lang überlegen, diese Tage im November wären anders ausgegangen, und Sie hätten jetzt hier stehen und erklären müssen, warum Sie manche Sachen anders sagen als noch vor einem Jahr, warum Sie Kompromisse eingehen mussten und warum Sie manche Sachen nicht mehr machen können, dann sind wir uns doch einig, dass dann von Ihrer Rede nur noch die Hälfte übrig bleibt. Wir sollten uns doch nicht gegenseitig vorwerfen, dass wir in Koalitionen Kompromisse eingehen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf von der SPD: Hätte, hätte, Fahrradkette!)

Meine Damen und Herren, eine Regierungserklärung ist immer besonders. Sie ist nochmals besonders, wenn es sich um die erste Regierungserklärung einer schwarz-grünen Koalition in einem Flächenland handelt. Wer vor einem Jahr gewettet hätte, wer heute die Regierungserklärung in welcher Konstellation hält, und jemanden gefunden hätte, der diese Wette annimmt, wäre heute sehr reich. Diese Quoten wären exorbitant hoch gewesen.

Wie sah die Lage vor einem Jahr aus? Die Umfragen sagten eine klare Mehrheit für Rot-Grün voraus. Schwarz-Gelb war weit abgeschlagen, und ob DIE LINKE überhaupt im Parlament vertreten sein würde, das konnte vor einem Jahr keiner wissen. Dann kam die Landtagswahl, und alles war anders.

Ich habe es eben schon einmal angesprochen. Wir hatten eine sehr intensive Phase der Sondierungen. Es bestreitet doch niemand im Haus, dass aus unterschiedlichen Gründen und aus unterschiedlichen Argumenten am Ende nur noch die Entscheidung zwischen einer Großen Koalition und Schwarz-Grün gefällt werden konnte. So war die Situation.

Ich habe die herzliche Bitte, wenn das die Situation ist und wenn auch die Kolleginnen und Kollegen der SPD bereit waren, in eine Koalition, eine neue schwierige Konstellation zu gehen, dass wir uns nicht gegenseitig vorwerfen, diesen Schritt gemacht zu haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir alle im Landtag hatten vor der Wahl andere Konstellationen vor Augen. Wir GRÜNE haben schon im Wahlkampf und dann in den Sondierungsgesprächen und in den Koalitionsverhandlungen einen Gradmesser angelegt, der lautete: Ist es möglich, in einer Konstellation, mit wem auch immer, genug von unseren Inhalten zu verwirklichen? Ist es möglich, Hessen grüner und gerechter zu machen? – Meine Damen und Herren, auf der Basis dieses Koalitionsvertrages ist es möglich, Hessen grüner und gerechter zu machen. Genau deshalb sind wir diese Konstellation eingegangen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir haben uns in diese Konstellation getraut, während andere sich nicht getraut haben. Ich werfe das der FDP und der Linkspartei nicht vor. Sie beide konnten oder wollten aus unterschiedlichen Gründen nicht in Regierungsverantwortung gehen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wann haben wir das gesagt?)

Meine Damen und Herren, dann sollten Sie aber das Tremolo etwas gegenüber denjenigen senken, die das Wahlergebnis ernst genommen und sich dieser Verantwortung gestellt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Wir haben 20 Stunden miteinander sondiert!)

Wir haben uns getraut, eine schwarz-grüne Koalition einzugehen, aber wir sind nicht miteinander verheiratet. Wir bleiben zwei unterschiedliche Parteien. Wir vertreten unterschiedliche Inhalte. Wir haben aber die Kraft gefunden, für unser Bundesland für fünf Jahre zu beschreiben, was wir gemeinsam vorhaben.

In dieser lagerübergreifenden Konstellation kann ja vielleicht auch eine Chance liegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Es kann vielleicht darin eine Chance liegen, dass man jetzt genauer hinhört, was in diesem Landtag gesagt wird, dass Dinge noch weniger danach beurteilt werden, welche Partei oder welche Fraktion darüber steht, dass weniger nach Ideologien und mehr nach Inhalten entschieden wird. Wenn es das wäre, was diese schwarz-grüne Koalition für sich, aber auch für den Landtag insgesamt bewirkt, dann hätte es sich auch schon deshalb gelohnt, diese Koalition einzugehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen Hessen grüner und gerechter machen. Deshalb sind wir diese Koalition eingegangen, und deshalb haben wir Volker Bouffier und dem Kabinett das Vertrauen ausgesprochen – und ja, meine Damen und Herren, es fühlt sich doch ungewohnt oder komisch oder merkwürdig an, wenn man in Hessen einen Wahlvorschlag für den Landtag bekommt, über dem nicht nur CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen, sondern mit dem auch noch Volker Bouffier zur Wahl des Ministerpräsidenten vorgeschlagen wird. Das fühlt sich ungewohnt an. – Herr Bouffier, ich kann Ihnen sagen: Wir haben es in den vergangenen 17 Tagen noch nicht bereut, Sie gewählt zu haben, und wir wollen gemeinsam daran arbeiten, dass es auch so bleibt.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Hessen grüner und gerechter machen – was heißt das konkret? Wir wollen eine Umweltpolitik, die die Reichhaltigkeit und Schönheit unserer Natur, unserer Wälder und Landschaften für uns und unsere Kinder erhält. Wir werden ein Klimaschutzkonzept voranbringen, damit auch Hessen seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet, damit wir die Erderwärmung stoppen können, und um zu verhindern, dass sie immer schlimmer wird. Wir werden von Hessen aus die Welt nicht retten, aber wir wollen unseren Beitrag dazu leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen die ökologische Landwirtschaft voranbringen – nicht im Konflikt mit den konventionellen Landwirtinnen und Landwirten, sondern als wichtige Ergänzung und auch als Anspruch dessen, was die Verbraucherinnen und Verbraucher in unserem Land immer mehr nachfragen. Deshalb wollen wir den Bäuerinnen und Bauern diesen Weg ermöglichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen für mehr Verbraucherschutz sorgen, und wir wollen unsere Wälder schützen. Wir haben das ehrgeizige Ziel, 5 % des Waldes in unserem Land sich selbst zu überlassen, damit dort die Urwälder der Zukunft wachsen, damit diese Wälder naturbelassen bleiben, damit auch unsere Kinder sehen, wie sich ein Wald entwickelt, der nicht bewirtschaftet wird. Wir wollen das Zertifikat für den Staatswald einführen – FSC, für diejenigen, die sich auskennen –, weil wir um die Bedeutung des Waldes für die Erholung und die Natur in unserem Land wissen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wer hätte vor Kurzem noch gedacht, dass CDU und GRÜNE gemeinsam beschließen, dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beizutreten? – Das ist doch ein schöner Erfolg und ein Fortschritt für die Landespolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wir werden dem Tierschutz neue Bedeutung geben und einem Anliegen der Kollegin Ursula Hammann Nachdruck verleihen, endlich eine Stiftung Tierschutz zu bekommen, aus der dann unbürokratisch und schnell den vielen Initiativen in diesem Bereich geholfen werden kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Und wir wollen, dass die Werra wieder ein Süßwasserfluss wird – so banal und so einfach es auch klingt, aber das wollen wir erreichen. Dafür lohnt es sich doch, in einer Regierung zu arbeiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Frau Ministerin Hinz, ich bin mir sicher, die Themen Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind bei Ihnen in erfahrenen und guten Händen. Ich erlaube mir die Bemerkung, dass die Herausforderungen in diesem Bereich während der vergangenen 15 Jahre auch nicht kleiner geworden sind. Diese Bemerkung sei mir erlaubt.

Wir wollen Schulen und Hochschulen, in denen alle Kinder – unabhängig vom Hintergrund und Geldbeutel ihrer Eltern – gleiche Chancen haben. Deshalb wollen wir einen Schulfrieden, Herr Schäfer-Gümbel, und laden hierzu auch ernsthaft alle im Landtag vertretenen Parteien sowie die bildungspolitischen Akteure ein. Deshalb wollen wir die Bildungs- und Betreuungsgarantie umsetzen, damit junge Menschen in der Grundschule von Anfang an besser gefördert werden können und Eltern Familie und Beruf endlich vereinbaren können. Wir wollen eben mehr Chancengerechtigkeit in unserem Land haben und nicht weniger, weil

endlich alle dabei sein und die Möglichkeit haben sollen, sich in unseren Bildungseinrichtungen verwirklichen zu können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir halten an 105 % Lehrerversorgung in unserem Land fest. 105 % – das gibt es in keinem anderen Bundesland. Das ist mehr als eine Zahl, meine Damen und Herren, denn mit diesen 5 % über Grundunterrichtsversorgung können die Schulen tatsächlich Neues auf den Weg bringen, spezifische Förderprogramme umsetzen und für die soziale Gerechtigkeit sorgen, die Herr Schäfer-Gümbel will, die die CDU will und die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen an unseren Schulen längeres gemeinsames Lernen und Inklusion. Aber auch an den Hochschulen wollen wir den Hochschulpakt weiterentwickeln, um auf steigende Studierendenzahlen zu reagieren. Angesichts dessen, was wir für die Fortentwicklung des Hochschulpakts vereinbart haben, was wir beim Hochschulbauprogramm HEUREKA vereinbart haben, was wir beim Forschungsprogramm LOEWE vereinbart haben, davon zu sprechen, wir würden dort kürzen – da muss man den Vertrag schon sehr mutwillig falsch lesen, Herr Schäfer-Gümbel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Herr Minister Lorz, Herr Minister Rhein, seien Sie als zuständige Minister für den Kultus- und den Hochschulbereich versichert: Sie haben bei Ihren schwierigen Aufgaben uns GRÜNE an Ihrer Seite. Da ich eine Vermutung habe, wie es in der Schlussphase von Schwarz-Gelb zugegangen ist, füge ich hinzu, dass dies keine Drohung des kleineren Koalitionspartners ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen ein soziales Hessen, in dem alle teilhaben können, Menschen in Not verlässlich geholfen wird und alle dazugehören. Mit dem Sozialbudget schaffen wir es endlich, dass die vielen Initiativen in unserem Land, die sich um Menschen in Not kümmern, die sich um Menschen kümmern, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, die sich um Menschen in schwierigen Lebenslagen kümmern, verlässlich finanziert werden und nicht von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr leben. Das ist ein konkreter Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen mit der Fortsetzung des Bauprogramms und mit der Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe die Wohnungssituation in unserem Bundesland entspannen. Und, zum Mitschreiben: Wir wollen ein Tariftreue- und Vergabegesetz, Herr Schäfer-Gümbel; auch das haben wir vereinbart. Wenn Sie es im Vertrag nicht gefunden haben, sage ich es Ihnen jetzt noch einmal: Wir wollen ein Tariftreue- und Vergabegesetz in Hessen, weil wir anständige Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie auch faire Wettbewerbsbedingungen für den Mittelstand in unserem Land haben wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Habe ich gelesen!)

Wir werden das Gleichberechtigungsgesetz novellieren, um die Förderung von Frauen in unserem Land zu verbessern. Bei all diesen und noch viel mehr Aufgaben wünschen wir Ihnen Erfolg, Fingerspitzengefühl und Fortune, Herr Minister Grütner. Wir werden Sie dabei nach Kräften unterstützen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben und ein verlässlicher Partner für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sein. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich hätte mir vor einem Jahr, vor drei Monaten oder auch vor einem Monat noch nicht träumen lassen, dass die erste Amtshandlung des grünen Ministers für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung die sein wird, die Energiewende gegen den Bundeswirtschaftsminister der SPD zu verteidigen; ich hätte es mir nicht träumen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir setzen uns für kleine und mittlere Unternehmen ein, auch für die Unternehmen, die bislang vielleicht nicht richtig im Fokus der Politik standen, beispielsweise in der Kreativwirtschaft. Wir wissen, dass eine erfolgreiche Energiewende nur dann gelingen kann, wenn wir auch eine Verkehrswende auf den Weg bringen, wenn wir Bussen, Bahnen, Radfahren, Carsharing und dem Zufußgehen eine ganz andere Bedeutung einräumen, als es in unserem Land im Moment der Fall ist.

(Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken übernimmt den Vorsitz.)

Herr Minister Al-Wazir, als stellvertretender Regierungschef und mit den Zuständigkeiten für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung sind Sie in Hessen so etwas wie Sigmar Gabriel auf Bundesebene. Herr Minister Al-Wazir, ich bin mir jetzt schon sicher, Sie werden es sehr viel besser machen als Herr Gabriel auf Bundesebene.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen eine Gesellschaft, in der keiner ausgegrenzt wird und jeder unabhängig von seiner Herkunft leben und lieben kann, wie sie oder er es mag. Dazu gehört eine Willkommenskultur für die Menschen, die in unser Land kommen, weil sie hier qualifizierte Jobs wahrnehmen, aber auch für diejenigen Menschen, die in unser Land kommen, weil sie Schutz vor den Bedingungen in ihrem Land, Schutz vor Vertreibung, Schutz vor Diskriminierung in ihren Heimatländern suchen, auch eine Willkommenskultur für diejenigen Menschen, die Asyl in unserem Land begehren.

Wir wollen die Integrationskonferenz zu einem festen Beratungsgremium der Landesregierung machen, damit wir ein Stück weit wegkommen von dem, was in einzelnen Projekten durchaus erfolgreich begonnen wurde, hin zu einer strukturellen Förderung in unserem gesamten Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen einen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt in Bezug auf die sexuelle Orientierung.

Meine Damen und Herren, ich hoffe sehr, dass wir uns diese Debatten, die zurzeit politisch in Baden-Württemberg über das Coming-out von Schwulen und Lesben in Schulen geführt werden, im Hessischen Landtag ersparen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir sind froh, mit Jo Dreiseitel als Beauftragtem der Landesregierung für Integration und Antidiskriminierung eine in diesen Fragen so erfahrene Person gewonnen zu haben. Lieber Herr Dreiseitel, wer diese Themen als Kommunalpolitiker in der vielfältigen Stadt Rüsselsheim so erfolgreich bearbeitet hat, der wird auch für unser Land Hessen erfolgreich arbeiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen Freiheit und Sicherheit in der richtigen Balance halten und die Rechte unserer Bürgerinnen und Bürger wahren und stärken. Dazu gehört die Verteidigung der Bürgerrechte. Aber es gehört auch eine aktive und gut ausgestattete Polizei dazu, die Bürgerinnen und Bürgern das Sicherheitsgefühl gibt, das sie brauchen.

Zur Polizei gehört auch, dass wir eine Kennzeichnungspflicht auf den Weg bringen, damit, wenn es einmal Probleme gibt – es gibt selten Probleme –, diese Probleme dann auch geklärt werden können, entweder um Beamtinnen und Beamte zu entlasten, was auch manchmal sein kann, oder um Verfehlungen, die es vielleicht vereinzelt gibt, nachgehen zu können. Auch das wollen wir in dieser Legislaturperiode auf den Weg bringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wir werden Konsequenzen aus dem NSU-Skandal ziehen und haben dafür vorgeschlagen, eine Regierungskommission einzusetzen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die die Regierung kontrolliert?)

Herr Schäfer-Gümbel, hier bitte ich einfach darum: Was ist an dem Ansatz falsch, wenn wir sagen, wir wollen das Problem angehen, wir wollen eine Kommission einsetzen, wir wollen einen konkreten Vorschlag machen und dann über diesen Vorschlag mit den anderen Fraktionen im Haus reden? Was ist daran eigentlich falsch? Wieso müssen wir auch bei diesem Thema über die Form streiten, statt über den Inhalt zu debattieren, Herr Schäfer-Gümbel? Ich befreie es nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist unglaublich! Genau das ist doch das Problem!)

– Was ist das Problem?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ihre Art, mit dem Thema umzugehen! Wir haben Sie um Gespräche gebeten, und Sie haben Gespräche zurückgewiesen! Ich will es nur noch einmal dokumentieren!)

– Herr Schäfer-Gümbel, wir haben kein Gespräch zurückgewiesen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Doch!)

Nein, wir haben gesagt: Wir wollen gemeinsam mit Ihnen den Dialog suchen. Das wollen wir machen.

(Nancy Faeser (SPD): Das steht ausdrücklich nicht darin!)

Herr Schäfer-Gümbel, Sie vermuten und lesen im Koalitionsvertrag Sachen, die darin nicht stehen.

(Nancy Faeser (SPD): Das hat mit dem Koalitionsvertrag nichts zu tun, sondern in dem Schreiben, das Sie uns geschickt haben, steht es nicht drin!)

– In dem Schreiben steht, dass wir auf der Grundlage eines Konzepts mit Ihnen reden wollen. Was ist daran eigentlich falsch?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Nancy Faeser und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Wir wollen das Quorum in der Härtefallkommission senken, um Menschen in Not in Einzelfällen humanitär helfen zu können. Der Verfassungskonvent ist heute schon angesprochen worden. All diese Bereiche, die ich erwähnt habe, fallen in die Verantwortung von Frau Ministerin Kühne-Hörmann und Herrn Minister Beuth. Wir wissen, angesichts der Herausforderungen unserer Zeit wird das nicht einfach, was Sie vor sich haben. Aber gemeinsam mit Ihnen wollen wir diese Themen bearbeiten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die GRÜNEN waren immer große Anhänger von Frau Kühne-Hörmann!)

Meine Damen und Herren, wir haben uns vorgenommen, am Ende dieser fünf Jahre den ersten Haushalt in der Geschichte unseres Bundeslandes ohne neue Schulden vorzulegen, zum ersten Mal seit 50 Jahren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen dabei unsere Kommunen fair finanzieren, nicht nur schauen, wie sich das Land die Haushaltslage gestalten kann, sondern auch Verantwortung für die Kommunen übernehmen. Wir wissen, dass dafür schwierige Entscheidungen notwendig sein werden. Ich gehe später noch darauf ein. Wir wissen auch, dass die Einnahmen- und die Ausgabenseite dazu gehören. Beides gehört zusammen, die Einnahmenseite und die Ausgabenseite.

Herr Minister Schäfer, ich könnte es mir einfach machen und sagen: Einer muss für das Geld zuständig sein, die Aufgaben würden wir gerne Ihnen überlassen. – So einfach machen wir es uns nicht. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen dieses große Ziel eines Haushalts ohne neue Schulden erreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, eine Regierung kann nicht funktionieren ohne eine Person, die das Ganze zusammenhält, die die Regierungsgeschäfte leitet und in den gebotenen kurzen Strichen erklärt.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

– In den gebotenen kurzen Strichen. – Herr Ministerpräsident Bouffier, Ihnen und den Ministern Puttrich und Wintermeyer an Ihrer Seite in der Staatskanzlei eine allseits glückliche Hand für unser Bundesland.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Frau Putt-

rich sollte doch letztes Jahr noch zurücktreten! Ganz schön elastisch, diese GRÜNEN!

Mit dieser Regierung und den Fraktionen von CDU und GRÜNEN wollen wir Hessen grüner und gerechter machen. Aber, und das sage ich, Frau Wissler, auch an die Kolleginnen und Kollegen der Opposition: Wir sind uns selbst nicht genug. Wir reichen die Hand, um Dinge mit Ihnen gemeinsam zu gestalten. Wir wollen den ernst gemeinten Dialog. Wir wollen einen runden Tisch für Kinderbetreuung. Wir wollen über den Schulfrieden gemeinsam mit Ihnen reden. Wir wollen über den Verfassungskonvent sprechen, und wir wollen eine Fortsetzung des Energiegipfels für den Verkehrsbereich.

Meine Damen und Herren, hier verstehe ich die Reaktionen der Opposition nicht. Was ist daran falsch, wenn wir Sie in diesen Prozess einbinden? Was hätten Sie denn gesagt, wenn wir es anders gemacht hätten, wenn wir in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben hätten: „So ist es, so wird es durchgestimmt, und was andere dazu sagen, ist uns egal“? Das haben wir nicht gemacht, weil gerade wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der Opposition wissen, was es für eine Erfahrung in der Opposition ist und dass es manchmal schlauer ist, zu versuchen, das ganze Haus zu einen. Was ist an diesem Ansatz eigentlich falsch?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wieso erwarten Sie von diesen Gesprächsangeboten, ohne dass bislang der konkrete Vorschlag vorliegt, nur Schlechtes? Herr Schäfer-Gümbel, ich habe bei Ihrer Rede genau zugehört. Sie unterstellen uns Sachen, wir wollten mit dem Schulfrieden irgendetwas diktieren, wir wollten Sie bei der NSU-Kommission nicht richtig einbinden, wir würden es beim Kinderförderungsgesetz nicht ernst meinen, wir würden den Verfassungskonvent nur als Showveranstaltung machen. Wie kommen Sie darauf, dass wir dieses Dialogangebot nicht ernst meinen?

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Dann sagen Sie, wenn die Regierungsfractionen und die Regierung Ihnen Gesprächsangebote machen, das sei eine Politik der langen Bank. Auch da frage ich wieder: Wenn wir es denn anders gemacht hätten, wenn wir es denn alleine gemacht hätten, dann wäre für Sie die Rolle der Reservebank geblieben. Wäre Ihnen das lieber gewesen? Ich glaube, auch nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Damit bin ich bei den Punkten, die Herr Schäfer-Gümbel in seiner Rede angesprochen und die er an dieser Koalition kritisiert hat. Ich will sehr genau darauf eingehen; denn ich finde den Ansatz von Herrn Schäfer-Gümbel, Politik lebt von Alternativen und von der Auseinandersetzung über Alternativen, ausdrücklich richtig.

Es ist keine Margaret-Thatcher-Koalition. Wir erinnern uns an Margaret Thatchers TINA-Politik: **There is no alternative.** – Nein, es gibt immer eine Alternative in der Politik. Das ist völlig richtig. Darüber sollten wir auch debattieren.

Herr Schäfer-Gümbel, aber vielleicht könnten wir uns nach drei oder vier Wochen dieses Spielchen sparen: Was habt ihr vor drei Wochen vertreten, oder was habt ihr vor einem Jahr vertreten? – Ich habe eingangs schon einmal erwähnt,

das können wir wunderbar machen. Wir holen Ihre alten Beschlüsse aus Berlin heraus, was Sie vor der Großen Koalition gesagt haben, und halten Ihnen das alles vor. Herr Schäfer-Gümbel, wir alle wissen, wir sind unterschiedliche Parteien, wenn wir in Koalitionen gehen. Wir bleiben unterschiedliche Parteien, wenn wir in Koalitionen gehen. Und wir müssen Kompromisse machen. Wenn das Ihre einzige Freude bleiben sollte, uns das in den nächsten fünf Jahren vorzuwerfen,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nee!)

dann ist uns nicht bange vor dem Regierungsgeschäft in unserem Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Sie werfen uns vor, der Koalitionsvertrag sei zu unkonkret. Dann machen wir doch jetzt einmal eine Blindverkostung. Ich lese Ihnen einmal drei Passagen aus dem Koalitionsvertrag vor:

Mit einer gezielten Förderung der Kinder unter Einbeziehung der Eltern, dem weiteren Ausbau von Kitas zu Eltern-Kind-Zentren und der Einbindung von älteren Menschen in die Arbeit von Kindertageseinrichtungen für ein generationenübergreifendes Miteinander wird die frühkindliche Bildung qualitativ ausgebaut.

Nächstes Zitat:

Angesichts des rasanten gesellschaftlichen Wandels (Demografie, Digitalisierung, Integration etc.) sollte die kulturelle Infrastruktur in Deutschland fortentwickelt, modernisiert und an die neuen Herausforderungen angepasst werden.

Drittes Zitat, mein absolutes Highlight:

Die Zeiten sind nicht einfach. Doch die Vergangenheit hat gezeigt, dass wir in Sachsen schwierige Situationen erfolgreich meistern. Das gibt uns die Kraft und Zuversicht für neue Herausforderungen.

Herr Schäfer-Gümbel, ich bekenne mich voll schuldig im Sinne der Anklage: wahnsinnig unkonkrete Aussagen eines Koalitionsvertrages. – Keine Aussage aus dem Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün in Hessen: Das Erste war die rot-rote Koalition in Brandenburg als Grußadresse an die Kolleginnen und Kollegen der LINKEN. Das Zweite war der Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Berlin. Und das Dritte war Sachsen unter Schwarz-Gelb – eine solche Koalition haben wir noch.

Ja, Koalitionsverträge sind manchmal unkonkret. Ist das der einzige Gegenstand der Auseinandersetzung im Hessischen Landtag?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Dann wird es spannend im Sinne der Alternativen bei der Haushaltspolitik, Herr Schäfer-Gümbel. Was haben wir da an Vorwürfen: Wir haben zu wenig gespart mit dem, was wir im Koalitionsvertrag vorhaben; wir haben gleichzeitig an den falschen Stellen gespart, und wir haben zu viel beim Personal gespart.

Das kann alles ja richtig sein. Aber eine Frage ersparen wir den LINKEN, der SPD und der FDP nicht, ganz im Sinne

von dem, was Thorsten Schäfer-Gümbel gesagt hat: Was ist Ihre Alternative?

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Benennen Sie die Alternative zu dieser Politik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Es gibt immer Alternativen zu dieser Politik.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das stimmt!)

Nur haben wir in der Haushaltspolitik nicht so wahnsinnig viele Stellschrauben. Da würde mich schon die Antwort interessieren. Eine Stellschraube war über Jahrzehnte: Wir machen einfach Schulden und lösen die Konflikte nicht im Hier und Jetzt. – Das steht nicht mehr zur Verfügung.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Die andere Möglichkeit ist, man spart auf der Ausgabenseite, anders, als wir das vorgeschlagen haben. Da bin ich sehr gespannt, ob es Vorschläge gibt, ob man das anders machen kann. Wir werden jeden einzelnen prüfen. Das sage ich Ihnen jetzt schon zu. Aber es muss am Ende halt auch eine Summe zusammenkommen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die GRÜNEN haben immer gesagt: Einnahmeerhöhung!)

Herr Schäfer-Gümbel – Frau Wissler, darin sind wir uns ja einig –, der dritte Weg sind die Einnahmeerhöhungen. Ich sage sehr deutlich, wir erhöhen die Grunderwerbsteuer in Hessen. Wo sind denn die angekündigten Steuererhöhungen der SPD auf Bundesebene? – Sie haben die nicht durchgesetzt. Wir hätten uns sehr gefreut, wenn Sie da geliefert hätten, Herr Schäfer-Gümbel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD), zu Abgeordneten der CDU gewandt: Wer hat sie denn abgelehnt? – Gegenrufe von der CDU)

– Auch das finde ich jetzt einen unfairen Vorwurf. Gönn doch der CDU einmal, dass sie entscheiden kann,

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

welcher Koalitionspartner ihr besser gefällt: die SPD auf Bundesebene oder die GRÜNEN in Hessen. Ich freue mich immer, wenn ihr die GRÜNEN in Hessen besser gefallen als die SPD auf Bundesebene. Insofern vielen Dank für die Unterstützung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Einen Vorwurf kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Herr Schäfer-Gümbel, Sie tragen den immer vor.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Reden Sie eigentlich noch einmal über Ihre eigene Politik? – Gegenruf des Abg. Manfred Pentz (CDU): Im Gegensatz zu Ihnen!)

– Herr Schäfer-Gümbel, ich rede die ganze Zeit über unsere Politik. Deshalb möchte ich sehr konkret über das Thema Gerechtigkeit und Soziales reden. Sie sagen immer, im Koalitionsvertrag stünde zu diesen Themen nichts.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wenig!)

Ich muss Ihnen sagen, ich kann das absolut nicht nachvollziehen. Herr Schäfer-Gümbel, darin steht das Sozialbudget. Darin steht, dass wir uns um die Frühförderung in den Kitas und Schulen kümmern wollen. Darin steht, dass wir zusätzlich 10 Millionen € für die Kitas ausgeben wollen. Darin steht, dass wir eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für jede Grundschülerin und für jeden Grundschüler verwirklichen wollen.

Wir wollen den flexiblen Schulanfang auf den Weg bringen, um Kinder von Anfang an früh fördern zu können, gerade aus benachteiligten Haushalten. Wir wollen die Lehrerzuweisung nach Sozialindex verdoppeln, 600 Stellen, die ausschließlich für das Thema mehr soziale Gerechtigkeit im Bildungswesen zur Verfügung stehen. Wie kommen Sie darauf, dass das Thema soziale Gerechtigkeit in diesem Koalitionsvertrag nicht verankert wäre?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen mehr Möglichkeiten für längeres gemeinsames Lernen. Wir wollen Migrantinnen und Migranten besser fördern. Herr Schäfer-Gümbel, wir haben das große Ziel als schwarz-grüne Koalition, jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung zu ermöglichen, damit jeder junge Mensch im Anschluss an die Schule die Erfahrung macht: Ich werde gebraucht, ich habe eine Ausbildung, ich bin qualifiziert für den Arbeitsmarkt. – Wie kann man dann davon reden, wir würden uns nicht um soziale Gerechtigkeit in diesem Koalitionsvertrag kümmern?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen. Ich habe darüber gesprochen: Wir wollen die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe, um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, auf die teilweise angespannte Wohnraumsituation zu reagieren. – Und weil Sie es gefragt haben, sage ich es noch einmal: Wir wollen ein Tariftreue- und Vergabegesetz. – Ich kann nicht feststellen, wo sich dieser Koalitionsvertrag dem Thema soziale Gerechtigkeit nicht widmen würde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Herr Schäfer-Gümbel, wir schätzen die soziale Kompetenz der SPD. Wir wissen auch, was die SPD in den 150 Jahren ihres Bestehens für soziale Gerechtigkeit, für kleine Menschen, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Lande getan hat. Aber ich habe eine herzliche Bitte: Bloß weil die SPD nicht an einer Regierung beteiligt ist, heißt das nicht zwangsläufig, dass diese Regierung keine soziale Politik macht, Herr Thorsten Schäfer-Gümbel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Beim Thema Flughafen wird es schon unübersichtlich mit der Opposition, muss ich ehrlich sagen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das stimmt! – Janine Wissler (DIE LINKE): Außer mit uns!)

– Frau Wissler, bei den LINKEN ist immer alles einfach. Das würde ich nie bestreiten. So einfach wie Sie hätte ich es auch manchmal gern. Da bekenne ich mich schuldig.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Die FDP sagt: Die CDU hat sich von den GRÜNEN beim Thema Flughafen über den Tisch ziehen lassen.

(René Rock (FDP): Das ist auch so!)

Die Linkspartei sagt: Die GRÜNEN haben sich von der CDU beim Thema Flughafen über den Tisch ziehen lassen. – Und die SPD sagt: Beides stimmt irgendwie, Hauptsache, drauf auf die Regierung.

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Lage könnte man vielleicht auf die Idee kommen, dass es CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gelungen ist, in dieser schwierigen Frage tatsächlich einen Kompromiss zu finden. Auf diese Idee könnte man dann ja kommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Es ist ein Kompromiss, der uns als GRÜNEN viel abverlangt. Wir wissen, dass sieben Stunden Lärmpause in der Nacht weniger sind als acht Stunden. Das ist uns sehr bewusst. Aber wir wissen eben auch, dass sieben Stunden mehr sind als sechs Stunden und dass es sich lohnt, für jede Minute Nachtruhe für mehr Lärmschutz für die Menschen in dieser Region zu streiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir stellen uns den Erwartungen der Menschen rund um den Flughafen, die mehr Schutz vor Fluglärm wollen. Wir suchen mit ihnen das Gespräch. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, eines geht nicht: Das ist, dass Sie als Ausbaubefürworterpartei uns vorwerfen, wir würden nicht genug für den Lärmschutz tun. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, das geht so nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Sie waren immer glühende Befürworter der Nordwestbahn. Sie haben unsere Forderung nach einer Ausweitung des Nachtflugverbotes nie geteilt. Jetzt fangen Sie an, uns an etwas zu messen, was Sie nie wollten. Das ist Oppositionsrhetorik. Mit der Sache hat das nicht mehr viel zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren der SPD, Sie sind eingeladen, mit uns gemeinsam an dem Ziel „sieben Stunden Nachtruhe“ zu arbeiten, wenn Sie es denn jetzt teilen. Das wird ein harter Kampf werden. Da werden viele Auseinandersetzungen zu führen sein. Es werden viele schwierige Gespräche zu führen sein.

Wir wüssten jetzt von Ihrer Seite einmal gerne: Sind Sie jetzt an unserer Seite, wenn es um mehr Lärmschutz geht, wenn es um sieben Stunden Nachtruhe geht, oder sagen Sie: „Das ist wirtschaftlich nicht zu verantworten“? Ich habe aus der Rede des Herrn Kollegen Schäfer-Gümbel nicht so genau heraushören können,

(Nancy Faeser (SPD): Herr Wagner, wir haben morgen die Debatte dazu!)

was jetzt eigentlich die Position der SPD in dieser Frage ist.

Damit sind wir bei spannenden Fragen: Wie wird es in diesem Hessischen Landtag in den nächsten Jahren sein? Wie werden sich die Fraktionen aufstellen? – Ich habe in groben Strichen erläutert, wie die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit dem Koalitionspartner CDU dieses Land gestalten wollen, wie wir Hessen grüner und gerechter machen wollen.

Aber ich frage mich natürlich – auch das ist spannend –: Wie werden sich die Mitglieder der Opposition zu dieser lagerübergreifenden Koalition verhalten? – Ich habe in den Zeitungen gelesen, das sei die Olé-Opposition. Das ist nach den Farben der spanischen Fahne benannt: rot, gelb, rot. Es ist also die Olé-Opposition.

Herr Kollege Rentsch, wie wird das denn sein? Werden Sie der CDU in den nächsten Jahren vorwerfen: „Bloß weil ihr euch mit den GRÜNEN eingelassen habt, droht jetzt in Hessen der Niedergang des Kapitalismus, die CDU verrät die Interessen der Wirtschaft“? – Frau Kollegin Wissler von der Partei DIE LINKE, wie wird das sein? Werden Sie sagen: „Weil ihr GRÜNEN euch mit der CDU eingelassen habt, ist der Sozialismus in noch weitere Ferne gerückt“?

(Heiterkeit bei der LINKEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): Jetzt überschätzt euch einmal nicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, wie wird das sein? Wie werden Sie sich zwischen diesen Kassandraruhen, „Niedergang des Kapitalismus“ auf der einen Seite und „Niedergang des Sozialismus“ auf der anderen Seite, verhalten? Werden Sie irgendwo dazwischen sein, einmal so und einmal so? Ich finde, das ist alles sehr spannend.

Ich kann nur eines sagen: Wenn es in diesem Hessischen Landtag so sein wird, dass die Mitglieder der FDP den Kapitalismus bedroht sehen und die Mitglieder der Partei DIE LINKE gleichzeitig den Sozialismus bedroht sehen, dann sind wir mit Schwarz-Grün auf einem verdammt guten Weg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir sind für die bessere Idee, den klügeren Vorschlag und Alternativen offen. Ich glaube, diese lagerübergreifende Koalition bietet sehr viel Raum, Sachen neu zu denken und neue Vorschläge zu machen. Aber wir werden diese Vorschläge auch einfordern. Wir werden den neuen Stil selbst pflegen und von anderen erwarten. Wir wollen dann über konkrete Vorschläge und nicht mehr so sehr über Sprüche reden.

Auch das wäre ein Beitrag einer lagerübergreifenden Koalition für die politische Kultur, dass man sich nämlich im Hessischen Landtag wieder besser zuhört, dass entscheidend ist, was gesagt wird, und nicht mehr, wer es sagt, und dass wir im Landtag um Inhalte und nicht um Parolen streiten oder jahrzehntelang bestehenden Parteienstreit immer wieder neu aufbrühen. Das könnte eine Chance aufgrund dieser Koalition sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn uns das alles gelingen wird, dann werden wir, so glaube ich, verdammt viel erreicht haben, auch für die politische Kultur in diesem Haus und in Hessen.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne: Es geht los, machen wir uns an die Arbeit. Packen wir es mit Volker Bouffier, Tarek Al-Wazir, dem gesamten Kabinett, mit den

Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und, ja, auch mit den Kolleginnen und Kollegen der Opposition, wenn sie es denn wollen, an. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Herr Wagner, vielen Dank. – Für die Fraktion DIE LINKE spricht ihre Vorsitzende, Janine Wissler.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, man muss es erst einmal schaffen, so lange zu reden und dabei so wenig zu sagen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Aber das passt zum schwarz-grünen Koalitionsvertrag: Viele drängende Themen werden vertagt, weil man sich nicht einigen konnte. Es ist ein Koalitionsvertrag im Konjunktiv. Etwa 50-mal kommt das Wort „prüfen“ vor. Es sollen Kommissionen ernannt, Konvente berufen und Gipfel abgehalten werden. Es soll einen runden Tisch zur Kinderbetreuung, einen Bildungsgipfel, einen Verfassungskonvent, eine Kommission „Hessen hat Familiensinn“, wie wir heute gehört haben, und einen Verkehrsgipfel geben.

Herr Ministerpräsident, nach den Erfahrungen mit dem Energiegipfel sage ich Ihnen jetzt schon: An Alibiveranstaltungen, die einzig dazu dienen, der Landesregierung das Mäntelchen der Partizipation und der Dialogfähigkeit umzuhängen, werden wir uns nicht beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wird alles Geld kosten. Vor allem wird es auch Lebenszeit kosten, ähnlich wie es im Übrigen bei überlangen, nichtssagenden Regierungserklärungen der Fall ist.

Nun gibt es in Hessen die erste schwarz-grüne Landesregierung in einem Flächenland. Herr Al-Wazir, dazu muss ich schon sagen: Es ist ein Treppenwitz, dass Sie landauf, landab im Wahlkampf erklärt haben: Wer DIE LINKE wählt, wacht mit Bouffier auf. – Jetzt sind Sie es, jetzt sind es die GRÜNEN, die sich in Hessen zum Steigbügelhalter für Bouffier und die hessische CDU gemacht haben.

Am 18. Januar 2013 haben die GRÜNEN Volker Bouffier zum Rücktritt aufgefordert. Am 18. Januar 2014 haben sie ihn zum Ministerpräsidenten gewählt. Ich glaube, das nennt man ein Rückgrat wie Wackelpudding.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Lothar Quanz (SPD) und Florian Rentsch (FDP))

Das geschieht ausgerechnet in Hessen. Die hessische CDU steht für Skandale, schwarze Kassen und ausländerfeindliche Wahlkämpfe.

(Holger Bellino (CDU): Wo denn?)

Vor der Wahl nannte Tarek Al-Wazir den Ministerpräsidenten einen „Rechtspopulisten“. Er nannte ihn einen „Rechtspopulisten“. Herr Al-Wazir, jetzt stellt sich die Frage: Gilt das, was Sie vor der Wahl gesagt haben, nach der Wahl nicht mehr, oder regieren Sie jetzt mit jemandem,

den Sie für einen Rechtspopulisten halten? – Diese Frage stellt sich nämlich.

Im Wahlprogramm der GRÜNEN ist nachzulesen – ich zitiere –:

15 Jahre schwarz-gelbe Politik haben Hessen zur Beute von CDU und FDP werden lassen.

Aber anstatt der CDU diese Beute zu entreißen, um das einmal mit Ihren Worten zu sagen, gründen Sie jetzt einfach eine neue Beutegemeinschaft. Nichts anderes haben Sie mit diesem Koalitionsvertrag getan.

(Beifall bei der LINKEN)

Elfmal kann man im Wahlprogramm der GRÜNEN nachlesen, die CDU-geführte Landesregierung sei „erschöpft und verbraucht“. Nun verstehen sich die GRÜNEN offensichtlich als Frischzellenkur, um die müden Christdemokraten in Hessen wieder etwas munterer zu machen. Oder wie sollen wir das verstehen?

Durch diese erste schwarz-grüne Koalition gibt es für den Ministerpräsidenten die Möglichkeit, sich in die Geschichtsbücher einzutragen, ohne dass er dafür irgendwelche eigenen Ideen oder gar Zukunftskonzepte entwickeln müsste.

Meine Damen und Herren, allein in der letzten Wahlperiode gab es drei Untersuchungsausschüsse. Jetzt dürfen die Verantwortlichen für all diese Skandale dank der GRÜNEN einfach weiterregieren. Denn die Skandaltruppe der letzten Jahre gehört größtenteils auch dem neuen Kabinett wieder an:

Boris Rhein, der als Innenminister für rechtswidrige Personalentscheidungen und für die Aushöhlung des Demonstrationsrechts bei Blockupy verantwortlich war, ist jetzt Wissenschaftsminister. Was ihn dafür qualifiziert, bleibt das Geheimnis des Ministerpräsidenten. Ich bin der Meinung, dass die Wissenschaftspolitik und die Hochschulen in diesem Land viel zu wichtig sind, um in Ungnade gefallene Minister zwecks Degradierung dahin abzuschieben. Das haben die hessischen Hochschulen wirklich nicht verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

Die bisherige Wissenschaftsministerin Eva Kühne-Hörmann darf jetzt als Justizministerin weiter vor sich hinstürzen.

Die bisherige Umweltministerin, die zu verantworten hat, dass die Abschaltung des Atomkraftwerks in Biblis so stümperhaft vollzogen wurde, dass RWE jetzt Schadenersatz in Millionenhöhe vom Land einklagen kann, darf Hessen zukünftig im Bund und in Europa vertreten. Am 28. Februar letzten Jahres – Herr Wagner, das ist nicht mal ein Jahr her – haben die GRÜNEN Frau Puttrich mit einem Antrag zum Rücktritt aufgefordert. Jetzt sitzt man gemeinsam am Kabinetttisch. Ich finde es schon bemerkenswert, wie zwei Plätze auf der Regierungsbank ein derart beschädigtes Vertrauensverhältnis so schnell wieder kitten können.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Ich halte es für ein Armutszeugnis – das ist bereits angesprochen worden –, dass von 22 Regierungsmitgliedern nur fünf weiblich sind. Vor allem, wenn man noch in den Koalitionsvertrag schreibt, dass man mehr Frauen in Führungspositionen will, sollte man wenigstens mit gutem

Beispiel vorangehen und dieses Vorhaben nicht schon mit der ersten Entscheidung konterkarieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das neue Kabinett ist größtenteils das alte, und das ist seitens der CDU auch nur konsequent. Denn wenn sich an der Politik nur wenig ändert, dann muss man auch das Personal nicht austauschen. Wer sich den Koalitionsvertrag anschaut, stellt fest, dass es an vielen Stellen eine Fortsetzung der bisherigen schwarz-gelben Politik gibt.

(Ministerpräsident Volker Bouffier führt ein Gespräch.)

– Herr Ministerpräsident, ich finde es langsam etwas störend. Wer selbst eineinhalb Stunden redet, der muss am Ende auch fünf Stunden zuhören; das haben Sie jetzt davon. Reden Sie nicht so lange, dann brauchen Sie danach auch nicht so lange zuzuhören.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Hugo Klein (Freigericht) (CDU): Wer nur Worthülsen von sich gibt!)

– Herr Klein, das ist eine sehr mutige Aussage nach der Regierungserklärung.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE), zu Abg. Hugo Klein (Freigericht) (CDU) gewandt: Dafür kriegen Sie noch Prügel!)

Dass von diesem Koalitionsvertrag keine Veränderung zu erwarten ist, das zeigt sich schon am Titel, den der Koalitionsvertrag trägt: „Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen“. Von Veränderung oder gar von Politikwechsel, den die GRÜNEN vor der Wahl angekündigt haben, überhaupt keine Spur. Perspektiven zu eröffnen, das heißt nicht einmal, etwas zu verändern. Das heißt gerade mal, dass man vielleicht eruiert, ob irgendwann vielleicht einmal irgendetwas geändert werden könnte.

Ich finde, das hat Jens Schneider in einem Kommentar in der „Süddeutschen“ sehr gut auf den Punkt gebracht. Er schreibt, die Beschlüsse von Schwarz-Grün seien „erbärmlich“, und das Einzige, was sich verändert habe, seien die GRÜNEN selbst. Sie würden sich die CDU schönreden, „ausgerechnet die männerbündisch verschlossene, biedere hessische Union“. Die GRÜNEN hätten sich politisch selbst entkernt und stünden „als Karikatur dessen da, was diese Partei einmal ausmachte und wofür sie einst gegründet wurde“.

(Minister Tarek Al-Wazir: Der wurde vor dem Koalitionsvertrag geschrieben!)

Er kommt zu dem Schluss:

Für ein paar Krümel Verbesserung braucht man die GRÜNEN nicht; das kann die CDU alleine. Die GRÜNEN haben sich zum Ornament für den modernen bürgerlichen Lebensstil reduziert. ... All jene, die sich gegen den Lauf der Dinge stellen wollen, werden sich neue Ansprechpartner suchen müssen, ob es nun um den Flughafen geht oder um die Energiewende.

Ich finde, treffender kann man das kaum ausdrücken.

(Beifall bei der LINKEN)

Tarek Al-Wazir hat in einem Interview gesagt, es werde sich zeigen, ob die hessischen GRÜNEN als Helden oder als Deppen in die Geschichte eingehen. Herr Minister, ich

sage ganz ehrlich: Wir haben dazu bereits eine Arbeitshypothese.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, statt konkrete Vorhaben zu präsentieren, haben Sie an vielen Stellen wieder Schönfärberei betrieben. Ihre Botschaft ist: Hessen ist ein starkes Land, Hessen geht es gut, alles ist in Butter. – Das stimmt, allerdings nur für einen Teil von Hessen. Das blendet die Lebensrealität vieler Menschen in diesem Land völlig aus. Herr Ministerpräsident, wenn Sie über die niedrige Erwerbslosenquote reden und diese bejubeln, dann sollten Sie hinzufügen, dass über 300.000 Menschen in diesem Land zu Niedriglöhnen arbeiten, dass mittlerweile jede dritte Frau im Niedriglohnssektor beschäftigt ist, dass immer mehr Menschen trotz Vollzeitjob gezwungen sind, ihre niedrigen Einkommen aufzustocken, dass prekäre Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, Minijobs, Midijobs immer stärker um sich greifen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist falsch, weniger!)

Laut einer Studie lebt jedes fünfte Kind in Hessen in Armut, und damit liegt Hessen über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder. Das hat natürlich auch etwas mit der Deregulierung des Arbeitsmarktes zu tun und damit, dass die regulären Beschäftigungsverhältnisse immer weiter verdrängt werden.

Es gibt das wachsende Problem der Altersarmut in Hessen. Sie reden überhaupt nicht darüber, dass viele Menschen von ihrer Rente nicht mehr leben können.

Im Koalitionsvertrag finden sich, wenn überhaupt, nur sehr vage Aussagen zum Thema gute Arbeit. Es ist richtig, es wird ein Tarifreue- und Vergabegesetz angekündigt. Aber es gibt eben keine klaren Eckpunkte dafür, und vor allem fehlt eine verbindliche Aussage für die Einführung eines vergabespezifischen Mindestlohns völlig. Herr Wagner, das kommt im Koalitionsvertrag leider nicht vor.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo wird der auf Landesebene geregelt?)

– Ich zeige Ihnen noch einmal die Gesetzentwürfe, die wir in den letzten Jahren diskutiert haben, und wie Sie da gestimmt haben.

Wir als LINKE sind der Meinung, dass Unternehmen, die nicht ausbilden, die Lohndumping betreiben und Umweltstandards unterlaufen, nicht noch durch öffentliche Aufträge belohnt werden dürfen. Deswegen brauchen wir ein vernünftiges Tarifreue- und Vergabegesetz. Herr Wagner, natürlich kann man darin einen vergabespezifischen Mindestlohn festlegen. Das haben mittlerweile ganz viele Bundesländer gemacht, sogar Bundesländer, in denen Sie regieren.

(Beifall bei der LINKEN – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bundeseinheitlich!)

Der DGB bezeichnet den Koalitionsvertrag als „sehr enttäuschend“. Wörtlich:

Insgesamt vermittelt der Koalitionsvertrag den Eindruck, dass die Interessen der abhängig Beschäftigten für Schwarz-Grün keine große Bedeutung haben.

Man kann sagen, dass gilt ganz besonders für die Landesbeschäftigten. Denn im öffentlichen Dienst wird es massi-

ve Verschlechterungen geben, 3.000 bis 4.000 Stellen sollen gestrichen werden. Da frage ich: Herr Ministerpräsident, was sagt das eigentlich über Ihre Wertschätzung gegenüber der Landesverwaltung aus? Da helfen auch die warmen Worte in einer Regierungserklärung nicht, dass Sie die Landesverwaltung schätzen, dass Sie der Polizei sagen, dass sie einen tollen Job macht, wenn Sie gleichzeitig erklären, dass Tausende von ihnen verzichtbar sind, und dann noch bei ihren Gehältern sparen wollen. Da helfen keine warmen Worte, wenn Sie so eine Politik gegen die Beschäftigten des Landes machen.

Die Beamten müssen faktisch eine Reallohnsenkung hinnehmen. Auch die Reduzierung der 42-Stunden-Woche auf 41 Stunden ist eine Mogelpackung, weil es überhaupt keinen Personalausgleich gibt. Das heißt, es läuft auf eine Verdichtung der Arbeit hinaus.

Ich halte es schon für einen Skandal, dass das Land Hessen auch unter Schwarz-Grün nicht in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zurückkehrt,

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Turgut Yüksel (SPD))

und das, obwohl die GRÜNEN das im Wahlprogramm ausdrücklich gefordert haben. Das ist Politik nach Gutsherrenart. Statt weiterer Kürzungen im Bereich der Landesbeschäftigten fordern wir die Rückkehr des Landes in die TdL, und wir fordern die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte im öffentlichen Dienst. Die sind in den letzten Jahren immer weiter abgebaut worden, und dazu findet sich wirklich kein Wort in diesem ganzen Koalitionsvertrag.

Meine Damen und Herren, eine Haushaltssanierung auf Kosten der Beschäftigten lehnen wir ab. Die öffentlichen Haushalte sind durch die Steuersenkungen seit 1999, die vor allem den reichen Haushalten und den Unternehmen zugutegekommen sind, völlig unterfinanziert. Dabei gibt es genug Geld in diesem Land. Eine aktuelle Untersuchung zeigt, dass die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsteuer zu Mehreinnahmen von 1,9 Milliarden € in Hessen führen würden. Auf dieses Geld verzichten wir, um die Reichen zu schützen. Das halte ich für ein riesiges Problem.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei würde die Vermögensteuer überhaupt niemandem wehtun, auch das muss man ganz klar sagen. Die hohen Vermögen sind in den letzten Jahren um 8 bis 10 % gestiegen – jährlich, Herr Boddenberg.

(Michael Boddenberg (CDU): Meines nicht! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Sie sind der Leidtragende, Herr Boddenberg!)

Damit würde die Wiedereinführung einer Vermögensteuer von 1 %, wie wir fordern, nicht zu einem Schrumpfen von Vermögen führen. Das würde nicht einmal dazu führen, dass Vermögen nicht weiter anwachsen würden. Es würde lediglich dazu führen, dass Vermögen langsamer wachsen würden. Deswegen sind wir der Meinung, wir müssen dringend etwas auf der Einnahmeseite machen; und da macht Schwarz-Grün fast nichts. Dabei waren es doch die GRÜNEN, die vor der Wahl erklärt haben, man könne die Schuldenbremse gar nicht einhalten, wenn es keine Einnahmeerhöhung gebe; 1 Milliarde € ließen sich nicht aus dem Haushalt verkürzen. – Das ist vollkommen richtig.

Aber anstatt sich auf der Bundesebene für höhere Einnahmen einzusetzen, wurde eine gerechte Steuerpolitik verhindert. – Herr Wagner, natürlich war der Ministerpräsident maßgeblich daran beteiligt, dass es eben keine Umverteilung von Reichtum gibt, die wir so dringend bräuchten.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb heißt es jetzt: kürzen, kürzen, kürzen, vor allem auf Kosten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, durch Arbeitsplatzabbau, durch Arbeitsverdichtungen und Reallohnverluste. Genau davor haben der DGB, die Sozialverbände und DIE LINKE bei der Einführung der Schuldenbremse gewarnt.

Herr Ministerpräsident, Sie sprechen immer gern von Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Aber es ist doch nicht im Sinne von kommenden Generationen, dass wir ihnen eine völlig marode Infrastruktur hinterlassen. Wir sollten auch nicht vergessen, dass Schulden und Reichtum zwei Seiten einer Medaille sind. Deswegen handelt es sich hier mitnichten um einen Generationenkonflikt, wie es gerne dargestellt wird, sondern es geht um einen Verteilungskonflikt. Die Grenze verläuft nicht zwischen Jung und Alt, dieser Generation und der nächsten, sondern zwischen oben und unten. Es gibt eine zutiefst ungerechte Verteilung von Reichtum in der Gesellschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun haben die GRÜNEN erreicht – das will ich ausdrücklich zugestehen –, dass im Sozialbereich 18 Millionen € mehr zur Verfügung stehen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, ebenso die Verdoppelung der Mittel für die Soziokultur. Aber anstatt dass Sie sich dafür loben, dass jetzt Schuldnerberatungen, Frauenhäuser und andere soziale Einrichtungen stärker unterstützt werden, sollten Sie sich lieber dafür entschuldigen, dass Sie genau diese Einrichtungen mit den Kürzungen im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ in größte Existenznot gebracht haben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der SPD: Das ist wohl wahr!)

Nicht alle Einrichtungen haben die Kürzungen überlebt.

Wir brauchen eine bessere Ausstattung der Kommunen. Leere Kassen und der sogenannte Kommunale Schuttschirm gefährden die kommunale Selbstverwaltung und demokratische Entscheidungsprozesse. Der Privatisierungsdruck ist enorm, gerade im Bereich der kommunalen Krankenhäuser. Wir wollen die kommunale Infrastruktur in der öffentlichen Hand halten. Wenn wir die kommunale Infrastruktur stärken und erhalten wollen, brauchen die Kommunen eine vernünftige Finanzausstattung und keine Gängelung der Landesregierung, so wie wir es in den letzten Jahren erlebt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Bildungsbereich haben die GRÜNEN an einer Stelle etwas wirklich Sinnvolles durchgesetzt: Das völlig unnütze Landesschulamt, das Schwarz-Gelb geschaffen hatte, wird wieder abgewickelt. Das begrüßen wir. Zudem hat Schwarz-Grün jetzt angekündigt, dass es keinen Personalabbau bei den Lehrerinnen und Lehrern geben wird. – Herr Ministerpräsident, an dieser Ankündigung werden wir Ihre Regierung messen, und wir werden Sie notfalls auch daran erinnern. Dessen können Sie gewiss sein.

Ansonsten sind die Vereinbarungen der Koalition im Bereich der Bildung doch ziemlich erbärmlich. Anstatt die gescheiterte G-8-Reform vollständig zurückzunehmen, doktern Sie halberzig daran herum. Erhöhter Lerndruck, übermäßiger Stress, mangelnde Freizeit – das waren für viele Jugendliche die Folgen von G 8. Die Einzigen, die von der Reform profitiert haben, waren die Anbieter von privatem Nachhilfeunterricht, meine Damen und Herren. Die haben durch die Einführung der völlig vermurksten Reform wirklich ein gutes Geschäft gemacht.

Wir sind froh, dass vielen zukünftigen Schülerinnen und Schülern G 8 erspart bleibt. Aber auch hier wäre es Zeit, dass sich die CDU endlich bei einer ganzen Generation von Schülern entschuldigt, die G 8 durchmachen mussten und erlitten haben. Auch dafür müssten Sie sich entschuldigen.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Ulrike Alex (SPD) – Hermann Schaus (DIE LINKE): Und bei den Eltern!)

– Wenn ich die ganze Liste der letzten 15 Jahre aufzählen sollte, für die sich die CDU entschuldigen müsste, dann bräuchte ich fast noch länger, als ich Redezeit habe. Deswegen beschränke ich mich auf eine Auswahl.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Auf nach Canossa!)

Herr Ministerpräsident, Sie sprechen davon, dass die Schulkämpfe ad acta gelegt werden sollen; dabei haben Sie selbst einer Regierung angehört, die mit der Durchsetzung von G 8 gegen alle Warnungen und Widerstände den größten Schulkampf überhaupt ausgelöst hat. Auch mit der Wahlfreiheit sind die Probleme nicht gelöst, sondern Sie schieben die Verantwortung erst einmal schön an die Schulen ab. Die sollen sich damit herumärgern. Vielerorts gibt es auch überhaupt keine Wahlfreiheit. Deshalb sind wir nach wie vor der Meinung, dass die beste Konsequenz wäre, den ganzen G-8-Murks vollständig zurückzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Ulrike Alex (SPD))

Der Ausbau der Ganztagschulen ist sicher eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre. Gerade im Grundschulbereich gibt es viel zu wenige Angebote. Aber die sogenannte Bildungs- und Betreuungsgarantie von Schwarz-Grün ist eine Mogelpackung. Bis 14:30 Uhr will das Land für Betreuung sorgen, der Rest soll maßgeblich von Eltern und den ohnehin unterfinanzierten Kommunen bezahlt werden. Meine Damen und Herren, wenn für Ganztagschulen am Ende Schulgeld fällig wird, was die Hessische Verfassung übrigens ausschließt, dann wird das die soziale Ungleichheit im Bildungssystem noch verschärfen. Wir befürchten zudem, dass das Ganztagschulprogramm im Grundschulbereich, so wie es jetzt angelegt ist, zulasten der Ganztagsangebote bei den weiterführenden Schulen geht. Ein Ausbau von gebunden Ganztagschulen, der eigentlich notwendig wäre, ist laut Koalitionsvertrag überhaupt nicht erst geplant.

Wir sind der Meinung: Zur Umsetzung der Inklusion muss es endlich einen konkreten Fahrplan geben. Auch das fehlt bisher.

Und ich will noch eines erwähnen: Wir wollen nicht, dass man die Schulen in vielen Städten daran erkennt, dass sie die heruntergekommensten Gebäude der Stadt sind. Wir leben in einer der reichsten Volkswirtschaften der Welt. Da

muss es möglich sein, dass sich Kinder an dem Ort, an dem sie sich tagtäglich aufhalten, auch wohlfühlen. Da darf es nicht sein, dass die Toiletten verrotten und der Putz von der Decke bröckelt. Die Finanzsituation der Kommunen ist mehr als angespannt. Auch wenn die Kommunen Schulträger sind, darf sich das Land nicht aus der Verantwortung stehlen. Natürlich ist es möglich – das gab es in der Vergangenheit –, dafür Sonderinvestitionsprogramme aufzulegen. Wir brauchen gut ausgestattete Schulen. Auch hier hat das Land eine Verantwortung.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Als LINKE kritisieren wir das mehrgliedrige Schulsystem grundsätzlich, weil es sozial ungerecht ist. Kinder aus armen Familien und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund werden durch die frühe Auslese nach der 4. Klasse systematisch benachteiligt. An dieser sozialen Ungerechtigkeit im Bildungssystem ändert der Koalitionsvertrag leider gar nichts. Auch Showveranstaltungen wie ein Bildungsgipfel werden nicht helfen, wenn die Landesregierung nicht bereit ist, ein Schulsystem, das aus der Kaiserzeit stammt, grundsätzlich infrage zu stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die GRÜNEN sprechen von Schulfrieden. Ich sage für uns: Wir werden keinen Frieden mit einem Schulsystem machen, das auf sozialer Auslese beruht und in dem der Bildungserfolg so stark von der Herkunft abhängig ist wie in keinem anderen Industrieland, meine Damen und Herren.

(Michael Boddenberg (CDU): Du liebe Zeit!)

Wir wollen eine Bildungspolitik, die Bildung als ein Menschenrecht begreift, nicht abhängig vom Geldbeutel der Eltern, und wir wollen eine demokratische Schule. Wir lehnen die zunehmende Ökonomisierung von Schule und Bildung ab.

(Michael Boddenberg (CDU): Ach du liebe Zeit!)

Bildungseinrichtungen müssen dem Frieden dienen. Auch dazu habe ich im Koalitionsvertrag leider nichts gefunden. Wir sind der Meinung, dass die Bundeswehr an Schulen nichts zu suchen hat und die Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr aufgelöst werden muss. Wir freuen uns sehr, dass es immer mehr Schulen gibt, die sich zur bundeswehrfreien Zone erklären.

Wir sind der Meinung, dass auch die Hochschulen dem Frieden verpflichtet sind. Deswegen wollen wir ein Verbot von Rüstungsforschung an den Hochschulen und die Verankerung von Zivilklauseln – leider auch dazu nichts im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Sie haben so Ihre ganz eigene Welt! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Nein, Frankfurt und Kassel sind so weit!)

– Herr Boddenberg, ich glaube, bei mir ist es nicht so lange her, dass ich an der Hochschule war, wie bei Ihnen. Aber darüber wollen wir jetzt nicht diskutieren.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie waren ja lange genug da!)

In ihrem Wahlprogramm hatten die GRÜNEN angekündigt, 10.000 zusätzliche Studienplätze für Studienanfänger schaffen zu wollen. Davon ist im Koalitionsvertrag nicht

mehr die Rede. Dabei sind die Hochschulen chronisch unterfinanziert und angesichts der Rekordzahl von Studienanfängern vielerorts jenseits der Grenzen ihrer Belastbarkeit. Im Koalitionsvertrag steht zwar, dass die schwarz-grüne Landesregierung die Absolventenquote steigern will, aber darin steht nicht, wie sie das machen will.

Meine Damen und Herren, wer die Hochschulen finanziell nicht gut ausstattet und nicht dafür sorgt, dass sie ausreichend Studienplätze schaffen können, der raubt Tausenden jungen Menschen das Recht auf ein Studium. Das trifft wieder vor allem diejenigen, die es im deutschen Bildungssystem ohnehin schwer genug haben. Das verschärft die soziale Auslese noch.

Auch das geforderte Sofortprogramm für mehr studentischen Wohnraum aus dem grünen Wahlprogramm wird es nicht geben. Es ist im Koalitionsvertrag nicht zu finden.

Die Eindämmung der zunehmenden Zahl von prekären Beschäftigungsverhältnissen an den Hochschulen soll jetzt den Hochschulen selbst überlassen werden.

Zum eingestürzten Leuchtturm des privatisierten Universitätsklinikums Gießen und Marburg haben Sie heute leider gar nichts gesagt, Herr Ministerpräsident. Ich glaube, nicht nur die Menschen in der Region, sondern auch die Beschäftigten würde sehr interessieren, was ihre Landesregierung hier zu tun gedenkt.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das Beste, was er tun konnte, war, zu schweigen!)

Der neue Wissenschaftsminister dürfte bei den Studierenden und Lehrenden wenig Begeisterung auslösen. Ich habe gelesen, bei seinem Antrittsbesuch an der Frankfurter Universität wurde er schon entsprechend begrüßt – keine fünf Tage im Amt und schon die erste Protestaktion gegen sich.

(Michael Boddenberg (CDU): Da waren Sie wahrscheinlich dabei!)

Ich glaube, das hat nicht einmal Frau Kühne-Hörmann geschafft, und die war schon ziemlich unbeliebt.

Einem Wissenschaftsminister, der in seiner Zeit als Innenminister für eine autoritäre Law-and-Order-Politik stand, der einen gewaltsamen Polizeieinsatz bei Blockupy zu verantworten hat, trauen viele Studierende zu Recht nicht zu, dass er allzu viel Gespür für freie und emanzipatorische Bildung hat.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Auch in der frühkindlichen Bildung wird schwarz-gelbe Politik fortgesetzt. 140.000 Unterschriften wurden gegen das sogenannte Kinderförderungsgesetz gesammelt: eine breit getragene Kritik von Eltern, Initiativen, Verbänden und Gewerkschaften – aber Schwarz-Grün kommt ihr nicht nach. Im Gegenteil, Schwarz-Grün will jetzt erst einmal ausprobieren, ob die Kopfpauschale an den Kitas nutzt oder ob sie schadet.

Vor der Wahl klang das bei den GRÜNEN noch so: „Der Gesetzentwurf ist Ausdruck einer verbrauchten und erschöpften Landesregierung“. „Die Verabschiedung des Kinderförderungsgesetzes zeigt ..., dass die schwarz-gelbe Landesregierung die berechtigte Kritik an diesem Gesetz nicht verstanden hat.“

Statt aber der CDU diese Kritik einmal zu erklären, bleibt das Gesetz jetzt erst einmal so, wie es ist. Sie haben ge-

schrieben: „Wir brauchen ein zukunftsfähiges Haus für die Kinderbetreuung – CDU und FDP liefern aber nur eine windschiefe Gartenlaube.“ Das hat Herr Bocklet vor der Wahl erklärt. Offenbar ist aber diese „windschiefe Gartenlaube“, von Ministersesseln aus betrachtet, für die GRÜNEN um einiges erträglicher als vorher.

Meine Damen und Herren, für uns gilt das, was wir vor der Wahl gesagt haben. Wir unterstützen die Forderungen der Beschäftigten, der Eltern und der Gewerkschaft ver.di. Wir brauchen eine verlässliche Finanzierung für gut ausgebildetes Fachpersonal und ausreichend Zeiten für die Vor- und Nachbereitung, Elterngespräche, Fortbildung und kleinere Gruppen. Deswegen sagen wir: Dieses KiföG darf nicht umgesetzt werden, sondern es muss grundlegend verändert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Thema Fluglärm heißt es im Wahlprogramm der GRÜNEN: „So wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben.“ – Das wird es auch nicht, denn vermutlich wird es noch um einiges lauter. Denn das, was Sie im Koalitionsvertrag geschrieben haben, ist wirklich eine Farce. Statt eines absoluten Nachtflugverbots von 22 bis 6 Uhr werden jetzt regelmäßige siebenstündige Lärmpausen in Aussicht gestellt. Aber das muss erst noch mit der Fraport und der Deutschen Flugsicherung verhandelt werden. Das ist doch ein Problem des Kompromisses, von dem Sie, Herr Wagner, gesprochen haben: Diesen Kompromiss gibt es bisher gar nicht.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Nicht für alle!)

Was es gibt, ist eine Ankündigung – und die haben Sie offensichtlich noch nicht einmal mit Fraport und der Flugsicherung diskutiert. Am Ende kommt doch nur eine Umverteilung des Lärms dabei heraus. In den sogenannten Nachtrandstunden sollen die Bahnen abwechselnd genutzt werden. Das heißt, die einen haben ein bisschen länger Ruhe, dafür ist es bei den anderen umso lauter.

Statt eines Verzichts auf den Bau des Terminals 3 soll es nun eine ergebnisoffene Bedarfsprüfung geben – und das, während die vorbereitenden Maßnahmen zum Bau des Terminals 3 doch schon längst angelaufen sind.

Beim Thema Lärmobergrenzen heißt es, man wolle „eine deutliche Lärmreduzierung gegenüber den im Planfeststellungsbeschluss prognostizierten Werten ... erreichen“. Nun muss man wissen: Der Planfeststellungsbeschluss geht von 700.000 Flugbewegungen aus. Derzeit sind es etwa 500.000.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): So ist es!)

Diese Formulierung, so unkonkret, wie sie im Koalitionsvertrag steht, könnte also dazu führen, dass der Lärm und die Flugbewegungen noch um fast ein Drittel gesteigert werden können. Das heißt, in Sachen Lärm ist bei diesem Koalitionsvertrag noch eine ganze Menge Luft nach oben.

Das Grundproblem ist: Durch diesen Koalitionsvertrag wird keine Maschine weniger in Frankfurt starten oder landen. Wer aber Fluglärm reduzieren will, der muss natürlich bei den Flugbewegungen ansetzen. Sie aber wollen Lärm nur anders verteilen. Dabei sind die Grenzen des Wachstums am Frankfurter Flughafen schon längst überschritten. Der Flughafen liegt nun einmal inmitten eines Ballungsgebietes, und seine enormen Lärm- und Schadstoffbelas-

tungen gefährden die Gesundheit der Menschen in der gesamten Region.

Wir meinen: Gesundheitsschutz muss Priorität vor den wirtschaftlichen Interessen von Fraport und Lufthansa haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Während Sie in den Koalitionsvertrag hineinschreiben, Sie wollten sich für den Schutz des Bannwaldes starkmachen, wird weiterhin wertvoller Bannwald für den Bau von Terminal 3 geopfert. Am letzten Sonntag haben über 1.000 Menschen im Treburer Wald dagegen demonstriert. Wir senden ganz herzliche Grüße an diese Protestbewegung, die so viel Durchhaltevermögen, einen solch langen Atem hat. Am letzten Montag hat die 87. Montagsdemonstration stattgefunden. Wir tun gut daran, diese Protestbewegung gegen Fluglärm weiter zu unterstützen und ihre Forderungen weiterhin zu vertreten.

(Beifall bei der LINKEN)

Durch die Landtagswahl hat sich das Thema Fluglärm nämlich nicht erledigt. Deswegen unterstützen wir die Forderung nach einer Reduzierung der Flugbewegungen, der Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Bahn, einem achtstündigen Nachtflugverbot und der Stilllegung der Nordwestlandebahn.

(Michael Boddenberg (CDU): Ach!)

Während man in Frankfurt über ein Nachtflugverbot streitet, könnte man in Kassel-Calden folgenlos ein Tagflugverbot verhängen; denn dort wird bis zum Frühjahr ohnehin kein Linienflug mehr starten oder landen.

Das muss man sich nochmals vor Augen halten: Fast 300 Millionen € hat dieser Unsinn die Steuerzahler gekostet. Jeden Tag, an dem dieser Flughafen länger in Betrieb ist, wächst das Defizit. Aber auch hier verhalten sich die GRÜNEN, sagen wir einmal, sehr elastisch. Denn das Millionengrab Calden darf erst einmal weiter Steuergeld verschlingen. Hier nimmt man es mit dem knallharten Sparen und mit dem Einhalten der Schuldenbremse offensichtlich nicht ganz so ernst. Es ist schon absurd: Mit Kassel haben wir eine Stadt, die unter den Rettungsschirm des Landes schlüpft. Sie schließt Bibliotheken und Schwimmbäder – gleichzeitig aber subventioniert sie einen defizitären Flughafen, den überhaupt niemand braucht. Das ist eine absolut absurde Politik.

Ich gebe zu, ich hatte wirklich gehofft, dass die GRÜNEN diesem Wahnsinn in Kassel-Calden ein Ende machen und dafür sorgen würden, dass nicht immer weiter Steuergeld in dieses Millionengrab hineinfließt.

(Zuruf des Ministers Tarek Al-Wazir – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie es wenigstens gelesen?)

Auch sonst sind die Vereinbarungen zum Verkehr sehr enttäuschend. Minister Al-Wazir hat bereits in der „FAZ“ angekündigt, es werde mit ihm keine Revolution geben.

(Michael Boddenberg (CDU): Dafür sind Sie zuständig!)

Das hatte ich schon befürchtet. Trotzdem finde ich es schade. Zur Stärkung des Klimaschutzes wären eine andere Verkehrspolitik und eine Reduzierung der Verkehrsströme nötig. Das Wort „Verkehrswende“ kommt im Koalitionsvertrag überhaupt nicht vor.

Ob es mehr Geld für den unterfinanzierten ÖPNV geben wird, bleibt auch völlig unklar. Man will das prüfen. Es ist davon die Rede, Effizienzgewinne im ÖPNV zu realisieren. Ich frage mich: Was heißt das? Heißt das weiterer Personalabbau? Heißt das weiteres Lohndumping? Heißt das höhere Fahrpreise? All das ist vollkommen unklar. Deswegen ist in diesem Koalitionsvertrag von einer Verkehrswende, die wir so dringend brauchen, um die Energiewende hinzubekommen und um die Klimaschutzziele zu erreichen, leider wenig zu lesen. Dazu gibt es kaum konkrete Vereinbarungen. Meine Damen und Herren, das ist wirklich eine vertane Chance.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch in der Energiepolitik ist von den ambitionierten Zielen der GRÜNEN kaum etwas übrig geblieben. Bis 2030 sollte die Stromerzeugung in Hessen zu 100 % aus erneuerbaren Energien erfolgen. Die GRÜNEN forderten 2030, die CDU forderte 2050. Und worauf einigt man sich? Auf das Jahr 2050.

Wie das erreicht werden soll, bleibt ebenfalls völlig unklar. Der Abbau der Hürden für Windkraft im Landesentwicklungsplan wird erst einmal verschoben. Der einzige Lichtblick in diesem Zusammenhang ist, dass die kommunalwirtschaftliche Betätigung in diesem Bereich erleichtert werden soll. Aber mittlerweile hatte sogar die CDU eingesehen, dass das Credo „privat vor Staat“ gemeinsam mit der FDP gescheitert ist.

Wer die Energiewende will, der muss als Erstes aufhören, vor Ort gegen den Ausbau von erneuerbaren Energien zu mobilisieren. Das sage ich vor allem an die Adresse der CDU und zu dem, was Sie in Wahlkämpfen machen. Herr Boddenberg ist der Erfinder der sogenannten „Windkraftmonster“. Im Wahlkampf haben Sie wieder gegen Windräder polemisiert. Sie mobilisieren die Menschen gegen die Energiewende, und das ist Teil des Problems.

(Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

An dieser Stelle will ich auch sagen: Ich halte es nicht für einen konstruktiven Beitrag zur Energiewende, wenn der Ehrengast der hessischen CDU, nämlich Roland Koch, davon spricht, dass man die seiner Ansicht nach unsinnige Förderung von Solaranlagen auf den Dächern nur dadurch stoppen könnte, dass man „Steine drauf wirft“.

Herr Boddenberg, dass diese Äußerung bei der CDU keine Empörung ausgelöst hat, obwohl Ihnen sonst der Schutz des Eigentums so wichtig ist, darüber würde ich mir an Ihrer Stelle einmal Gedanken machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Jetzt ist die Große Koalition auf der Bundesebene dabei, die Energiewende auszubremsen. Die Vorschläge von Bundeswirtschaftsminister Gabriel zeigen, welchen Einfluss die Kohlelobby leider nach wie vor in der SPD hat. Dass man gerade den Ausbau der Windkraftnutzung im Binnenland deckeln will, das ist schädlich, das ist kontraproduktiv, und natürlich gefährdet das auch die Ziele des Hessischen Energiegipfels. Das führt eben nicht zu Strompreissenkungen, sondern dazu, dass die bestehenden Marktstrukturen beibehalten werden und dass die teure und schädliche Energiegewinnung aus konventionellen Energieträgern weitergeht. Die Atom- und die Kohlekraft wurden jahrzehntlang staatlich subventioniert. Jetzt wird ausgerechnet der Ausbau der kostengünstigen Windenergiege-

winnung an Land mit dem Kostenargument ausgebrems. Das ist vollkommen absurd. Dabei brauchen wir dringend eine Dezentralisierung der Energieversorgung. Es war übrigens ein Ergebnis des Hessischen Energiegipfels, dass wir eine Dezentralisierung der Energiegewinnung brauchen – statt einer immer stärkeren Förderung von großen Offshoreanlagen.

Wenn die Pläne, die Sigmar Gabriel jetzt vorgelegt hat, umgesetzt werden, dann, so befürchte ich, wird das das 2-%-Ziel in Hessen gefährden. Deshalb hat Wirtschaftsminister Al-Wazir vollkommen recht, wenn er die Pläne der Bundesregierung kritisiert und die Windkraftausbauziele des Hessischen Energiegipfels verteidigt. Auch wenn allein dadurch der Kampf vielleicht noch nicht gewonnen ist: Herr Al-Wazir, die LINKE wird Sie auf jeden Fall dabei unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und der SPD)

Immerhin haben Sie erreicht, das muss man den GRÜNEN zugestehen, dass der Ministerpräsident in seiner heutigen Regierungserklärung von Umweltverbänden nicht mehr als Gegnern, sondern als Partnern geredet hat und dass er Tiere als Lebewesen bezeichnet hat. Ich habe den Eindruck, bisher waren Tiere für ihn vor allen Dingen Fleisch.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Jetzt sind sie zu Lebewesen geworden. Das scheinen ihm die GRÜNEN erklärt zu haben.

(Michael Boddenberg (CDU): Da verwechseln Sie etwas!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen in Hessen dringend mehr bezahlbaren Wohnraum, insbesondere in den Ballungsgebieten. Pro Jahr müssten eigentlich über 3.000 Sozialwohnungen geschaffen werden, damit die Zahl der Sozialwohnungen wenigstens halbwegs stabil bleibt. Hier muss den Kommunen ermöglicht werden, wirksam gegen Leerstand vorgehen. Davon findet sich im Koalitionsvertrag leider kein Wort. In der Praxis zeigen die GRÜNEN leider auch, auf welcher Seite des Konflikts sie im konkreten Fall stehen. Ich finde, das kann man in Frankfurt ziemlich gut beobachten. Früher haben die Frankfurter GRÜNEN Häuser besetzt; heute lassen sie sie polizeilich räumen.

Wir sind der Meinung, in Frankfurt handeln nicht die kriminell, die leer stehende Gebäude besetzen und sie einer sinnvollen Nutzung zuführen, sondern in erster Linie die, die mit Wohnraum spekulieren, die Gebäude grundlos leer stehen lassen und dadurch das ohnehin knappe Wohnungsangebot noch weiter verknappen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, nämlich die Polizei- und Überwachungsgesetze, die in den letzten Jahren erheblich verschärft wurden. „Law and Order“ lautete das Motto hessischer Innenpolitik. Leider scheint es so, als würde das in der neuen Regierungskonstellation nicht wesentlich geändert. Das Wort Bürgerrechte kommt in diesem Koalitionsvertrag nicht ein einziges Mal vor – und das vor dem Hintergrund der NSA-Affäre und der massenhaften Ausspähung von Daten. Aber was die NSA im US-Hauptquartier in Wiesbaden-Erbenheim so treibt, das scheint die schwarz-grüne Landesregierung überhaupt nicht zu interessieren.

Hessen hat das schärfste Polizeigesetz, und die GRÜNEN haben sich in den letzten Jahren strikt gegen jede Form der Massenüberwachung eingesetzt. Jetzt kann man im Koalitionsvertrag nachlesen, dass man sich für die Anwendung modernster Ermittlungs- und Fahndungsmethoden in der Strafverfolgung ausspricht. Von Datenschutz, von Bürgerrechten, von Persönlichkeitsrechten ist in diesem Zusammenhang nicht die Rede.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Das macht uns sehr misstrauisch!)

Ähnlich wie die FDP scheinen sich die GRÜNEN in der Landesregierung von dem Ziel wegzubewegen, eine Bürgerrechtspartei zu sein. Sie wollen an den Überwachungsgesetzen offensichtlich nichts ändern. Wir sind im Übrigen sehr gespannt, lieber Herr Beuth, wie Sie sich als Innenminister einer schwarz-grünen Koalition bei den diesjährigen Blockupy-Protesten in Frankfurt verhalten werden. Herr Beuth, wir sind der Meinung, dass das Demonstrationsrecht ein hohes Gut ist; es muss respektiert werden und darf nicht ausgehöhlt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Werden Sie dort sein?)

– Natürlich bin ich dort, Herr Boddenberg. Das ist doch klar.

Law and Order gilt an vielen Stellen. Bei der Bekämpfung der Steuerkriminalität gilt es leider nicht ganz so stringent. In dem Zusammenhang schöne Grüße an den CDU-Bundesschatzmeister, über den man heute so einiges liest. Ohne eine personelle Aufstockung wird es nicht möglich sein, die Steuerhinterziehung zu bekämpfen. Wer Betriebsprüfungen intensivieren will, wer die Steuerfahndung stärken will, der braucht Personal. Auch dazu ist im Koalitionsvertrag leider nichts Konkretes geregelt.

Es gibt vernünftige Ansätze in Ihrem Koalitionsvertrag, aber die vollständige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe, wie sie die GRÜNEN in ihrem Wahlprogramm gefordert hatten, findet sich im Koalitionsvertrag leider nicht wieder. Liebe GRÜNE, auch wenn die CDU hier offenbar behutsam an die Realität des 21. Jahrhunderts herangeführt werden soll: Ein bisschen mehr Konkretes wäre in dem Bereich schon schön gewesen.

Meine Damen und Herren, ich will ein weiteres Thema ansprechen: die Mordserie des NSU. Sie hat uns alle erschüttert. Ich denke, dass der Respekt vor den Opfern und ihren Angehörigen eine lückenlose Aufklärung dieser Mordserie verlangt. Wir fordern eine Aufklärung über das Agieren der Behörden, und wir fordern eine Aufklärung über die Verstrickung der Geheimdienste in diese Affäre.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich denke, das sind wir den Angehörigen schuldig; denn diese Menschen haben nicht nur den Verlust eines geliebten Menschen erlebt, sondern sie mussten auch ertragen, dass die Opfer seitens der Ermittlungsbehörden jahrelang falsch verdächtigt wurden, dass sie diffamiert wurden, statt dass die Behörden den Hinweisen auf das Vorliegen eines rassistischen Motivs nachgingen. Die Ermittlungen in den anderen Bundesländern und auch im NSU-Prozess fördern immer mehr Ungereimtheiten und schwere Vorwürfe gegen die hessischen Sicherheitsbehörden öffentlich, ohne dass bis zum heutigen Tag eine Aufklärung in Hessen stattge-

funden hätte. Nachdem die SPD damit gescheitert ist, eine Landtagskommission einzusetzen, sollten Sie, Herr Schäfer-Gümbel, endlich die Konsequenz ziehen und mit uns die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern das seit Langem, aber wir können einen Untersuchungsausschuss alleine nicht einsetzen. Am besten wäre es, wenn sich dieser Landtag einstimmig auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verständigen würde, wie das in anderen Ländern und im Bundestag erfolgt ist. Ich glaube, das wäre ein gutes Signal, dass es uns mit der Aufklärung dieser schrecklichen Verbrechen ernst ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Was nicht geht, ist ein weiteres Wegducken oder ein Wegdelegieren an intransparente Kommissionen. Das ist nicht akzeptabel. Genau darauf – das ist mein Eindruck – haben CDU und GRÜNE sich aber geeinigt. Die Regierung soll eine Kommission einsetzen, die dann die Regierung kontrolliert. Das kann nicht sein. Deshalb brauchen wir einen Untersuchungsausschuss.

Ich bin auch nicht der Meinung, dass wir darüber diskutieren sollten, wie eine Neuausrichtung des sogenannten Verfassungsschutzes aussehen soll, sondern ich glaube, dass man angesichts der Mordserie des NSU die Geheimdienste sehr grundsätzlich infrage stellen muss, weil sie nicht Teil der Lösung waren, sondern Teil des Problems.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will einen Punkt ansprechen, der in der Regierungserklärung leider nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt hat. Hessen braucht eine andere Flüchtlingspolitik. Hessen braucht endlich einen humanitären Umgang mit Flüchtlingen.

Ich habe vor einiger Zeit einen jungen afghanischen Flüchtling in einer Gemeinschaftsunterkunft besucht. Er ist 24 Jahre alt und seit drei Jahren auf der Flucht. Er kam über das Mittelmeer nach Lampedusa. Es war Winter. Die Überfahrt hat fast 60 Stunden gedauert. Das Boot war völlig überfüllt, und ein Flüchtling hat die Reise nicht überlebt. Der junge Mann schlug sich bis nach Deutschland durch und kam in Frankfurt erst einmal drei Monate lang in Abschiebehäft – allein, getrennt von seiner Familie, krank und traumatisiert.

Jetzt lebt er seit zwei Jahren in Deutschland, immer in der Angst, dass er abgeschoben wird, ohne eine verlässliche Perspektive und ohne die Chance, seine Zukunft zu planen. Dabei hat sich dieser Mensch nichts zuschulden kommen lassen. In der Hoffnung auf ein besseres Leben ohne Krieg hat er sein Leben aufs Spiel gesetzt. An diesem Krieg ist Deutschland leider aktiv beteiligt.

Herr Ministerpräsident, da Sie heute viel von Frieden und von der Verantwortung für den Frieden gesprochen haben, will ich noch kurz darauf hinweisen, dass wir gerade eine Diskussion haben, die von Herrn Bundespräsidenten Gauck, Frau von der Leyen und Herrn Steinmeier losgetreten worden ist. Sie alle haben davon gesprochen, dass Deutschland mehr internationale Verantwortung übernehmen müsse. Sie meinen damit neue Kriegseinsätze der Bundeswehr.

Wir sind der Meinung, Deutschland muss tatsächlich mehr internationale Verantwortung übernehmen, aber nicht

durch den Einsatz von Soldaten, sondern indem es endlich aufhört, Waffen an alle Welt zu liefern, und sich, auch in Europa, für eine andere Flüchtlingspolitik einsetzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist doch eine Schande, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken, weil sie keine Chance auf eine legale Einreise nach Europa haben. Wir wollen keine Festung Europa, und wir wollen, dass Frontex abgeschafft wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Man muss sich das vorstellen: Die Flüchtlinge, die im letzten Herbst vor Lampedusa ertrunken sind, bekommen ein Staatsbegräbnis, während die überlebenden Flüchtlinge ein Bußgeld und die Abschiebung bekommen. Deshalb brauchen wir eine andere Flüchtlingspolitik in Europa. Wenn Menschen vor Lampedusa ertrinken, ist das kein tragisches Unglück. Da steckt ein Vorsatz dahinter. Wer Fischer, die Ertrinkende retten, wegen Beihilfe zur illegalen Einreise anklagt, sollte wenigstens aufhören, danach Betroffenheit zu heucheln.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine andere Flüchtlingspolitik heißt auch, sich der unerträglichen Hetze, ob von rechts außen oder aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft, entgegenzustellen. Da halte ich es für einen schlechten Witz, dass ausgerechnet der LINKEN von anderen Parteien vorgeworfen wird, sie sei europafeindlich,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Na ja!)

während die CSU plakatiert: „Wer betrügt, der fliegt“. – Wer so agiert, handelt europafeindlich und schürt Ressentiments gegen die Freizügigkeit in Europa.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Wir wenden uns dagegen, Menschen in nützliche und in unnütze Zuwanderer zu sortieren; denn das ist schlicht menschenverachtend. Ich finde, dass man in einer Partei wie der CDU, die sich als christlich bezeichnet, über den Satz nachdenken sollte: Vor Gott sind alle Menschen gleich. – Ich glaube, man braucht kein Christ zu sein, um diese Botschaft zu verstehen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie davon sprechen, die Willkommenskultur in Hessen zu stärken, frage ich Sie: Was macht Herr Irmer bei Ihnen noch in der ersten Reihe?

(Beifall bei der LINKEN – Ministerpräsident Volker Bouffier: Lasst euch doch einmal etwas Neues einfallen!)

– Herr Ministerpräsident, Sie wollen etwas Neues hören? Ich sage Ihnen etwas Neues: Auf der Titelseite der Januar-Ausgabe des „Wetzlar Kuriers“ – Herausgeber ist Herr Irmer, wie allgemein bekannt – heißt es: „Islamische Verbände haben Grundgesetz nicht verstanden“. Herr Bouffier, dazu könnten Sie einmal etwas sagen.

In der aktuellen Ausgabe vom Februar beklagt Herr Irmer „Asylmissbrauch“ und eine „Einwanderung in die Sozialsysteme“. Ist das eine Willkommenskultur?

Herr Ministerpräsident, wer, wie Sie es heute gemacht haben, davon spricht, dass Vielfalt eine Bereicherung ist, sollte der Einfalt in den eigenen Reihen vielleicht einmal etwas entgegengesetzen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, um das noch einmal klarzustellen: Herr Irmer ist gerade als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU wiedergewählt worden. Er ist einer Ihrer neuen Partner, und ich habe den Eindruck, dass sich Herr Al-Wazir vielleicht ab und zu wünschen wird, er hätte auf seine Mutter gehört und wäre diese Koalition nicht eingegangen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss. Wir hätten uns gewünscht, dass Schwarz-Gelb vollständig abgelöst wird. Wie bereits 2008 ist der Politikwechsel nicht an uns gescheitert. Wir haben nicht auf Maximalforderungen beharrt, sondern waren zu Kompromissen bereit. Herr Wagner, wir haben gemeinsam über 20 Stunden sondiert. Sie müssen Schwarz-Grün schon selbst verantworten. Nicht DIE LINKE ist schuld daran, dass Sie jetzt mit der CDU regieren, weder in Hessen noch in Darmstadt oder in Frankfurt. Das haben Sie selbst zu verantworten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir waren aber nicht dazu bereit, unser Wahlprogramm für einen Sitz auf der Regierungsbank in die Tonne zu treten. Die neue schwarz-grüne Landesregierung scheint vor allem eines zu verbinden: der Wille zur Macht. Entscheidend ist aber nicht nur, wer regiert, sondern entscheidend ist auch, wer opponiert.

Wir LINKE werden alles dafür tun, dass wir die Opposition sind, die Schwarz-Grün verdient hat. Wir werden gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen von links Druck auf diese Landesregierung ausüben, sowohl im Landtag als auch außerhalb.

Wir werden unser Abstimmungsverhalten auch weiterhin vom Inhalt eines Antrags abhängig machen und nicht vom Antragsteller. Das hat uns bislang von der CDU unterschieden. Es kam zwar selten vor, aber auch CDU und FDP haben in der Vergangenheit einige wenige vernünftige Gesetzentwürfe vorgelegt. Ja, auch eine kaputte Uhr hat zweimal am Tag recht. Wenn dieses seltene Ereignis eingetreten ist, haben wir ihren Gesetzentwürfen zugestimmt. Das werden wir auch in Zukunft so halten.

In den letzten Tagen war sehr viel die Rede von einem neuen Stil im Landtag. Ich denke, wer den Stil wirklich verändern will, sollte das nicht großspurig in Interviews verkünden, sondern er sollte einfach danach handeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Rentsch. Bitte.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon 18:20 Uhr; der Tag hat uns voll in Beschlag genommen. Ich will zunächst das wiederholen, was Herr Schäfer-Gümbel gesagt hat: Glückwunsch an die neue Regierung, eine gute Hand, die Dynamik, die man sicherlich

braucht, um dieses Land zu regieren, und vor allen Dingen gute Entscheidungen. Ein Kollege aus diesen Reihen sagte vorhin, als angekündigt wurde, was alles wir demnächst an runden Tischen klären sollten: Das könnte die neue „Stuhlkreis-Koalition“ werden; die klärt alles in einer Art Konfliktberatung.

Herr Ministerpräsident, haben Sie Verständnis dafür, dass wir zwar alles, was Sie anbieten werden, aufnehmen, uns als Opposition aber nicht nur von der Regierung bitten lassen werden, sondern selbst Themen setzen. Wir werden Sie auch einladen, und wir sind sehr gespannt, ob Sie diesen Einladungen folgen. Wir hätten ebenfalls ein großes Interesse an einer Zusammenarbeit.

(Beifall bei der FDP)

Dieses Land wird von CDU und FDP – der alten Koalition – in einem hervorragenden Zustand übergeben: Die Jahresabrechnung ergibt Mehreinnahmen von über 400 Millionen €, der Arbeitsmarkt und die Existenzgründungsquote sind spitze, und die Entwicklung in Nordhessen – da haben wir alle geklatscht – ist hervorragend. Die Lehrerversorgung beträgt 105 %, und auch die Hochschulen sind zu erwähnen.

Das ist für uns Liberale auch der Maßstab, an dem wir Sie bei der Frage messen, ob Sie in der Lage sind – jedenfalls bei diesen Punkten –, das Land weiterhin in einem guten Zustand zu halten. Ich will nicht bestreiten, dass CDU und FDP an vielen Stellen unterschiedliche Auffassungen hatten. Aber ich kann mich über die Art und Weise der Zusammenarbeit in diesen fünf Jahren nicht beschweren, im Gegenteil. Ich glaube, dass wir viel für das Land geleistet haben. Das ist jetzt auch der Maßstab, an dem wir Sie messen werden.

(Beifall bei der FDP)

Es ist, wie man feststellt, wenn man das von außen betrachtet – Herr Minister Al-Wazir, Sie werden gestatten, dass wir das zur Kenntnis nehmen –, beachtenswert, dass es anscheinend an vielen Stellen einen, wie ich sagen möchte, Blickwechsel gegeben hat. Früher hat Herr Al-Wazir Herrn Bouffier so bezeichnet, wie es Frau Wissler und auch Herr Schäfer-Gümbel getan haben. Dem kann ich noch den Namen Prinz Charles hinzufügen. Das war auch eine der Formulierungen.

Ich habe mich gefragt, ob man sich jetzt – sozusagen nach Prinz Charles – als Tarek und Volker begegnet. Auch das wurde begrüßt. Ich kann davor nur warnen. Ich habe erlebt, was aus Guido und – wie hieß der andere? –

(Janine Wissler (DIE LINKE): Horst!)

Horst geworden ist. Horst gibt es noch, Guido gibt es nicht mehr. Insofern muss man an dieser Stelle aufpassen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das war ein Spaß auch auf meine Kosten. Deshalb habe ich ihn erwähnt, Herr Kollege. – Deshalb ist diese Vertrautheit nicht ganz unproblematisch, wie man feststellt, wenn man sie von außen betrachtet. Nachdem die Union 2008 noch plakatiert hat: „Ypsilanti, Al-Wazir und die Kommunisten verhindern“, ist man jetzt mittendrin in dieser Koalition. Da hat sich in Hessen vieles verändert.

(Beifall bei der FDP)

Herr Wagner hat die ersten 17 Tage der Regierungszeit gelobt. 1.808 Tage bleiben noch. Wir werden schauen, ob Sie

die schaffen. Die letzten Tage waren für uns ganz interessant, weil es spannend ist, wenn eine Koalition die Transparenz auch auf sich anwendet und man öffentlich über Themen und Schwerpunkte diskutiert. Daran können wir teilhaben. Herzlichen Dank dafür.

Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger in Hessen den Anspruch an eine Regierung haben – egal wer sie regiert –, dass sie sagt, was sie will. Bei dem Thema Zwischenlager in Biblis wäre es z. B. schön – wir werden in dieser Woche noch darüber diskutieren –, wenn wir wüssten, was Sie dabei wollen. Der stellvertretende Ministerpräsident hat eine andere Auffassung als der Ministerpräsident, und möglicherweise gibt es auch eine gemeinsame Auffassung bei diesem Thema. Ich werde noch auf einige Themen zu sprechen kommen, bei denen der Dissens stärker im Vordergrund steht als der Konsens. Wir wollen eine Landesregierung, die weiß, was sie will. Das haben die Hessinnen und Hessen auch verdient.

(Beifall bei der FDP)

Das große Credo des Koalitionsvertrags ist: mehr verwalten als gestalten. – Wenn ich daran denke, was die GRÜNEN alles gefordert haben, einen Politikwechsel, es müsse frischer Wind in diese Landesregierung, es müsse alles anders und alles besser werden, dann stelle ich fest, es sind gerade diese GRÜNEN gewesen, die mit ihren Stimmen Volker Bouffier zum Ministerpräsidenten gewählt haben. Ich kann aus meinen fünf Jahren sagen, dass es eine richtige Entscheidung war. Ob es in den nächsten fünf Jahren auch noch richtig ist, weiß ich nicht. Wenn Sie sich an Ihren eigenen Forderungen messen lassen, ist das schon ein sehr ambitionierter Politikansatz, den Sie betreiben. Möglicherweise werden Sie Ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht. Das müssen Sie dann mit Ihren Wählern ausmachen.

Wer sich die Gewichtung der Themen im Koalitionsvertrag anschaut, der muss sich schon wundern. Während im letzten Koalitionsvertrag die Themen Wirtschaft und Verkehr den größten Block ausmachten, ist das nun die Umweltpolitik. Sie ist deutlich doppelt so groß wie die Gewichtung der Bereiche Wirtschaft und Verkehr und Bildung. Die Umweltpolitik und ihre Schwerpunkte – das ist sicherlich von Grün gewollt, ob es auch von der Union so gewollt gewesen ist, kann ich schwer beurteilen – dominieren viele Bereiche. Sie dominieren beispielsweise die Landwirtschaftspolitik, in der wieder die Frage der ökologischen Landwirtschaft vor die konventionelle Landwirtschaft gestellt wird. Das habe ich in Hessen schon einmal gehabt. Die Einteilung in gute und böse Landwirtschaft ist nicht neu.

Das zieht sich durch viele Bereiche, in denen aus Ihrer Sicht Schwerpunkte gesetzt werden. Dazu kann ich nur sagen: Das hätten wir uns anders vorgestellt. Wir haben erwartet, dass das, was der Ministerpräsident angekündigt hat und das, was die Union als Schwerpunkte in ihrem Wahlprogramm hat – vielleicht kommt es auch noch, dann gilt aber der Koalitionsvertrag nicht –, umgesetzt wird. Ich will an einer Stelle das, was der Ministerpräsident gesagt hat, konkret herausgreifen.

Herr Ministerpräsident, der Frankfurter Flughafen – ich glaube, das ist zwischen uns unstrittig – und seine zentrale Bedeutung für das Land waren immer Streitgegenstand im Landtag. Dazu gibt es unterschiedliche Positionen, und wir werden darum noch lange streiten. Ich sage eines: Wer hier verkündet, dass die Entwicklung des Frankfurter Flughafens

in diesem Land nicht gefährdet ist, und gleichzeitig dem Flughafengegner die Verantwortung für dieses wichtige Infrastrukturprojekt überträgt, macht garantiert einen großen Fehler in diesem Land. Wir werden uns anschauen, was Sie dort machen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Marius Weiß (SPD))

Herr Kaufmann freut sich schon über diese Aussage. Herr Kaufmann, wissen Sie, Sie bringen schon den Minister in große Probleme. Sie haben beispielsweise bei der Änderung des Planfeststellungsbeschlusses vollmundig etwas verkündet, was Ihr stellvertretender Ministerpräsident in einem Zeitungsinterview schon wieder zurücknehmen musste. Als Abgeordneter, der nun schon lange in diesem Parlament sitzt, kann ich Ihnen nur sagen: Wenn Sie das so weitermachen, ist das vielleicht für die Opposition gut. Ob es für Ihren Minister und für das Land gut ist, wenn Sie Rechtstatbestände, die eigentumsgleich garantiert sind, drohend infrage stellen nach dem Motto: „Wir werden das ändern, wenn ihr nicht gehorcht“? Das ist eine Art von Politik, die wir in Hessen auch schon einmal erlebt haben und die ich eigentlich nie wieder erleben wollte.

(Beifall bei der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Auf was spielen Sie da gerade an?)

Es gibt viele Überraschungen, na klar. Ich finde es gut, dass Tarek Al-Wazir zu Kassel-Calden gesagt hat: Wir müssen dem Flughafen erst einmal eine Chance geben. – Das ist das, was wir immer gehofft haben. An dieser Stelle ist er im Ministeramt angekommen. Ich finde es richtig, dass auch die Hoffnung das mitgestaltet. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Die brauchen Sie auch bei diesem Thema.

(Beifall bei der FDP)

Genauso gibt es aber auch sehr ernste Themen, bei denen wir uns aus guten Gründen Sorgen machen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Kollege Boddenberg, das war etwas, was uns auch verbunden hat. Wir hatten fest vor, den Schulen in Hessen mehr Freiheit zu geben. Das Landesschulamt hatte nicht nur als Idee, Verwaltung zu konzentrieren und einzusparen, sondern auch dafür Sorge zu tragen, das, was bisher in kommunaler Herrschaft passierte, nämlich die Bevormundung der Schulen, zurückzudrehen.

Nachdem Sie das Landesschulamt nun zur Abteilung IV des Kultusministeriums machen wollen, sind wir sehr gespannt – man wird sehen, wie viel das einspart, das ist sozusagen ein anderes Etikett, aber die Grundidee bleibt –, ob Sie in Zukunft weiter dafür Sorge tragen, dass Schulen in Hessen wirkliche Freiheit haben.

Ich bin aufgeschreckt, als Herr Wagner in der gemeinsamen Fernsehsendung sagte, man wolle nun die Rolle des Kultusministeriums darin suchen, dass es vor Ort moderierend eingreife. Die FDP und auch die Union – zumindest in früheren Zeiten – wollten nicht, dass dieses Kultusministerium Entscheidungen der Schulen vor Ort konterkariert oder lenkt, sondern dass dieses Kultusministerium einen Rahmen dafür setzt, dass freie Entscheidungen in den Schulen getroffen werden können. Das muss das Ziel sein.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte nicht, dass Wiesbaden den Schulen Hinweise gibt, dies oder jenes zu tun: Kehr lieber zu G 9 zurück, sonst kommt die Strafe aus Wiesbaden. – Das sollte nicht das Credo hessischer Kultuspolitik sein. Das deutet sich dort jedoch an.

Bei der Frage der Lehrerversorgung bin ich sehr gespannt. Sie haben sich viel vorgenommen, nachdem einiges aus den Koalitionsverhandlungen herausgesickert ist. Ich halte es ausdrücklich für richtig, an dieser Stelle nicht zu sparen. Die Schwerpunktsetzung in der Bildung ist die absolut richtige. Sie werden jedoch den Hessinnen und Hessen auch erklären müssen, was die Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet. Herr Schäfer-Gümbel hat recht mit seiner Aussage, dass Sie noch nichts gespart haben.

Das Erste, was diese Regierung gemacht hat, ist die Ankündigung gewesen, die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 41 Stunden zu reduzieren. In der Bildung wird das 2.000 Lehrerstellen einfordern. Wie Sie das kompensieren wollen, haben Sie heute nicht gesagt. Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch und nicht auf vollmundige Reden.

(Beifall bei der FDP)

Das Gleiche gilt für die Wissenschaft. Wir haben in diesem Land gemeinsam vereinbart, dass Bildung in diesem Land ein Kernpunkt ist. Wenn man für die Hochschulen Mittel streckt, ist das doch nichts anderes, als dass man in mehr Jahren weniger ausgibt. Das kann man auch kürzen nennen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Marius Weiß (SPD))

Sie strecken die Mittel. Was ist das denn sonst? Ich bin bei Ihnen, dass wir über Konzepte streiten werden. Wir werden eigene Konzepte einreichen, so wie es die GRÜNEN vorher in der Opposition auch gemacht haben. Sie müssen sich aber auch an der Frage orientieren, was Sie früher selbst verlangt haben – hier liegt uns vor allem an der Union. Das Sparen halte ich für ausdrücklich falsch. Die Hochschulen sind unser bildungspolitisches Asset auch im Wettbewerb mit den anderen Ländern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Weg können wir nicht unterstützen.

(Beifall bei der FDP – Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo sparen wir denn?)

Die großen Herausforderungen, die dieses Land vor sich hat, liegen sicherlich in der Finanzpolitik. Herr Kollege Wagner, ich will ausdrücklich sagen, dass ich bei Ihnen bin. Es ist aber keine große Leistung, die Verfassung einhalten zu wollen. Das ist die Verpflichtung dieser Regierung. Sie werden natürlich einen Haushalt ohne Schulden machen, sollten Sie so lange regieren. Das verlangt die Verfassung von Ihnen. Das ist kein freiwilliges Geschenk der GRÜNEN an die Bürger in unserem Land, sondern es ist die Einhaltung der rechtlichen Grundlagen, die wir in diesem Land haben. Mehr, aber auch nicht weniger, darf man von Ihnen nicht erwarten. Wir werden jedoch genau schauen, ob Sie das auch ohne Mogeln schaffen. Der Weg ist von uns beschrritten worden, die klare Richtlinie ist vorgegeben worden.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja!)

– Natürlich ist es so, fragen Sie die Kollegen der Union. – Jetzt muss dieser Weg weitergeführt werden. Wir werden uns anschauen, ob nach der Vergrößerung des Sozialbudgets und anderer grüner Lieblingsthemen dieser Weg weitergegangen wird. Die Verfassung wird von diesem Landtag beachtet werden müssen. Die Verfassungsänderung ist von den Bürgerinnen und Bürgern verlangt worden. Wir werden genau darauf achten, ob Sie auf die schönen Worte auch kluge Taten folgen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich gibt es neben der Finanzpolitik an vielen Stellen Wirtschaftsprobleme und Themen, die auch Lieblingsthemen der GRÜNEN waren. Ich bin sehr gespannt, wie sich das mit den Positionen der Union, die wir bisher kannten, verträgt.

Lieber Walter Arnold, neben der Tatsache, dass die Änderung des § 121 HGO für uns alle spannend werden wird, kann ich nur die Kritik des hessischen Handwerks an dieser Stelle unterstreichen: Mehr kommunale Betätigung führt sicherlich nicht zu besseren wirtschaftlichen Bedingungen. – Wir erleben als Kommunalpolitiker, wie viel Irrsinn passiert, wenn Kommunen sich wirtschaftlich betätigen. Das wird mit Sicherheit nicht besser werden, wenn wir die Grenze des § 121 HGO aufweichen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben sie mit großer Schwierigkeit vereinbart. Es wird spannend sein, zu sehen, wie sich das Ganze weiterentwickelt. – Das zum Thema Energie.

Das Gleiche gilt beim Thema Mittelstandsgesetz. Wir werden uns sehr genau anschauen, wie diese Regelungen geändert werden und ob das, was aus dem Koalitionsvertrag herauszulesen ist, eher mittelstandsfeindlich ist. Ich halte das für sehr schwierig. Wir werden uns das sehr genau anschauen. Zuletzt müssen die Worte im Gesetzentwurf stimmen und nicht die netten Worte des Kollegen Arnold. Lieber Walter, das ist mir an der Stelle zu wenig. Ich bitte um Verzeihung.

(Beifall bei der FDP)

Zum Thema Breitbandausbau hatte die CDU noch vollmundig versprochen, bis zum Jahr 2016 alle Haushalte mit schnellem Internet zu versorgen. Im Koalitionsvertrag findet sich überhaupt kein Datum mehr, das ist herausgefallen.

Ich halte es für einen großen Fehler, dass der Zeitdruck, den wir hier gemeinsam vereinbart haben – Ministerpräsident Bouffier hat immer sehr darauf geachtet, dass das passiert –, in diesem Koalitionsvertrag keine Rolle spielt. Stattdessen wird auch an dieser Stelle mit diesem netten Angebot gearbeitet: „Wir öffnen § 121 HGO, und ihr Kommunen dürft ein bisschen selbst herumwursteln“. Auch das zeigt, es gibt kein Konzept, sondern den Versuch, die Kommunen einzukaufen. Aber ich kann Ihnen sagen, das Ergebnis wird für dieses Land kein gutes sein. Schade, dass wir auch hier den Spitzenplatz verlieren werden.

(Beifall bei der FDP – Dr. Walter Arnold (CDU): Steht aber nicht im Koalitionsvertrag!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Union, auch beim Thema Verkehr muss ich den GRÜNEN ein Kompliment machen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das macht mir Angst!)

Nicht nur, dass sie das dafür zuständige Umweltministerium und Regierungspräsidium für alle Genehmigungen in einer Hand haben – ein kluger Schachzug, wenn man aus grüner Sicht das Land verändern will –, nein, beim Thema Verkehrspolitik haben Sie zugelassen, dass Investitionen massiv in Richtung des ÖPNV verschoben werden, und Kürzungen im kommunalen Straßenbau zugestimmt. Auch da werden wir uns im Haushalt genau ansehen, wie es umgesetzt wird. Ich kann nur sagen, dass mich die Frage des kommunalen Straßenbaus in den letzten zwei Jahren nicht nur deshalb so beschäftigt hat, weil er so wichtig für unser Land ist, sondern auch weil die vielen Unionsabgeordneten vor Ort immer darauf geachtet haben, dass ihre Kommune nicht zu kurz kommt. Das war richtig so.

(Zuruf des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

– Herr Kollege Warnecke, auch Sie waren dabei und haben viel für Ihre Region eingeworben, auch die Schreiben habe ich noch; das will ich ausdrücklich sagen. – Wir werden uns sehr genau anschauen, ob das in Zukunft durch den ÖPNV oder durch das berühmte Radschnellwegenetz kompensiert wird, das demnächst 100 km durch unser Land gehen soll; eine Forderung, die Herr Minister Al-Wazir auch schon im Wahlkampf aufrechterhalten hat. Radschnellwege sind eine schöne Idee, aber sie werden das, was wir in diesem Land an kommunalem Straßenbau zu leisten haben, nicht kompensieren können. Gerade beim Thema ländlicher Raum und Infrastruktur darf nicht gespart werden, das ist das Rückgrat unserer wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Land – ein großer Fehler, wenn es so kommen sollte.

(Beifall bei der FDP)

Es wurde der nette, auch vom Ministerpräsidenten erwähnte Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ installiert. – Herr Ministerpräsident, das ist ein Grundsatz, den wir auch in den vergangenen Jahren beherzigt haben. Aber ich kann nur sagen, dass die vielen Umgehungsstraßen, an denen wir z. B. in den letzten Jahren gearbeitet haben, auch das Ziel hatten, nachhaltig und ökologisch in diesem Land zu arbeiten: Verkehr, den wir durch Umgehungsstraßen aus den Orten herausziehen, ist der beste Umweltschutz, den dieses Land betreiben kann.

Was aber jetzt durch Erhalt vor Neubau passiert, ist natürlich der charmante grüne Ausweg davor, sich mit vielen Neubauprojekten auseinandersetzen und vor Ort die Diskussion mit BUND oder NABU führen zu müssen. Schade, dass Sie sich darauf eingelassen haben. Dieser Versuch ist mittlerweile auch in anderen Ländern installiert worden, und er bedeutet eben, dass Sie Ihren Freunden vor Ort sagen müssen, dass Umgehungsstraßen in Zukunft nicht mehr gebaut werden. Das ist schade für die Menschen in den Regionen, es ist schade für den Planungsaufwand, den wir bei diesen Projekten bereits in Millionenhöhe hinterlegt haben, und es ist auch deshalb schade, weil aus meiner Sicht an vielen Stellen – da geht es teilweise auch um Bundesmittel – diesem Land Geld verloren geht, das wir dringend nach Hessen holen müssten. – Schade, dass Sie dem zugestimmt haben.

(Beifall bei der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Das Leben ist kein Wunschkonzert!)

– Ja, das Leben ist kein Wunschkonzert, das stimmt. Aber man kann sich immer aussuchen, mit wem man regiert. Insofern glaube ich, diese Punkte wären mit anderen Koalitionspartnern einfacher.

Ich will aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Union natürlich auch an anderen Stellen Zugeständnisse gemacht hat, die mich aufgrund der gemeinsamen Wahlkampfführung überrascht haben. Ich sage das auch ganz offen zum Kollegen Beuth, der jetzt als Innenminister eine wichtige Aufgabe in diesem Land übernommen hat: Angesichts der geplanten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien und der Windkraft in diesem Land wird man wegen der einen oder anderen Rede des Kollegen Beuth, die er gemeinsam mit mir bei der BI gegen übermäßig viel Windkraft auf dem Taunuskamm hier auf dem Schlossplatz gehalten hat, schon hinterfragen müssen, was richtig und was falsch ist.

Das Problem bei dem Thema erneuerbare Energien ist, dass wir schon wieder anfangen, den Versuch zu unternehmen, den Menschen zu erklären, erneuerbare Energien seien ein hessisches Thema. Wir haben gemeinsam – z. B. mit Herrn Kollegen Schäfer, den ich dafür nur loben kann – darauf hingewiesen, dass es sinnvoll und dringend wäre, auf Bundesebene eine Koordinierung der bestehenden Ausbaupläne der Länder vorzunehmen. Wir sind mittlerweile nicht mehr bei 160 % Zuwachs an erneuerbaren Energien, wenn man alles zusammenzählt, sondern liegen mit den Ankündigungen von Hessen, aber auch anderer rot-grüner oder grün-roter Länder deutlich über diesen 160 %. Es ist ja schön, dass diese Ziele dort definiert werden, aber solange diese Energie nicht speicher- und transportierbar ist, ist es ziemlich dämlich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Es mag ja sein, dass das sozusagen notwendig ist, um einen schwarz-grünen Koalitionsvertrag festzulegen; aber das macht es beileibe nicht richtig. Deswegen ist im Zusammenhang mit der Verdopplung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, gerade der Windkraft – sie ist die effizienteste der erneuerbaren Energien, da bin ich bei Ihnen, Frau Wissler, aber Speicherung und Transport dieses Stroms wären trotzdem notwendig –, die Frage entscheidend, wie wir mit den Menschen in Hessen umgehen.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich kann nur sagen, dass das, was hier droht – nämlich eine Installation von Windkraft auch gegen den Willen der Menschen –, mich deshalb wundert, weil auch die GRÜNEN immer vertreten haben, dass Energiepolitik nicht gegen den Willen der Menschen gemacht werden dürfe. Das war ein Argument, das ich in diesem Landtag gehört habe, seitdem ich ihm angehöre. Dieses Argument zählt beim Thema erneuerbare Energien nicht mehr. Vielmehr wird in gute Energie – erneuerbare Energie – und schlechte Energie – das sind konventionelle Energieträger – eingeteilt. Damit machen Sie es sich deutlich zu einfach, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß, dass aufseiten der Bürgerinitiativen viele überrascht sind, was das Verhalten der Kollegen von der Union angeht. Damit werden wir uns sicherlich auseinandersetzen müssen. Aber ich kann nur sagen, dass wir uns auf jeden Fall genau anschauen werden, ob das, was wir gemeinsam

vereinbart haben – 1.000 m und eine Mindestwindgeschwindigkeit von 5,75 m/s –, auch eingehalten wird, weil ganz klar ist, dass eben diese Regeln dazu geführt haben, dass es keine besondere Bedrohung für die Menschen gibt. Ich hoffe nur, dass es auch in Zukunft so ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Beim Thema EEG-Reform hat diese Koalition einiges vereinbart; ich will gar nicht so lange darauf eingehen. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich glaube, dass Herr Gabriel schon richtige Schritte ergriffen hat. Es ist zum Schluss leider nur eine Strompreispbremse, aber ich kann nur sagen, dass das, was hier sozusagen mit einem Kapazitätsmarkt, der subventioniert werden soll, geplant ist – nämlich die ersten fehlerhaften Subventionen wieder auszugleichen –, auch kein sehr sinnvoller Vorschlag ist. Subventionen mit Subventionen zu korrigieren, ist keine sinnvolle Maßnahme. Sie ist nicht marktwirtschaftlich,

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

findet aber trotzdem Berücksichtigung in diesem Koalitionsvertrag – da kann man sich nur wundern.

Die Wahlprogramme könnte ich stundenlang auseinandernehmen. Kollege Wagner hat gesagt: „Messen Sie uns doch nicht an dem, was wir gesagt haben; Kompromisse sind in Koalitionen nötig.“ – Das spielt alles keine Rolle mehr, Herr Kollege Wagner, da machen Sie es sich zu einfach. Sie haben den Menschen, die Sie gewählt haben, ihre Stimme mit einem besonderen Versprechen abgenommen. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen – glauben Sie mir, ich weiß, wovon ich rede, ich weiß, was passiert, wenn man das nicht einhält –, dass Sie das selbst werden verantworten müssen. Aber ich sage auf der anderen Seite auch, Sie können es sich hier nicht so einfach machen nach dem Motto: „Wir wollten den Beamten nur Gutes und mussten dann an einigen Stellen leider etwas anderes machen.“

Das Problem ist, dass dieser Koalitionsvertrag keine wirkliche Strategie hinsichtlich der Frage hat, wie Sie sparen. Es zieht sich kein roter, grüner oder schwarzer Faden durch diesen Koalitionsvertrag – trotz des schönen Satzes, dass auch Grüne schwarze Zahlen wollen. Aber deshalb müssen Sie eben an vielen Stellen den Bürgern in die Taschen greifen. Die Grunderwerbsteuererhöhung wäre doch nicht notwendig gewesen, wenn man sich wirklich einmal zusammengesetzt und überlegt hätte, ob man sparen kann. Stattdessen machen Sie ein Sozialbudget und satteln dort auf anderer Seite Geld auf. Deshalb müssen Sie Eigentümern in diesem Land mehr abnehmen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, ich bezweifle, ob das für die Hauslebauer so günstig wird, nach dem Motto: „Das 1 % können die auch noch vertragen.“ – Das ist ein Argument, das mir sehr bekannt vorkommt. So hat die Union schon einmal argumentiert, als sie uns die Grunderwerbsteuererhöhung abgenommen hat.

Insofern werden wir auch diesen Sachverhalt genau hinterfragen, Herr Kollege Wagner. Wir werden Sie aber auch immer wieder daran erinnern, was Sie versprochen haben. Ihre Wahlprogramme und -papiere waren schon sehr eindeutig, das muss man Ihnen lassen. Nur sind Sie in diesem Koalitionsvertrag leider nicht sehr eindeutig. Da sind Sie extrem schwammig, da kann man an den meisten Stellen

alles hineininterpretieren. Deshalb ist es natürlich auch nicht so einfach, Sie daran zu messen; denn was später herauskommt, kann man aus diesem Koalitionsvertrag nur sehr, sehr schwer ablesen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Das Thema Bürgerrechte, Frau Kollegin Wissler sagte es bereits, spielt kaum eine Rolle. Wir werden das Thema Vorratsdatenspeicherung in diesem Landtag einbringen, da wir es für notwendig halten. Genauso werden wir bei der Frage der massiven Veränderungen für Beamte sehr genau überprüfen, was Sie dort vorhaben. Ich habe nichts dagegen, in diesem Land gemeinsam darüber zu diskutieren, ob Menschen, die eine sichere Arbeitsstelle haben wie die Beamten, vielleicht auch in die Solidarität aufgenommen werden müssen. Aber was Sie sich in Form eines Sonderopfers vorgestellt haben, wurde schon in Rheinland-Pfalz vom dortigen Gerichtshof abgelehnt. Da frage ich mich, warum man so etwas in einen Koalitionsvertrag aufnimmt, wenn man eigentlich wissen müsste, dass die Aussicht auf rechtliche Realisierbarkeit solcher Vorschläge relativ gering ist. Deshalb hätte ich mir auch hier gewünscht, einen seriöseren Vorschlag von Ihnen zu hören.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Ich bin froh, dass die GRÜNEN mit der Forderung nach der Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder gescheitert sind; das ist richtig. Aber ich bin genauso froh, dass es den GRÜNEN auf der anderen Seite gelungen ist, die Stärkung der Akzeptanz der Rechte von sexuellen Minderheiten im Koalitionsvertrag unterzubringen.

Ich sage ganz ausdrücklich: Respekt, wir als Liberale haben mit dem islamischen Religionsunterricht, aber auch mit der Frage einer völligen Gleichstellung beim Lebenspartnerrecht im Landesrecht selbst vieles erstritten. Ich verstehe nicht, warum es hier drin steht; denn es ist erfüllt. Aber vielleicht ist es ein Überbleibsel aus dem Wahlprogramm der GRÜNEN.

Ich kann an der anderen Stelle aber nur sagen: Ich freue mich sehr, wenn Sie das gemeinsam in der Regierung umsetzen. Da werden Sie unsere Unterstützung haben. Das macht Sinn. Es ist notwendig, um Hessen auf einem modernen Pfad weiterzubringen. Wir haben es begonnen, und wir wünschen den GRÜNEN hier auf jeden Fall alles Gute.

(Beifall bei der FDP)

Bei der Integration wundert es mich. Der neue Staatssekretär ist da. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit, Herr Staatssekretär. Aber früher war dies ein Thema des stellvertretenden Ministerpräsidenten. Ich will es ausdrücklich sagen: Ich hatte schon gedacht, dass das Thema Integration gerade für die GRÜNEN so wichtig ist, dass es, ohne den Staatssekretär zu diskreditieren, ein Ministerthema ist und bleibt. Der Stellenwert hat sich relativiert.

Trotzdem sage ich, Herr Dreiseitel: Es ist ein wichtiges Thema, wo wir sogar gelegentlich gemeinsam, Regierungsfractionen und Oppositionsfractionen, etwas auf den Weg gebracht haben. Da haben wir in Hessen viel erreicht, trotz Widerständen aus der einen oder anderen Reihe in diesem Landtag. Ich glaube, dass Sie hier, wenn Sie diesen Weg weitergehen, unsere volle Unterstützung haben.

Integration ist für dieses Land überlebenswichtig. Nicht nur bei der Einbindung von Minderheiten, sondern auch bei Weltoffenheit und Toleranz sind wir ein Musterland, wenn wir uns im Vergleich zu anderen Ländern sehen. Das wollen wir weiter ausbauen. Alles Gute für diese wichtige Aufgabe.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb wollen wir den Tag heute nicht zu lang werden lassen. Wir wollen Sie nicht an der Arbeit hindern. Die Regierung will loslegen und sich nicht nur im Landtag umgucken. Das halte ich für richtig. Wir werden dann schauen, was genau dabei herauskommt.

Deswegen, meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident und Herr stellvertretender Ministerpräsident: Ich drücke Ihnen die Daumen, dass das, was Sie sich vorgenommen haben, an vielen Stellen klappt oder auch nicht klappt. – Ich weiß nicht, was Sie sich vorgenommen haben. Aber es wird spannend sein, zu beobachten, wie Sie den Dissens, der sich schon an vielen Stellen angedeutet hat, in den nächsten Monaten weiter diskutieren werden.

Es gibt Streit, das kann man nicht übersehen. Der Streit wird noch durch die Euphorie der Koalitionsbildung und der Regierungstätigkeit überdeckt, keine Frage. Das ist am Anfang so. Aber es wird spannend werden, ob der Streit oder die Sachthemen im Vordergrund stehen.

Ich kann dem Land und auch dem Landtag nur wünschen, dass die Sachthemen im Vordergrund stehen und dass es zum Schluss mehr ist, als nur zu verwalten, dass das Wort gestalten auch in Ihrer Politik vorkommt. Daran werden wir Sie messen. Seien Sie sich sicher: Wir werden Sie nicht schonen, aber in der Sache und im Stil ordentlich, wie dieser neue Landtag es von allen erwartet. In dem Sinne auf gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Für die Fraktion der CDU hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Boddenberg, das Wort.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Einen schönen guten Abend und zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an Herrn Kollegen Rentsch, dass er so pfleglich mit unserer abendlichen Zeit umgegangen ist. Ich glaube nicht nur, dass wir, die Regierungskoalition, gleich mit der Arbeit beginnen wollen, sondern auch, dass wir heute Abend eine ganze Reihe von Veranstaltungen haben, wo es unhöflich wäre, wenn wir so viel zu spät kämen, wie Sie, Herr Klee, es heute Morgen befürchtet haben.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wer ist schuld? Der Ministerpräsident!)

Da ich gerade beim Dank bin, will ich ausdrücklich zunächst einmal dem Ministerpräsidenten danken.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Für die Zeitverzögerung?)

Denn ich weiß, dass es eine sehr arbeitsintensive Aufgabe ist, eine Regierungserklärung zu schreiben und darüber

nachzudenken: Wie schaffe ich den Spagat, einerseits alles und jedes zu berücksichtigen, ohne Gefahr zu laufen, dass die Opposition mir am Ende vorhält, dass ich einen wesentlichen Punkt vergessen habe, andererseits einigermaßen die Redezeit einzuhalten,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Soll das jetzt ein Witz sein? Das war die Verdoppelung der Redezeit!)

aber vor allem in einer relativ kompakten Form das Koalitionswerk und unsere Arbeitsaufträge für die nächsten fünf Jahre darzulegen? Ich finde nicht nur, dass das glänzend gelungen ist, sondern dass wir heute alle gelernt haben, dass ganz viel Arbeit vor uns liegt. Ich danke allen Kollegen des Hessischen Landtags, die dem Ministerpräsidenten und der neuen Landesregierung herzlich Glück gewünscht haben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will dennoch heute nicht vergessen, lieber Kollege Rentsch und liebe Kollegin und Kollegen von der FDP – ich finde, auch das gehört zu Beginn einer neuen Legislaturperiode dazu –: Der Satz war völlig richtig, lieber Florian Rentsch, dass das Land gut und geordnet übergeben worden ist in diese neue Legislaturperiode, und daran hat die FDP gemeinsam mit der Union viel Anteil. Daran haben auch Oppositionsfraktionen Anteil durch den Streit, den es auch in der letzten Legislaturperiode gegeben hat. Ich will ausdrücklich sagen: Das ist eine Zusammenarbeit, die nicht nur erfolgreich war, sondern auch sehr verlässlich, sehr vertrauensvoll und insofern vielleicht doch nicht immer so selbstverständlich, wie das beim Blick auf andere Landesparlamente – ich rede nicht von Hessen – da und dort festzustellen ist. Es ist also keine Selbstverständlichkeit, sondern nach wie vor etwas, wofür wir uns herzlich bedanken wollen: für diese fünf Jahre der gemeinsamen Arbeit für Hessen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist angesprochen worden, allen voran von Herrn Schäfer-Gümbel, dass wir über die Sondierungsgespräche und später die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und GRÜNEN möglicherweise eines gelernt haben: dass das eine oder andere Klischee – vielleicht sagt man sogar besser: Vorurteil – zumindest mit Fragezeichen versehen werden muss. Ich höre aus den Sondierungsgesprächen zwischen der CDU und der SPD, bei denen ich noch nicht zugegen war, dass es dort eine sehr ordentliche, eine sehr faire, vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre gegeben hat und auch den beiderseitigen Respekt bis hin zu der offenen Absicht, eine Partnerschaft zu versuchen. Dass es jetzt nicht so gekommen ist, müssen wir nicht alle rückwirkend zu bewältigen versuchen. Dazu haben Sie heute Ihren Beitrag geleistet. Andere werden es sicherlich noch in den nächsten Monaten tun.

Ich will sagen, an Herrn Schäfer-Gümbel und die Sozialdemokraten gerichtet: auch dafür ein herzliches Dankeschön. Ich gehe davon aus, und ich finde, das zeigt auch die heutige Debatte, dass wir alle gelernt haben, dass der Umgang miteinander zwar hart in der Sache, aber fair im Miteinander und in Partnerschaft sein kann, auch zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen. Ich fand das heute einen gelungenen Auftritt, ausdrücklich auch an Ihre Adresse gerichtet.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD)

Dann wollen wir auch nicht vergessen, dass wir in einem demokratischen Wettstreit stehen. Ich gebe zu, es wird allen so gehen: Wir haben zunächst einmal unsere Arbeitsprogramme zu bewältigen. Dazu gibt es dann einen Fahrplan für die nächsten fünf Jahre aufseiten der Regierung und der Regierungskoalition, aber sicherlich auch Vorschläge und Vorstellungen innerhalb der Oppositionsfraktionen, wie sie sich die nächsten fünf Jahre vorstellen.

Bei mir entwickelt sich da so langsam eine Vorstellung, aber ich will ausdrücklich sagen: Wie das in vier oder fünf Jahren aussieht, dazu fehlt mir noch ein wenig die Fantasie. Das sage ich deswegen, weil heute zwar an einigen Stellen durchaus parteiübergreifend von Konsens und gemeinsamen Zielen geredet worden ist, aber wir am Ende nicht vergessen dürfen, dass irgendwann wieder ein Wahltag ins Haus steht, nicht nur zwischendrin eine wichtige Europawahl und eine Kommunalwahl, sondern – nach der Wahl ist vor der Wahl, das ist ein geflügeltes Wort, das uns allen manchmal leicht von den Lippen geht – in viereinhalb oder fünf Jahren wieder ein Wahlkampf und Wahltag. Warum sage ich das?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das frage ich mich auch!)

Ich sage es deswegen, weil eines bei allem partnerschaftlichen Miteinander auch aufseiten der Opposition nicht passieren darf: dass die Menschen vor einer Wahl in diesem Land auf die Idee kommen, dass eigentlich egal ist, wer regiert. – Ich glaube, alle miteinander haben sich heute vorgenommen, dass wir sehr wohl aufzeigen werden, dass es nicht egal ist, wer regiert. Die Alternativen müssen deutlich werden. Das ist etwas, worüber wir uns nicht unterhalten und streiten müssen. Im Gegenteil, das vereint uns alle. Das ist auch notwendig. In einer Demokratie braucht es die berühmten Parteiprofile und die Alternativangebote, damit Menschen überhaupt einen Grund haben, zur Wahl zu gehen.

Liebe Frau Wissler, dass Sie jetzt fröhlich lächelnd hersehen, könnte ich so interpretieren, dass bei Ihnen die Alternativen wirklich auf der Hand liegen. Da machen Sie es dem Wähler nicht allzu schwer.

(Beifall bei der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Bei uns ist es wenigstens klar! Das ist schon richtig!)

Das wiederum bedeutet aber, wenn man allen Debattenbeiträgen heute folgt, dass wir eine gewaltige Herausforderung vor uns haben. Ich habe es in einigen Interviews immer wieder gesagt und es für mich jedenfalls – ich glaube, das werden viele hier im Haus so sehen – auf den Punkt gebracht: Diese Welt ist in den letzten 20 Jahren anders geworden. Das gilt für die Sicherheitspolitik auf dem internationalen Parkett. Seit 1989 sind die Schablonen da nicht mehr so ganz stimmig. Aber das gilt auch für vieles, was wir in den letzten Jahren erlebt haben.

Um es auf den Punkt zu bringen: Es gibt kaum noch Lösungen, die schwarz oder weiß bedeuten, sondern es gibt ganz häufig Lösungen, die Kompromisse bedeuten. Es hat wohl auch in den seltensten Fällen einer nur recht und der andere nur unrecht. Auch das will ich begründen, und es ist notwendig, heute zu sagen: Das heißt auf der anderen Seite, dass wir eine große Herausforderung haben, das bei teil-

weise sehr komplexen Sachverhalten den Menschen in diesem Land zu vermitteln.

Wenn man in den Statistiken der Medienforscher sieht, dass ungefähr jeder Fünfte eine Tageszeitung liest, das Internet als Medium rasant zunimmt, aber eben auch für eher kurze, knappe Überschriften, Botschaften und Informationen zuständig ist und selten bis zu gar nicht Menschen bereit sind, sich längerfristig mit schwierigen Sachverhalten auseinanderzusetzen, dann ist das wirklich eine große Herausforderung.

Dafür kann man viele Beispiele aus der Vergangenheit anführen. Ich nehme zwei heraus, wenn ich darf. Ja, wir haben über viele Jahre – das ist jetzt kein nur landespolitisches Thema – über den Finanzmarkt, über die Eurokrise und das Gebaren der Finanzdienstleistungsunternehmen gesprochen. Gerade die Landesregierung, aber auch wir als Landespolitiker haben notwendigerweise ein sehr waches Auge auf die Entwicklung dieser Branche, auch auf den einen oder anderen Exzess in dieser Branche, sicherlich auch darauf, dass dort 80.000 Menschen in Frankfurt und in der Region arbeiten.

Deshalb sage ich: Ja, uns eint sicherlich die Vorstellung, dass wir diese Exzesse beseitigen müssen. Übrigens ist da auf Bundesebene viel mehr passiert, als man landauf, landab so meint, mit über 60 gesetzlichen Regelungen, die Missstände, die es früher gegeben hat, dort verhindern. Aber dort ist nach wie vor einiges zu tun.

Ich finde, was sich niemand von uns erlauben sollte, ist, eine ganze Branche und 80.000 Menschen in Frankfurt, in Hessen, und 450.000 Menschen in Deutschland nach dem Motto in eine Ecke zu rücken: Wenn man da draufhaut, ist es einigermaßen populär, und es gibt Zustimmung eines breiten Publikums. – Das halte ich für falsch. Wir sollten uns nicht nur an diesem Beispiel, sondern an vielen Beispielen vor Augen führen, dass das so ist.

Ich will Sie nicht überstrapazieren. Aber ich will zwei, drei Politikfelder, die heute angesprochen worden sind, in dem Zusammenhang nennen. Warum ist es bei der Energiewende – heute ist zu Recht gesagt worden, das ist eines der herausragendsten, vielleicht eines der größten wirtschaftspolitischen Umbauprojekte, die es jemals auf diesem Globus gegeben hat – denn falsch, dass man nach dem Motto verfährt: „Nicht der Schnellste, sondern der Vernünftigste sollte am Ende gewinnen“?

(Ministerpräsident Volker Bouffier: So ist das!)

Da bin ich sehr schnell bei dem, was heute hier an verschiedenen Stellen angesprochen worden ist. Ich sage ausdrücklich: Aus meiner Sicht gibt es dort auch keinen Streit, weil das Ziel, bis 2050 dahin zu kommen, dass wir nahezu 100 % regenerative Energien in diesem Land haben, weitgehend Konsens ist – jedenfalls kenne ich hier beim Blick ins Plenum keine anderslautenden Stimmungen und Meinungen.

Herrn Al-Wazir habe ich einmal in einer Wahlkampfveranstaltung gesagt: Eines dürfen wir nicht vergessen, nämlich wo eigentlich dieses Ziel herkommt. Salopp gesagt und bildlich gesprochen, haben wir uns einmal vorgenommen, wir sollten und wollen weiterhin die Eisbären retten, nicht nur, weil das sehr sympathische und anschauliche Mitgeschöpfe sind,

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

sondern weil wir wissen – lieber Herr Kaufmann –, dass sie sehr symbolhaft für diese Klimakatastrophe stehen, von der viele behaupten, dass sie eintreten wird und kann, wenn wir uns nicht dramatisch verändern, und manche sagen, das sei alles Käse, und man könne belegen, dass das so nicht kommt. Dazu sage ich nur: Mir ist es lieber, wir sind dort vorsichtig, als dass wir denen glauben, die meinen, dass man das wissenschaftlich und statistisch wegmauscheln kann. Wir haben dort eine gewaltige Aufgabe.

Aber zurück zu den Eisbären. Ja, wir haben uns vorgenommen, dieses Zwei-Grad-Ziel einigermaßen zu erreichen, am besten sogar zu unterschreiten, und nicht nur den Eisbären im Blick zu haben, sondern diesen Globus und diese Welt. Spätestens seit den Katastrophenfolgen des Tsunamis, der um die zehn Jahre her ist, wissen wir, wovon wir dabei reden.

Wenn man dieses Ziel nach vorne stellt und wir uns darin alle einig sind, dann kann man aus meiner Sicht nicht auf die Idee kommen, dass 6 Millionen Hessen oder 80 Millionen Deutsche allein dieses Problem beseitigen können.

Kolleginnen und Kollegen aller derjenigen Fraktionen, die sich hinter diesem Ziel versammeln, wenn wir wirklich etwas erreichen wollen, ist es deswegen notwendig, dass wir auch andere, also Menschen, Regierungen und Volkswirtschaften außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, davon überzeugen, dass das klug ist. Das schafft man am besten, indem man den Chinesen, den Brasilianern, den Nordamerikanern, den Indern und anderen sehr wachstumsstarken Volkswirtschaften eines jedenfalls erklärt, nämlich nicht nur, wie die technische Seite geht, sondern auch, wie es geht, ohne dass man ihre Volkswirtschaft zugrunde richtet.

Ich formuliere das etwas überspitzt, soll heißen: Ich glaube, wir haben eine Chance, hier ein Zukunftsmodell nicht nur für unsere Volkswirtschaft, für unsere Energieversorgung, sondern weit darüber hinaus zu schaffen. Ich finde, da macht es Sinn, dass man noch einmal klug darüber nachdenkt, wie man es hinkriegt, dass die Ökologie funktioniert, dass die Technologie funktioniert, dass aber auch die wirtschaftliche Seite funktioniert. Ich finde, wir haben allen Grund, noch ein wenig zu streiten. Das sollten wir gern hier gemeinsam tun.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auf zwei, drei Punkte eingehen, die in dem Zusammenhang auch angesprochen worden sind. Lieber Kollege Rentsch – er ist jetzt gerade nicht im Saal, aber vielleicht hört er draußen zu –

(Jürgen Lenders (FDP): Bestimmt!)

– Ja. – Wir haben uns in diesem Koalitionsvertrag auch mit der Frage befasst, wie es mit der Akzeptanz solcher Projekte ist. Um es konkret zu sagen: Ja, wir – Walter Arnold und andere – haben gemeinsam mit den GRÜNEN in der Koalition darüber gesprochen, wie wir die Akzeptanz erhöht bekommen. Wir müssen das heute nicht mehr wiederholen. Sie können das gern weiter tun, Frau Wissler. Ich habe sehr wohl auch hier am Pult vor einigen Jahren zu den Windkraftmonstern Stellung genommen. Ich bleibe bis heute dabei, dass ich mich dafür nicht schämen muss, sondern wir allesamt wissen, dass in Wahlkämpfen häufig zugespitzt wird,

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) – Gegenruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

weil, wenn Sie das nicht tun, halt keiner zuhört. Man kann jetzt im Nachhinein sagen, es war erfolgreich, es ging vielleicht eine Nummer kleiner. Das ist alles richtig und unbestritten. Aber es bleibt beim Kern dieser Aussage, dass wir es einigermaßen raumverträglich und so hinbekommen wollen, dass es eine breite Akzeptanz gibt.

Zu dieser Akzeptanz gehört unter anderem die Änderung des § 121 HGO. Die machen wir doch nicht einfach einmal so, nur weil grüne Politiker in diesen Koalitionsverhandlungen glaubten, sie müssten einmal alte Baustellen wiederbeleben und mit uns über die Frage „privat oder Staat“ reden. Nein, die machen wir dort aus einem ganz bestimmten Grund.

Ich glaube nämlich, es ist das gute Recht der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, wenigstens das Gefühl zu haben, sie sehen nicht nur das Windrad und tragen zur Verhinderung der Klimakatastrophe bei, sondern sie haben auch eine Chance, davon – zumindest über ihre Gemeinde – zu profitieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Sehr richtig!)

Darüber muss man nicht streiten. Darüber kann man streiten, wenn man die eine Seite sieht, nämlich eher die nach dem alten Motto „immer privat statt Staat“. In den letzten Jahren habe ich zugegebenermaßen dort auch einiges dazugelernt.

Weil wir gerade dabei sind: Herr Kollege Rentsch hat die Breitbandversorgung angesprochen. Dass die Ziele im Koalitionsvertrag weniger ambitioniert seien, als wir sie früher vorgetragen haben, kann ich nicht erkennen – im Gegenteil. Nur eines geht auch dort nicht. Auch dort habe ich zugegebenermaßen ein wenig in den letzten 10, 15 Jahren dazugelernt.

Ich komme aus dem Mittelstand, aus der Wirtschaft, übrigens aus dem Handwerk, das hier dauernd wiederholt als Kronzeuge aufgerufen wird. Die Handwerker waren sehr einverstanden mit dem, was wir zu dieser Frage im Koalitionsvertrag aufgeschrieben haben. Nehmen wir noch einmal die Breitbandversorgung. Dort kann es nicht sein, dass sich Private am Ende einige wenige Kommunen aus einem gesamten Kreis herauspicken und sagen: Den Rest macht die öffentliche Hand. – Das kann so nicht funktionieren.

Deswegen halte ich es für geboten, dass man zumindest darüber nachdenkt, künftig zu Ausschreibungen zu kommen, indem wir größere Pakete schnüren. Das machen wir übrigens an anderen Stellen im öffentlichen Personennahverkehr auch. Da gibt es nicht nur die positiven, die guten Risiken, sondern auch die sogenannten schlechten Risiken. Nichts anderes machen wir. Wenn es dann immer noch ein Privater ist, der sagt: „Ich mache das besser als die kommunale Seite oder der kommunale Träger“, dann soll es so sein. Dann haben wir aus meiner Sicht einen vernünftigen und fairen Wettbewerb in dieser Frage.

(Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Herr Schäfer-Gümbel, es wird Sie nicht wundern, dass ich natürlich einige Bemerkungen zum Thema Flughafenbau, dem von Ihnen völlig zu Recht genannten wichtigsten Infrastrukturprojekt dieses Landes, vielleicht dem wich-

tigsten Infrastrukturprojekt der Bundesrepublik Deutschland der letzten Jahrzehnte, sagen will. Sie werden mir gleich wieder vorwerfen, ich würde Krümel zählen. Aber ich werde hier es wiederholen; das können Sie gar nicht verhindern, weil ich einen Wahlkampf hinter mir habe.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich auch!)

Herr Schäfer-Gümbel, der war nicht nur schön. Seit 1999, seitdem ich diesem Hause angehöre, werden Sie eines nicht feststellen, nämlich dass ich mich niemals an irgendeiner Stelle aus opportunistischen oder gar populistischen Gründen weggeduckt habe. Ich habe einmal gesagt, ich gehe nur dann in die Politik und bleibe nur dann in der Politik, wenn ich den Rücken einigermaßen gerade halten kann.

Das hat 1999 zum ersten Mal zu einer Begegnung im Frankfurter Stadtwald mit 1.500 Flughafenausbaugegnern geführt. Die war für mich als Neuling etwas befremdlich. Aber man lernt auch dort hinzu. Ich sage ausdrücklich, dass dieser Protest zu unserer Demokratie gehört, solange er friedlich bleibt. Das ist eine Voraussetzung, über die wir hoffentlich in diesem Hause zu 100 % nicht streiten müssen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Ich habe aber auch im letzten Wahlkampf wieder Neues gelernt. Frau Wissler, Sie sind sehr stark bei denen, die sich die Welt sehr einfach machen. Ich habe eben dazwischengerufen: „Sie leben in einer anderen Welt.“ – Es ist jedenfalls eine andere als meine und wahrscheinlich die der meisten hier im Haus.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Herr Boddenberg, den Eindruck habe ich auch!)

Sie haben sich auf die Seite derjenigen geschlagen, die sagen: Wisst ihr was, wir machen das Ding wieder zu, wir gehen zurück auf Los, es gibt 380.000 Flugbewegungen pro Jahr, und dann ist es schön. – Frau Wissler, ich habe eine Frage an Mitglieder einer Bürgerinitiative gestellt, die das genauso wie Sie fordern. Ich fragte: Sagen Sie einmal, wie kommen Sie eigentlich auf dieses Ziel? – Da sagte mir die Vorsitzende einer Frankfurter Bürgerinitiative: Das ist doch ganz einfach, wir haben alle Bewegungen unter 600 km herausgerechnet. – Daraufhin habe ich gesagt: Das ist ja toll.

Ich habe das nicht so arrogant gemeint, wie es vielleicht herüberkam. Meine erste Gegenfrage war: Sagen Sie, haben Sie schon mit Herrn Grube gesprochen? – Herr Grube ist der Chef der Deutschen Bahn AG. Wenn ich mit ihm rede oder wenn Sie mit ihm reden, sagt Herr Grube: Ich habe da ein ziemlich großes Problem. Mir fehlen ein paar Gleise. Mittlerweile fehlen mir sogar die Züge, die von Siemens zugeliefert werden. – Auf meine Frage: „Wie lange dauert das denn?“, sagt er: Das mit den Zügen kriegt man vielleicht in drei, vier oder fünf Jahren hin, aber mit dem neuen Gleis von Frankfurt nach Fulda, also die Mottgers-Spange oder die Alternative, ist das anders.

Übrigens möchte ich das jetzt sagen, damit Sie es einmal gehört haben. Denn bei Verkehrsprojekten diskutieren wir nicht nur über Lärm. Vielmehr diskutieren wir auch über Flächenverbrauch.

Ich habe dann, an diese Bürgerinitiative gerichtet, gesagt: Ich fände es in Ordnung, wenn Sie diese Forderung stellen,

dass Sie gleich mitliefern, welche alternativen Lösungen Sie haben.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Herr Boddenberg, die Bundesregierung hat das zu verantworten!)

Herr Schäfer-Gümbel, da kommt gerade einmal gar nichts. Wissen Sie, dass ich das anspreche, hat damit zu tun, dass ich glaube, dass das schon einen Unterschied macht. Ich meine das jetzt nicht despektierlich. Man hat sich da im Wahlkampf vor Ort mit Menschen beschäftigt, die Kommunalpolitik machen und sich mit dieser Frage befassen. Oder es waren Menschen, die in diesen Landtag wollten, die zu Ihrer Fraktion dazugehören wollten, die im Frankfurter Süden genau die gleiche Forderung erhoben haben.

Gott sei Dank haben dort die Wählerinnen und Wähler erkannt, dass das wohl nicht ganz klug, nicht umsetzbar und nicht realistisch ist. Ich hätte es gut gefunden, wenn sich zwischenzeitlich, auch einmal im Wahlkampf, der Landesvorsitzende der SPD dazu geäußert hätte. Ich hätte es gut gefunden, wenn Sie genau mit derselben Verve, mit der Sie es heute hier getan haben, schon damals den Ausbau verteidigt hätten.

(Beifall bei der CDU)

Aber jetzt sage ich Ihnen zu diesem Flughafen noch etwas Zweites. Dann will ich es damit bewenden lassen, jedenfalls für heute. Jeder, der diesen Ausbau befürwortet, muss auch ein paar weitere Fragen beantworten, nämlich auch die, wie mit den Belastungen umgegangen werden soll. Da werden wir, so glaube ich, gemeinsam noch viele Fragen zu diskutieren und zu beantworten haben. Eine davon ist: Wie kriegen wir alle ins Boot, und zwar nicht nur die Fracht, sondern auch andere Einrichtungen?

Wenn Sie den Koalitionsvertrag gelesen haben, sehen Sie, dass es zwei Kernthemen gibt. Nur die will ich jetzt herausgreifen. Wenn ich mehrere Punkte nennen würde, würde ich die Redezeit überbeanspruchen. Sie wurden heute schon vom Ministerpräsidenten angesprochen. Ich muss das nicht wiederholen. Zwei Kernpunkte will ich herausgreifen.

Sieben Stunden Lärmpause ist eines der Ziele. Erst einmal will ich sagen, dass wir in einem Rechtsstaat leben. Wir haben festgestellt – das war für mich und für uns keine neue Erkenntnis –, dass es einen Planfeststellungsbeschluss und höchstrichterliche Entscheidungen aus Leipzig zu diesem Planfeststellungsbeschluss gibt. Der hat Bestand. Ich glaube, das zweifelt in diesem Hause vielleicht bis auf die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE niemand an.

Dort steht, dass nachts sechs Stunden lang nicht geflogen werden soll. Das ist die eine Seite. Dort steht aber noch etwas Weiteres, das häufig unterschlagen wird. Das zu nennen, will ich gerne nachholen. Dort steht – auch das haben die Richter in Leipzig salopp gesagt, so mit einem, Haken versehen –, dass in den Randstunden nur die Hälfte der Kapazität, nur die Hälfte an Slots zugelassen ist. Genau genommen sind es, über das Jahr gerechnet, 52 %. Mit anderen Worten bedeutet das wiederum, dass wir in den Randstunden eine Situation haben, die es zulässt, dass man damit flexibel spielen kann. Auch das meine ich etwas anders, als es sich jetzt vielleicht anhört.

Dazu will ich eines sagen. Da sind wir mit den GRÜNEN zu 100 % beieinander. Für immerhin 16 Stunden am Tag hat man eine Kapazitätserweiterung um 50 %. Für zwei Stunden am Tag – das sind die Randstunden – hat man zu-

mindest einmal die Kapazität von vorher. Und hinsichtlich sechs Stunden sagt man: Nachts muss Ruhe sein. – Ich finde, das ist für die Fluggesellschaften und für die Fraport in Summe erst einmal ein guter Deal. Sie wissen, dass wir das seit vielen Jahren den Airlines, und allen voran der Lufthansa, sagen.

Sie heißen Lufthansa, Fraport und Turkish Airlines. Wir haben eine andere Situation als in Dubai oder sonst irgendwo im Mittleren Osten, wo halt ziemlich viel Sand drum herum ist und wo relativ wenige Menschen leben. Wenn Sie sich Dubai ansehen, erkennen Sie, dass das nicht ganz stimmt. Da fliegt man quer über die Stadt.

Wir leben in einem Ballungsraum. Wenn man beides will, muss man am Ende allen Beteiligten sagen: Du kannst nicht nur einfach darauf loswachsen, du musst auch mithelfen, dass das raumverträglich ist, du musst auch helfen, dass das weitestgehend Akzeptanz findet. – Wir werden nie alle erreichen. Das ist aber eine lohnende Aufgabe.

Ich sage eines sehr deutlich: Ich glaube, dieser Flughafen ist mehr als nur ein Flughafen. Er ist ein Symbol hinsichtlich der Frage: Kriegen wir in unserer Gesellschaft, kriegen wir in unserem Land noch einmal so ein großes Infrastrukturprojekt gestemmt, das am Ende nicht schon nach der ersten Bürgerinitiative oder nach einem Volksentscheid scheitert? Schöne Grüße nach München. Ich habe nichts gegen Volksentscheide. Wenn die Lufthansa und die Cargos jetzt dauernd drohen, sie würden nach München gehen, sage ich denen: Gehen wir doch einmal gemeinsam da herunter, und schauen wir einmal, wie es mit dem Ausbau des Münchener Flughafens weitergeht.

Ich bin stolz darauf, dass wir es bis heute geschafft haben, einerseits dieses Projekt zu stemmen, dass wir uns aber andererseits jetzt noch einmal gemeinsam mit den GRÜNEN einiges an Aufgaben ins Arbeitsheft hinsichtlich der Frage geschrieben haben, wie wir es hinbekommen, dass die Akzeptanz weiter steigt. Dazu gehören die sieben Stunden Lärmpause.

Ich sage hier ausdrücklich: Vor allen Dingen ist hier die Deutsche Flugsicherung gefordert. Ich lasse mir von niemandem, auch nicht vom Vorstandsvorsitzenden eines solchen Unternehmens, sagen, dass er andere Aufgaben hat, als sich um Fluglärm zu kümmern. Wenn man vorher nicht versucht, das so zu machen, dass es alle weitgehend akzeptieren, hat man irgendwann nämlich gar keine Aufgaben mehr.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Aufgabe der Deutschen Flugsicherung, der Airlines und der Fraport sowieso. Ich will mich bei der Fraport ausdrücklich bedanken. Sie ist da sehr kooperativ und konstruktiv. Lieber Herr Schäfer-Gümbel, es wäre aber schön, wenn das auch eine Aufgabe des gesamten Hauses wäre. Denn Sie haben wahrscheinlich auch noch ein paar gute Ideen. Wenn wir die alle zusammenbringen, wird es am Ende gelingen.

Ich will das letzte Thema ansprechen. Ich habe noch ein paar Seiten. Aber das lasse ich dann weg. Das brennt mir wirklich auf den Nägeln. Das hat auch etwas mit Frau Wisslers Dauerrhetorik zu tun.

(Janine Wissler (DIE LINKE): „Dauerrhetorik“!)

Da geht es um die Bildungsgerechtigkeit. Frau Wissler, wer sagt denn eigentlich, was da gerecht ist? Ist das die Akademikerquote? Das scheint mir bei Ihnen das Einzige zu sein, das überhaupt Relevanz hat.

Übrigens, Sie haben eben merkwürdige Sachen gesagt. Einerseits sagen Sie, es sei ganz schlimm, in Deutschland zu studieren. Im nächsten Satz erklären Sie, die Universitäten seien voller Studenten, und wir müssten jetzt mehr Geld in die Hand nehmen. Ich freue mich, dass Boris Rhein da eine tolle Aufgabe hat.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Er freut sich auch total! – Lachen der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Es gibt eine verlässliche Finanzierung über die nächsten fünf Jahre. Boris Rhein und ich freuen uns sogar gemeinsam darüber. Frau Wissler, Sie werden das kaum glauben. Denn wir wissen, dass es eine zentrale Aufgabe ist, dass wir uns um die Exzellenzen, um die Qualität an den Hochschulen, um die außeruniversitären Forschungsstätten und all das kümmern.

Wir werden übrigens noch einen ziemlichen Streit mit dem Bund haben. Ich will das nur schon einmal hinterlegt haben. Wir haben deswegen letzte Woche telefoniert. Wenn es um die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung geht, glaube ich nach wie vor, dass wir gut darüber nachdenken müssen, ob wir alles aufweichen wollen und demnächst dann Mischverwaltungen und Mischzuständigkeiten haben würden. Aber das gehört hier nicht hin.

Frau Wissler, ich will Sie etwas anderes fragen. Bei Ihnen mache ich fest, es ist die Akademikerquote, jeder, der studiert hat, hat es gut gehabt, und die anderen nicht. Sagen Sie einmal, was eigentlich mit den 70 % in Hessen ist, die kein Abitur haben. Ich behaupte jetzt einmal – Sie werden das kaum glauben –: Ich kenne Menschen, die kein Abitur haben und total glücklich sind.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr gut!)

Ich kenne Menschen, die haben kein Abitur, die haben früher einmal die Volksschule besucht. Das heißt heute natürlich anders. Sie sind selbstständige Unternehmer geworden. Sie sind stolz darauf, dass sie Menschen Arbeit geben. Frau Wissler, in aller Regel zahlen sie deutlich über dem Mindestlohn. Sie kommen nachts vielleicht einmal eine Stunde verspätet ins Bett, weil sie sich Sorgen darüber machen, ob es morgen auch noch so sein wird. Risikobereitschaft sollten wir vielleicht auch einmal als einen Wert an und für sich in dieser Gesellschaft greifen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber vor allen Dingen sollten diese Menschen uns eines wert sein: Wir sollten nicht so tun, als seien sie irgendwie die zweite Kategorie. – Dazu sage ich Ihnen eines: Ich freue mich, das in den nächsten fünf Jahren Ihnen gegenüber streitig zu stellen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt will ich mich nicht an Ihnen allein abarbeiten. Herr Schäfer-Gümbel und die Sozialdemokraten haben auch immer so ein bisschen den Hautgout: Na ja, so richtig los geht es eigentlich erst beim Abitur.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Quatsch!)

– Dann nehme ich das zurück.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Danke!)

Sie können das das nächste Mal korrigieren. Der Eindruck verfestigt sich aber seit einiger Zeit.

Sie haben die Frage der Durchlässigkeit und die Frage der Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu Recht thematisiert. Wer sollte denn etwas dagegen haben? Nur, bei mir kann das am Ende auch heißen, dass sich die Eltern, wenn das Kind die Empfehlung nicht hat, dafür entscheiden, es doch nicht auf das Gymnasium zu schicken. Wo ist denn, bitte schön, das Problem?

(Zuruf von der SPD)

Da will ich noch einmal ausdrücklich frühere Landesregierungen unter CDU-Verantwortung loben, Herr Schmitt, die an einer Stelle einen eklatanten Neubeginn gemacht haben, was die Gleichstellung von akademischer Laufbahn und beruflichen Bildungsgängen anbelangt, mit der Änderung des Hessischen Hochschulgesetzes. Schauen Sie rein, § 54, das können Sie nachlesen: Der Fleischermeister kann jetzt Chirurg werden, Herr Schmitt, und er braucht dazu kein Abitur.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Außer in Frankfurt!)

Das mache ich hin und wieder an dem Beispiel fest; denn irgendjemand könnte auf die Idee kommen, ich rede von mir. Aber vielleicht kommen Sie auch auf die Idee, dass das auch für andere klug ist. Denn wir haben damit die Chance, dass wir heute einer Mutter, einem Vater eines zehnjährigen Kindes in der Grundschule, die früher häufig mit tränenden Augen vor einem standen und sagten: „Ach du liebe Zeit, es gibt keine Gymnasialempfehlung“, sagen können: Wo ist denn, bitte schön, das Problem?

Es gibt eine ordentliche Hauptschule. 10.000 verlassen jedes Jahr die hessischen Schulen mit einem Hauptschulabschluss. Es gibt eine mittlere Reife. 25.000 junge Menschen verlassen – –

(Zurufe von der SPD – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Wenn ich so schreie, muss ich wahrscheinlich ertragen, dass es ein bisschen lauter wird. – 25.000 junge Menschen verlassen jedes Jahr die hessischen Schulen mit dem mittleren Bildungsabschluss. Das ist doch toll. Übrigens, 50 % gehen danach noch ein bisschen weiter in Richtung Fachabitur oder Abitur. Aber viele bleiben in der beruflichen Bildung.

Der Mutter und dem Vater sage ich heute: Hauptschule, dreijährige Berufsausbildung, Meisterprüfung und dann den Blick in § 54 Hessisches Hochschulgesetz – eine Augenhöhe mit dem Abiturienten. Ich finde, das ist Chancengleichheit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Schäfer-Gümbel, das ist eine bessere Chancengleichheit als die, die Sie glauben den Menschen vermitteln zu müssen, nach dem Motto – irgendwann muss ich es doch einmal zitieren; es war Ihre Vorgängerin, Frau Ypsilanti;

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ach!)

Herr Schäfer-Gümbel, ich werde es vielleicht noch einmal bemühen müssen, damit deutlich wird, worüber wir eigentlich reden –, führt der Weg nicht zum Abitur, „geht der Weg nur noch nach unten“. Das können Sie im Protokoll nachlesen, 2007, ist schon ein paar Jahre her. Es scheint aber immer noch Geisteshaltung bei Sozialdemokraten zu sein.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Da haben Sie noch gegen „Windkraftmonster“ polemisiert!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will zum Schluss kommen. Wir wollen Michael Herrmann heute zum Geburtstag gratulieren und beim VdK vorbeischaun.

Ich freue mich auf diese Zeit. Wenn ich das ganz persönlich sagen darf – und ich hoffe, ich spreche jedem ein wenig aus der Seele –: Wir sind für fünf Jahre gewählt. Es ist eine tolle Aufgabe, in diesem Land Verantwortung zu tragen als Abgeordneter im Hessischen Landtag, als Minister oder Staatssekretär in dieser Landesregierung, als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Landtagsfraktionen, auf den Fluren. Es ist eine tolle Aufgabe, in diesem Land zu arbeiten.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten eine gute Basis geschaffen – ich sage ausdrücklich „Jahrzehnten“, damit nicht manche glauben, ich meinte, dass in den Neunzigerjahren nur alles schiefgelaufen sei. Ich finde, darüber sollten wir uns freuen.

Ich freue mich auf diese neue Partnerschaft. Sie hat viele spannende Momente. So richtig genau wissen wir noch nicht, wie es eines Tages ausgehen wird. Aber schauen wir mal. Mühe geben werden wir uns ganz sicher, nicht nur indem wir regelmäßig in den Koalitionsvertrag schauen, sondern indem wir miteinander, aber auch mit den Oppositionsfraktionen ordentlich umgehen. Auf eine gute Zusammenarbeit. – Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache zur Regierungserklärung beendet.

Ich erinnere noch an den VdK-Empfang hier im Restaurant. Ansonsten sehen wir uns morgen früh um 9 Uhr. Gute Nacht.

(Schluss: 19:13 Uhr)